

G 2/66 EX



MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

6'77 Juni



Horst Pieper

Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung

S.A.V.E. – vom Modell zum Prototyp

Bundesforschungsminister Hans Matthöfer stellte den Rettungswagen der 80er Jahre vor



Links: Bundesforschungsminister Hans Matthöfer überzeugte sich von den Vorzügen des Rettungswagens der achtziger Jahre: Die Rettungsbox kann vom Trägerfahrzeug abgehoben werden.

Oben: So funktioniert das S.A.V.E.-System, von dem sich aufgrund der Trennung von Behandlungseinheit und Fahrzeug die Experten funktionale und ökonomische Vorteile erhoffen.

Bundesforschungsminister Hans Matthöfer stellte Anfang Juni nach zweijähriger Entwicklungszeit in Stuttgart den Prototyp eines Notarzt- und Rettungswagens für das kommende Jahrzehnt der Öffentlichkeit vor. Matthöfer wies bei diesem Anlaß vor allem auf die Vorteile hin, die diese Neukonzeption mit sich bringe, die eine Rettungsbox mit einem Trägerfahrzeug funktional verbinde, andererseits aber auch eine getrennte Nutzung der Rettungseinheit ermögliche (das ZS-MAGAZIN hat in Ausgabe 1/77 dieses Modell bereits ausführlich dargestellt).

Nach den Vorstellungen des Bundesforschungsministeriums und der Konstrukteure in Stuttgart sind die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten während der Fahrt und im Stillstand, die doppelte Nutzungsdauer der Rettungseinheit gegenüber dem Trägerfahrzeug und die Verwendung preiswerter Großserien-Trägerfahrzeuge – ohne wesentliche Umbauten im Gegensatz zu den heute noch benötigten Spezialwagen – die gravierenden Vorteile des „Rettungswagens der 80er Jahre“.

5000 Notfalleinsätze täglich

„5000 Notfalleinsätze werden in der Bundesrepublik täglich gefahren“, betonte Bundesforschungsminister

Hans Matthöfer. Eine Verbesserung der Einsatzbereitschaft der Notfallfahrzeuge sei deshalb von lebenswichtiger Bedeutung für die Verunglückten. S.A.V.E. heißt die Lösung der Wissenschaftler. Die Abkürzung steht für den Begriff „Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung“. Die Autofirma Porsche war mit der Konzipierung des Prototyps beauftragt worden.

Erprobungsphase geplant

Der Bundesforschungsminister wies bei der Vorstellung des Prototyps in der baden-württembergischen Landeshauptstadt darauf hin, daß mit einer baldigen Serienfertigung noch nicht gerechnet werden könne. Erst eine „intensive Erprobungsphase auf den Gebieten der Sicherheit und Festigkeit“ – verbunden mit einer Felderprobung – werden über die Aufnahme einer Serienfertigung entscheiden. Bei diesen Versuchen müsse herausgefunden werden, welche Einflüsse aus den unterschiedlichen geographischen Gegebenheiten der Einsatzregionen, aus den verschiedenartigen medizinischen Postulaten und den unterschiedlichen Organisationsformen im Rettungsapparat auf das Modell einwirken. Dennoch meinte der Minister, daß nur noch über die Bedingungen und den Zeitpunkt des

Beginns einer Serienfertigung nach Auswertung der Versuchserfahrungen entschieden werden müsse.

Appell zur Zusammenarbeit

Matthöfer nahm außerdem an den Beratungen der zugleich tagenden Ständigen Bund-Länder-Konferenz „Rettungswesen“ teil, die ihre neunte Sitzung absolvierte. Bei dieser Gelegenheit appellierte Matthöfer an die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder sowie an die auf dem Gebiet des Rettungswesens tätigen Organisationen und Verbände, noch enger zusammenzuarbeiten. Für die dicht besiedelte und stark motorisierte Bundesrepublik sei die Existenz und das Funktionieren eines gut ausgerüsteten und gut organisierten Rettungswesens von zentraler Bedeutung. Bundesforschungsminister Hans Matthöfer betonte vor allem die Notwendigkeit der Entwicklung von neuen technischen Geräten und Systemen für das Rettungswesen, die dann später auch zu Verfügung gestellt werden müßten. Der vom Bundesforschungsministerium geförderte Prototyp des Rettungswagens der 80er Jahre sei dafür ein gutes Beispiel. Die zahlreichen positiv verlaufenen Kostenvergleiche zwischen Aufwand und volkswirtschaftlichem Nutzen waren von den Experten ähnlich optimistisch beurteilt worden.



MAGAZIN

6/77



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Horst Pieper

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9 960

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„S.A.V.E. – Vom Modell zum Prototyp“ U 2
Bundesforschungsminister Matthöfer stellte den Rettungswagen der 80er Jahre vor.

„Zivilverteidigung – heute und morgen“ 5
ZS-MAGAZIN bat die Experten der drei Bundestagsfraktionen um ihre Stellungnahme.

„Weitgehende Übereinstimmung“ 8
DFV-Delegiertentag diskutierte die Führungskonzeption im Katastrophenschutz.

„Fahrzeug mit hohem Einsatzwert“ 10
Der neue Gerätekraftwagen GKW 72.



„Pfundig“ 13
Die neue Staatliche Feuerweherschule in Regensburg ist die modernste ihrer Art.



„Bessere Führung im Katastrophenschutz“ 20
Oberbranddirektor Gebhardt zu dem Beitrag von Dezernent Voss.

„Es bleibt alles beim alten . . .!“ 24
Noch eine Lesermeinung.

„Alarm im Hochhaus“ 25
Bundesbauministerium nimmt Rettungswege in Großbauten unter die Lupe.

„Stabsarbeit auf Kreisebene“ 27
Die Zusammenarbeit muß erprobt werden.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Sicherung der Mineralölversorgung.



UMSCHAU

Bundeswettkampf des THW in Saarlouis

Mehr überregionale Übungen des Katastrophenschutzes seien erforderlich, um das Leistungsniveau bei der Schadensbekämpfung bei Großkatastrophen zu verbessern. Dies erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Andreas von Schoeler, in seiner Ansprache beim Bundeswettkampf des THW in Saarlouis. Vor zahlreichen Ehrengästen, Fachprominenz und Helfern des Technischen Hilfswerks aus dem ganzen Bundesgebiet forderte der Staatssekretär, daß die bei den letzten Großeinsätzen gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse ausgewertet und in praktikable Programme umgesetzt werden müßten. Er wies auch auf den erheblichen Nachholbedarf hin, von dem die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes abhängt.

Anlaß dieser bisher größten Veranstaltung des THW war der vierte Bundeswettkampf, der von je einer Mann-



Bundeswettkampf und Leistungsschau des THW in Saarlouis bewiesen die Schlagkraft der Organisation.



Parlamentarischer Staatssekretär Andreas von Schoeler (2. v. rechts) forderte mehr überregionale Übungen des Katastrophenschutzes zur Verbesserung des Leistungsniveaus.

schaft aus den elf Landesverbänden bestritten wurde. Unter den Augen des kritischen Publikums, darunter Ministerialdirektor Breit als Vertreter des Innenministers des Saarlandes, Oberbürgermeister Dr. Henrich aus Saarlouis und Dr. Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, kämpften die Helfer um die beste Punktzahl.

Der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, konnte nach dem Wettkampf und der parallel veranstalteten vielfältigen Leistungsschau in der Tat von einer deutlichen Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten des THW auf breiter Ebene sprechen. Besonders erfreut zeigte er sich darüber, daß der THW-Landesverband Saarland zum zweiten Male bei einem Wettkampf um den von dem Bundesminister des Innern gestifteten Pokal den Sieger (Ortsverband Völklingen) stellen konnte.

Der 2. Platz wurde vom Landesverband Baden-Württemberg (Wertheim) und der 3. Platz vom Landesverband Bayern (Marktheidenfeld) belegt. Das ZS-MAGAZIN wird über den Wettkampf noch ausführlich berichten.

Leitstelle Hessen Süd in Betrieb

Eine der modernsten Leitstellen für Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Krankentransport wurde kürzlich der Berufsfeuerwehr Darmstadt übergeben. In dieser Leitstelle Hessen Süd – so die offizielle Bezeichnung – wurde in Verbindung

mit umfangreichen Funkeinrichtungen ein Melde-, Alarmierungs- und Einsatzleitsystem installiert, das dem Bürger entscheidende Vorteile bringt. So laufen jetzt die Notrufe an nur einer Stelle zusammen, von der aus wiederum Feuerwehr, Polizei, Rotes Kreuz, Notarztwagen, Rettungshubschrauber, Technisches Hilfswerk, Bundeswehr und amerikanische Hilfsdienste alarmiert werden können. Erleichterung gibt es auch für die Feuerwehrbeamten: So meldet sich nun jedes ausrückende Fahrzeug ohne Zutun der Besatzung über einen eingebauten Sender automatisch ab und wird in der Zentrale elektronisch registriert. Die neue Leitstelle ist so konzipiert, daß auch eine elektronische Datenverarbeitungsanlage, ein sogenannter Einsatzleitrechner, angeschaltet werden kann. Dieser Rechner sorgt nicht nur für die Koordination aller nachrichtentechnischen Einrichtungen, sondern nimmt darüber hinaus dem Einsatzbearbeiter auch eine Reihe von Routinefunktionen ab. Dazu gehören u. a. individuelle, auf das jeweilige Ereignis zugeschnittene Einsatzvorschläge, die der Einsatzleitrechner mit Hilfe der vorhandenen und der einlaufenden aktuellen Informationen automatisch ausarbeiten kann.

ASB warnt vor Verfassungsklage gegen den „Dienst am Nächsten“

Seit Monaten können lebenswichtige soziale Aufgaben nicht mehr bewältigt werden, da die vorhandenen Plätze für Zivildienstleistende – vom

Rettungsdienst bis zur Altenpflege – kaum mehr zu besetzen sind.

In einer Erklärung stellt der Bundesvorstand des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) anlässlich einer Sitzung in Bremen fest, daß mit der lange geforderten und mittlerweile beschlossenen Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer der Mangel an Zivildienstleistenden behoben werden dürfte. Die Koalitionsparteien haben damit auch – so der ASB – etwa 30 000 neue Beschäftigungsplätze, und damit u. a. auch Arbeitsplätze für jugendliche Arbeitslose geschaffen.

Um so unverständlicher muß die Androhung der Unionsparteien wirken, gegen die Aussetzung des Prüfungsverfahrens eine Verfassungsklage anstrengen zu wollen. Es wäre praktisch eine Verfassungsklage gegen den „Dienst am Nächsten“.

Bei einer erneuten Verzögerung des unumschränkten Einsatzes von Zivildienstleistenden wären die Folgen fatal.

Der ASB erklärt deshalb: Wer den Zugang zum Zivildienst unnötig erschwert, beeinträchtigt die Leistungskraft wesentlicher sozialer Dienste.

Wie not es tut, den Einsatz von Zivildienstleistenden nicht zu bremsen, zeigt u. a. auch ein Blick in die ASB-Statistik: Im ASB sind zur Zeit 520 ZDL eingesetzt, benötigt werden jedoch 800. Nur 64,8 % der Zivildienstplätze sind besetzt.

„Christoph 21“ auch in den Niederlanden

Der Einsatzbereich des Rettungshubschraubers „Christoph 21“ – Standort Würselen – wird aufgrund einer Absprache zwischen dem Kreis Aachen und dem Distriktgesundheitszentrum Heerlen um die niederländische Provinz Limburg erweitert. Zur Überbrückung der fernmeldetechnischen Schwierigkeiten infolge der unterschiedlichen Frequenzen in der Bundesrepublik und Holland werden das Distriktgesundheitszentrum und der Kreis Aachen gegenseitig Funkempfänger austauschen. Darüber hinaus stellt das Distriktgesundheitszentrum ein Handsprechfunkgerät mit dem gleichen Frequenzband für den Hubschrauber zur Verfügung, so daß sofort nach dem Start die Funkverbindung mit dem Anforderer auf holländischem Gebiet aufgenommen werden kann.

Veranstaltungsplan der BVS-Bundesschule

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im 2. Halbjahr 1977 an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der BVS-Bundesschule mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen.

Nr. Veranstaltung	in der Zeit	
	vom	bis
70 BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil II	5. 7.	8. 7.
71 Arbeitsseminar „Bergungsstaffel“	5. 7.	8. 7.
72 Arbeitsseminar „Rhetorik“	5. 7.	8. 7.
73 Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	12. 7.	15. 7.
74 BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	12. 7.	15. 7.
75 Informationsseminar „Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten“	12. 7.	15. 7.
76 Arbeitsseminar „Sanitätsstaffel“	19. 7.	22. 7.
77 Arbeitsseminar „Lehrplanspiel Se-Beratung und Leitung“	19. 7.	22. 7.
78 Informationsseminar „Zivile Verteidigung“ lehrgangsfrei (Ferien)	19. 7.	22. 7.
79 BVS-Fachlehrgang „Sanitätsdienst“	25. 7.	28. 8.
80 BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	30. 8.	2. 9.
81 Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	30. 8.	2. 9.
82 BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil II	6. 9.	9. 9.
83 Arbeitsseminar „Lehrplanspiel Se-Beratung und Leitung“	6. 9.	9. 9.
84 Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	6. 9.	9. 9.
85 Arbeitsseminar „ha BVS-Fachbearbeiter“	13. 9.	16. 9.
86 BVS-Fachlehrgang „Sanitätsdienst“	13. 9.	16. 9.
87 BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	13. 9.	16. 9.
88 BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	20. 9.	23. 9.
89 Arbeitsseminar „Brandschutzgruppe“	20. 9.	23. 9.
90 Arbeitstagung Referat II 1	20. 9.	23. 9.
91 Arbeitsseminar „Bergungsgruppe“	27. 9.	30. 9.
92 BVS-Fachlehrgang „Sanitätsdienst“	27. 9.	30. 9.
93 Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	27. 9.	30. 9.
94 BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	4. 10.	7. 10.
95 BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil I	4. 10.	7. 10.
96 Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	4. 10.	7. 10.
97 Arbeitsseminar „Lehrplanspiel Se-Beratung und Leitung“	11. 10.	14. 10.
98 BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	11. 10.	14. 10.
99 Informationsseminar „Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten“	11. 10.	14. 10.
100 BVS-Fachlehrgang „Weiterführende Se- und BVS-Ausbildung“	18. 10.	21. 10.
101 BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	18. 10.	21. 10.
102 Arbeitsseminar „ha BVS-Fachbearbeiter“	18. 10.	21. 10.
103 BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	25. 10.	28. 10.
104 Arbeitsseminar „Frauenarbeit“ lehrgangsfrei (Allerheiligen)	1. 11.	4. 11.
106 BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	8. 11.	11. 11.
107 Arbeitsseminar „Rhetorik“	8. 11.	11. 11.
108 Informationsseminar „Zivile Verteidigung“ lehrgangsfrei (Buß- und Betttag)	8. 11.	11. 11.
109 Arbeitsseminar „Lehrplanspiel Se-Beratung und Leitung“, insbesondere für Leiter der Fahrbaren Schulen	15. 11.	18. 11.
110 Arbeitsseminar „ha BVS-Fachbearbeiter“	22. 11.	25. 11.
111 Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	22. 11.	25. 11.
112 BVS-Fachlehrgang „BVS-Bauberater“, Teil II	29. 11.	30. 11.

113 BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil II	29. 11.	2. 12.
114 Informationsseminar „Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten“	29. 11.	2. 12.
115 Arbeitsseminar „Lehrplanspiel Se-Beratung und Leitung“, insbesondere für Fachlehrer der Fahrbaren Schulen	6. 12.	9. 12.
116 BVS-Fachlehrgang „Sanitätsdienst“	6. 12.	9. 12.
117 Arbeitsseminar „Rhetorik“	6. 12.	9. 12.
118 Arbeitsseminar „ha BVS-Fachbearbeiter“	13. 12.	16. 12.
119 BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	13. 12.	16. 12.

Sicherheitsgurte auch im Rettungswagen

Auch die Fahrer von Rettungswagen müssen den Sicherheitsgurt anlegen. Diese Feststellung hat das Bundesministerium für Verkehr auf eine Anfrage des Arbeiter-Samariter-Bundes getroffen. So sei eine generelle Befreiung von der Gurtanlegepflicht für Rettungsfahrzeuge nicht vorgesehen. Bei dieser Vorschrift stehe die persönliche Sicherheit im Vordergrund, deshalb sei sie nicht bußgeldbewehrt. Andererseits rechne das Ministerium damit, daß in Zukunft die Rechtsprechung das Nichtanlegen des Gurtes bei einem Unfall mit Verletzungsfolge als Mitverschulden werten wird. Personen, die aus medizinischen Gründen nicht in der Lage seien, einen Gurt anzulegen, sollten sich deshalb von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde eine Ausnahme genehmigung ausstellen lassen.

Doppeljubiläum bei den Marinefliegern

Mitte Juni feierte das Marinefliegergeschwader 5 in Kiel-Holtenau ein doppeltes Flugstundenjubiläum: Bei der 1. Staffel wurde die 10 000. Flugstunde mit dem SAR-Hubschrauber Westland Mk. 41 „Seaking“ und bei der 2. Staffel die 25 000. Flugstunde mit der Dornier Do 28 D-2 „Skyservant“ erreicht. Das MFG 5 ist das einzige Geschwader der Bundesmarine, das seine Aufgaben (Transport und SAR-Dienst) mit zwei unterschiedlichen Flugzeugtypen erfüllt. Der SAR-Hubschrauber „Seaking“ befindet sich erst seit dem 1. April 1975 im SAR-Einsatz und hat seitdem im Such- und Rettungsdienst seine vielseitige Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Allein während der Sturmflutkatastrophe an der deutschen Nordseeküste im Jahre 1976 wurden von „Seaking“-Hubschraubern 45 Menschen gerettet. Die Dornier Do 28 D-2 „Skyservant“ wird beim MFG 5 seit 1972 als leichtes



Transport- und Verbindungsflugzeug eingesetzt. Alle Einsätze – oft unter den schwierigsten Flugbedingungen – wurden unfallfrei geflogen. Besonders bewährt hat sich in dieser Zeit auch die reibungslose Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk in Kiel. Unser Foto zeigt einen „Seaking“-SAR-Hubschrauber bei einer Rettungsübung.

Lärmmessung bei Rettungshubschraubern

Die Hessische Landesanstalt für Umwelt hat untersucht, wie stark Rettungshubschrauber durch ihren Fluglärm die Umwelt belästigen. In einer Mitteilung wiesen die Wissenschaftler darauf hin, daß nach ihren Messungen beim unmittelbaren Überflug eines Hubschraubers in zehn bis 20 Metern Höhe über ein benachbartes Wohnhaus zum Landeplatz eines Krankenhauses ein Lärmpegel von Werten bis zu 94 dB (A) kurzzeitig auftritt. Diese Pegelspitze liege zwar deutlich über dem Wert des Straßenverkehrs, doch nach den Messungen der Landesanstalt sind Anrainer eines Krankenhauses auch durch das Martinshorn eines Krankenwagens ähnlichen Lärmbelästigungen ausgesetzt. Dabei sei der in wenigen tausendstel Sekunden ansteigende Schallpegel des Ambulanzwagens lästiger als der langsamer ansteigende und wieder abnehmende Hubschrauberlärm. Da bei Hubschrauberflügen ein größeres Gebiet beschallt wird, soll durch die Festlegung von Flugwegen und Flugverfahren die Lärmbelästi-

gung so niedrig wie möglich gehalten werden. In mehreren Großstädten hatte es bereits Gerichtsklagen von Anwohnern gegeben.

Kirchliche Aktion in 30 Städten

In 30 Großstädten der Bundesrepublik sollen in diesem Jahr Veranstaltungen der „Kirchlichen Aktion Verkehrssicherheit für Senioren 1977“ stattfinden, die von den beiden Kirchen getragen werden. Neben Geistlichen sollen Polizeibeamte, Angehörige der Deutschen Verkehrswacht und des ADAC sowie anderer Organisationen das Programm gestalten, das den Senioren bei der Bewältigung des Straßenverkehrs helfen soll.

Außerdem wurde in den einzelnen Gemeinden am 19. Juni ein „Tag des Straßenverkehrs“ begangen, der in die Predigttexte Eingang fand. In „verkehrskundlichen Seminaren“ wurden Geistliche auf Fragen des Straßenverkehrs, der Unfallhilfe und Unfallvorbeugung hingewiesen.

Nicht zum Leuchten unter Wasser benutzen!

Das ZS-MAGAZIN veröffentlichte in der April-Ausgabe auf Seite 7 das hier gezeigte Foto. In der Bildunterschrift hieß es, daß die Leuchtstoff-Handlampe u. a. auch zum Leuchten unter Wasser benutzt wird. Diese Aussage stimmt nicht mehr. In der Rundverfügung der Bundesanstalt



Technisches Hilfswerk im Bundesamt für Zivildienst, Nr. 20/77, heißt es:

Die Leuchtstoff-Handlampe „Fluorex“ darf unter Wasser nicht mehr eingesetzt werden. In der KatS-Dv 220 „Geräte und Hilfsmittel des Bergungsdienstes“ sind auf Seite 1 des Abschnittes 17. 9. in Zeile 3 und 4 die Worte „...“ sowie zum Leuchten unter Wasser.“ zu streichen.

ZS-MAGAZIN fragte die Experten der drei Bundestagsfraktionen:

Zivilverteidigung – heute und morgen

Übereinstimmende Forderung nach einem geschlossenen Konzept der Gesamtverteidigung

Vor zwei Monaten wurde vom Innenausschuß des Deutschen Bundestages eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Fragen der zivilen Verteidigung sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes beschäftigt.

Sieben Parlamentarier des Bundestages gehören diesem Gremium an, Vorsitzender ist der CSU-Abgeordnete Gerlach (Obernau). Neben ihm vertreten die Abgeordneten Dr. Miltner und Biechle die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die SPD entsandte die MdB Dr. Nöbel, Pensky und Wittmann (Straubing), für die F.D.P. gehört Dr. Wendig dem Gremium an.

Die Berichte über verstärkte Anstrengungen des Ostblocks in bezug auf zivile Verteidigungsmaßnahmen sowie die teilweise publizierten Erfahrungen aus der NATO-Übung „Wintex 77“, die Mängel auf diesem Gebiet aufgezeigt hat, haben dazu geführt, daß die Zivilverteidigung in den Blickpunkt der Politiker gerückt ist. Am

22. Juni wurde über Fragen der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes auch im Bundestag ausführlich debattiert (das ZS-MAGAZIN wird darauf noch zurückkommen). Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer kündigte die Vorlage einer entsprechenden Konzeption an, die dem Bundeskabinett und dem Deutschen Bundestag zugeleitet wird.

Die oben erwähnte Arbeitsgruppe des Innenausschusses nahm ihre Arbeit kurzfristig auf; zwischenzeitlich informierten sich die Parlamentarier in der Schweiz über den dortigen Stand der Zivilverteidigung. Das ZS-MAGAZIN hat die Experten der drei Bundestagsfraktionen um eine Stellungnahme aus ihrer Sicht zum aktuellen Stand der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik gebeten. Festzustellen ist, daß allgemeine Übereinstimmung darüber herrscht: Militärische und zivile Verteidigung erfordern ein umfassendes Konzept der Gesamtverteidigung.

Der CSU-Politiker Paul Gerlach (Obernau) gehört seit 1969 dem Bundestag an. Er ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Zivilschutz“ des Innenausschusses. Außerdem leitet der Oppositionspolitiker die Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Fraktion. MdB Gerlach war nach juristischem Studium als Rechtsanwalt tätig und wechselte danach in den Staatsdienst. Zuletzt war er Regierungsdirektor bei der Regierung von Unterfranken in Würzburg.

Die zivile Verteidigung ist neben der militärischen Verteidigung ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung. Wirksame Verteidigung und Glaubwürdigkeit der Abschreckung setzen einen ausreichenden Schutz der Zivilbevölkerung, die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion und die Sicherstellung des lebens- und verteidigungswichtigen Bedarfs an Gütern und Leistungen voraus. Dies wurde im Weißbuch zur Situation der zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland von 1972 von der Bundesregierung richtig er-

kannt. Schlußfolgerungen aus dem damaligen Situationsbericht zog jedoch die Bundesregierung nicht, es wurden im Gegenteil die Maßnahmen der zivilen Verteidigung immer weiter eingeschränkt. So beträgt heute das Verhältnis der Ausgaben der zivilen Verteidigung zur militärischen Verteidigung etwa 1:61, während die NATO ein Verhältnis von 1:20 empfiehlt. Zu einem der Kernpunkte für den Schutz der Zivilbevölkerung, dem Schutzraumbau, wurde im Februar 1976 im Innenausschuß lapidar erklärt, das ganze Schutzraumbauprogramm werde eingestellt. Und dies obwohl Bundeskanzler Schmidt noch im März 1974 erklärt hatte, daß der Bau von privaten und öffentlichen Schutzräumen als optimaler Schutz für die Bevölkerung unerlässlich ist.

So stehen wir heute bei einer vorurteilsfreien Betrachtung vor einer trostlosen Lage. Nicht einmal in dem Bereich, den die Bundesregierung in den letzten Jahren fälschlicherweise mit Zivilverteidigung gleichgesetzt hat, dem Katastrophenschutz, reichen die bisherigen Einrichtungen und Vorkehrungen aus, wie letztlich die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen bewies.

Dieses negative Urteil ändert nichts an der großen Wertschätzung der Arbeit der 1,5 Mio. ehrenamtlichen Helfer in den öffentlichen und privaten Hilfsorganisationen. Ohne sie sähe es nicht nur trostlos, sondern hoffnungslos aus. Das Schlimme ist jedoch, daß diese Leute zu resignieren beginnen, worauf der Deutsche Städtetag im Mai 1976 nachdrücklich hinwies. Bisher blieb dieser mahnende Appell jedoch ohne Resonanz bei der Bundesregierung. Diese Leute resignieren, weil die aktive politische Willensbekundung zur Notwendigkeit der Zivilverteidigung fehlt und damit auch jede materielle und ideelle Unterstützung.

Die außergewöhnlichen Rüstungsanstrengungen des Ostblocks, die sich seit einiger Zeit in erheblichem Umfang auch auf Maßnahmen der zivilen Verteidigung erstrecken, haben unsere Bevölkerung aufgeschreckt. Hier stellt sich auf diesem Hintergrund die Frage, ob hierdurch nicht die Gefahr heraufbeschworen wird, daß der Ostblock eines Tages, gestützt auf sein überlegenes bewaffnetes Heer und auf eine vor Gegenschlägen geschützte eigene Bevölkerung zu einer politischen Erpressung imstande ist, der die Bundesregierung im Hinblick auf die jedem Angriff schutzlos ausgelieferte

**Paul Gerlach (CSU):
„Wir brauchen eine
umfassende Konzeption
der Gesamtverteidigung“**



eigene Bevölkerung kampfflos nachgeben muß.

Da der mangelnde Schutz unserer Zivilbevölkerung die Verteidigungsberbeitung und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes lähmt, ist ein Gesamtkonzept von militärischer und ziviler Verteidigung unter wesentlicher Verbesserung der zivilen Verteidigung und der Integration beider Teile unabdingbar geworden. Es klingt bei dieser Situation wie blanker Hohn, wenn der SPD-Abgeordnete Pawelczyk anlässlich der vernichtenden Ergebnisse der Übung „Wintex 77“ davor warnt, den Zivilschutz auf die gleiche Stufe mit den militärischen Verteidigungsanstrengungen zu stellen, und andere Bemühungen eher als einen Schritt auf dem Weg zu einer Kriegsführungsstrategie bezeichnet (vgl. Süddeutsche Zeitung v. 5. 5. 77).

Unter dem Druck der Mahnungen

der CDU/CSU in der Debatte zur Regierungserklärung vom 21. 1. 77 und der wachsenden Sorge der Bevölkerung hat jetzt endlich die Bundesregierung die Vorlage einer „Neukonzeption der zivilen Verteidigung“ angekündigt. Angesichts der unterschiedlichen Lagebeurteilung in SPD und FDP bleibt zu befürchten, daß sie nur wieder an zwar notwendigen, aber nicht ausreichenden Details kuriert und die Lasten von sich weg auf andere Träger umverteilt. Was wir jedoch brauchen ist eine umfassende Konzeption der Gesamtverteidigung, die militärische und zivile Verteidigung aufeinander abstimmt und so der Zivilverteidigung als dem zweiten Bein der Gesamtverteidigung die Erfüllung ihrer Aufgaben zum Schutz unserer Bevölkerung optimal ermöglicht. Die Schweiz kann uns hier ein Beispiel geben, wie eine solche Aufgabe bewältigt werden kann.

als für den Luftschutzhilfsdienst überörtlich 140 000 und örtlich 180 000 Helfer vorgesehen, jedoch 10 Jahre später nur 60 000 bzw. 37 000 tatsächlich vorhanden waren?

Die positiv kritischen Ansätze des Deutschen Städtetages und verschiedener Verbände nehmen wir Sozialdemokraten sehr ernst. Es ist sicherlich nicht so, daß der Bund sich aus der zivilen Verteidigung mehr und mehr zurückziehen wollte, obwohl die rückläufige Entwicklung der Haushaltsansätze nicht zu leugnen ist. Hier müssen Zivilschutz- und Haushaltsexperten aller Fraktionen ins Gespräch kommen.

Finanzielle Sorgen haben andere Länder noch erheblich stärker als wir. Selbst in der benachbarten Schweiz, deren Zivilschutzsystem als vorbildlich gilt, aber nur in Teilbereichen zum Vergleich herangezogen werden kann – dort gibt es bekanntlich neben der militärischen Miliz den anschließenden Pflichtzivilschutzdienst bis zum sechzigsten Lebensjahr –, erwartet man einschränkende Maßnahmen wegen fehlender finanzieller Mittel.

Vergessen wird sehr leicht und oft, daß in der Bundesrepublik vor neun Jahren erst einheitliche Kriterien des Bundes geschaffen wurden und daß die darauf aufbauenden Ländergesetze in der Mehrzahl bis heute noch nicht vorliegen, obwohl Länder und Gemeinden für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig sind. Hier ruft der Bund also kritisch zurück!

Mehr Schutz für die Zivilbevölkerung setzt außerdem voraus:

- eine verstärkte und verbesserte Öffentlichkeitsarbeit, um das Problembewußtsein unserer Mitbürger zu vertiefen, Schutzmöglichkeiten aufzuzeigen, Eigeninitiative zu fördern und für die Mitarbeit in den Hilfsorganisationen zu werben;

- mehr Aktivitäten der Kommunalpolitiker und Verwaltungen in den Kreisen und Gemeinden in der Unterstützung der Organisationen und zur Schaffung von Einrichtungen; Bildung von Zivilschutzausschüssen in den kommunalen Räten;

- verbesserte Koordinierung zwischen Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei, Zivilschutzorganisationen und öffentlichen Verwaltungen;

- Schutzraumbaukonzept.

Eine wichtige Arbeitsgrundlage wird der Bericht des Bundesinnenministers, der in Kürze dem Innenausschuß vorgelegt wird.

**Dr. Wilhelm Nöbel (SPD):
„Zivilschutz und Haushaltsexperten aller Fraktionen müssen ins Gespräch kommen“**



Dr. Wilhelm Nöbel (SPD) ist seit Oktober 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages und gehört dem Innen- und dem Petitionsausschuß an. Außerdem arbeitet er als stellvertretendes Mitglied im Sportausschuß und im Ausschuß für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen mit. Im Innenausschuß befaßt er sich vornehmlich mit medienpolitischen Fragen, Zivilschutz und politischer Bildung. Dr. Nöbel war von 1970 bis 1976 Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.

Die Mitglieder der SPD in der Arbeitsgruppe Zivilschutz des Innenausschusses des Deutschen Bundestages befassen sich engagiert mit den schwierigen Problemen des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland, um eine aktualisierte Konzeption für Verbesserungen zu erarbeiten. Forderungen liegen zur Genüge vor, aber die Frage, wie man eine ausreichende und in der Praktizierung unkomplizierte Gesamtversorgung erreichen kann, bleibt zunächst offen.

Zu polemisieren, Sozialdemokraten nähmen jene Aufgaben nicht ernst, ist unredlich und bringt auch in der Sache nichts ein.

Im Jahre 1968, als das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes geschaffen wurde, war die SPD an der Regierung beteiligt. Im April 1972 unterbreitete die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung der Öffentlichkeit das Weißbuch zur zivilen Verteidigung. Längst überfällig, könnte ich sagen, wenn auch wir versuchen wollten, in der Darstellung einseitige parteipolitische Akzente den tatsächlich zu klärenden Fakten vorzuziehen.

Natürlich begibt sich eine Regierung, die als erste ein Weißbuch mit Fernzielen verdienstvoll erstellt, in Gefahr, ständig an den dort aufgezeigten Prognosen vorwurfsvoll gemessen zu werden; ganz im Gegensatz zu einer Regierung, die auf praktische langfristige Handreichungen verzichtet. Oder sollte hier an das Gesetz vom 9. Oktober 1957 erinnert werden,

**Dr. Friedrich Wendig
(F.D.P.):**
**„Der Schutzraumbau
bleibt Kernstück der
zivilen Verteidigung“**



Dr. Friedrich Wendig gehört seit 1972 dem Bundestag an. Zuvor war er als Referent im niedersächsischen Kultusministerium und anschließend als Ministerialrat und Leitender Ministerialrat im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr tätig. Vor seiner Wahl in den Bundestag war er Regierungsvizepräsident in Osnabrück. Dr. Wendig gehörte auch geraume Zeit dem Vorstand des Bundesverbandes für den Selbstschutz als Vertreter des Bundestages an.

Für die F.D.P. ist die zivile Verteidigung ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitspolitik. Sie dient dem Schutz der Bürger. Absolute und totale Sicherung der Bevölkerung gegen alle Gefahren und Bedrohungen ist sachlich und auch finanziell unmöglich. Jedoch muß durch staatliche wie private Vorsorge eine Grundsicherung aufgebaut werden, deren Wirksamkeit weit über die bisherigen Sicherungen hinausgeht. Zivilverteidigung ist für Liberale keine Maßnahme der Kriegsvorbereitung und Aufrüstung, sondern notwendige staatliche und gesellschaftliche Verantwortung für den Schutz der Bürger. Nach Auffassung der F.D.P. – und dies hat die Bundestagsfraktion gerade jüngst in einer Sondersitzung zum Thema Sicherheitspolitik festgestellt – ist

militärische Verteidigung nur glaubhaft, wenn sie durch eine zivile Verteidigung ergänzt wird, die in Qualität und Auftrag der militärischen Verteidigung entspricht!

Die F.D.P. begrüßte daher die von der Bundesregierung vorgetragene Absicht, in Kürze ein Konzept der Gesamtverteidigung unter stärkerer Beachtung der Zivilverteidigung vorzulegen.

Alle staatlichen Anstrengungen können jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Einsicht des Bürgers in die Notwendigkeit der eigenen Vorsorge und seiner Verantwortung in Krisensituationen für die Gesellschaft zu wecken. Die Aufklärung der Bevölkerung über Zweck und Umfang der zivilen Verteidigung und ihrer Bedeutung für die allgemeine und persönliche Sicherheit muß daher wesentlich verstärkt werden. Nach Auffassung der F.D.P. ist die Zivilverteidigung keine Thema für parteipolitische Polemiken und Auseinandersetzungen.

Zielvorstellung für die Planung der zivilen Verteidigung ist und bleibt das Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland vom 12. April 1972. Die Bundesregierung hat unterstützt von den Koalitionsfraktionen die zivile Verteidigung ausgebaut und nach Schwerpunkten systematisiert. Trotz aller Anstrengungen der Bundesregierung in der Vergangenheit ist nicht zu übersehen, daß manche Zielvorstellungen im Bereich der Zivilverteidigung nicht oder doch nur unzureichend verwirklicht werden konnten.

Wegen der begrenzten Haushaltsmittel konnten nicht alle Vorhaben der zivilen Verteidigung gleichmäßig gefördert werden. So mußten investitionsintensive Ausgaben insbesondere für Schutzraumbau und Bevorratung gestreckt, teilweise sogar zurückgestellt werden.

Andere Länder, wie die Schweiz, Dänemark und Norwegen, haben gezeigt, daß es möglich ist, wenigstens bei einer Streckung – teilweise über Jahrzehnte – und einer gewissen Abstufung ein ausreichendes Schutzbauprogramm zu bewerkstelligen. So sind etwa in der Schweiz heute rund 80 v. H. der Bevölkerung, in Norwegen 40 v. H. gegen größere konventionelle und mittlere atomare Kriegseinwirkungen geschützt. Die vergleichbaren Zahlen in der Bundesrepublik liegen

dagegen erheblich tiefer. Der Schutzraumbau bleibt aber nach wie vor das Kernstück der zivilen Verteidigung. Auch das Weißbuch hat den Schutzraumbau als wichtige Aufgabe im Rahmen der Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall herausgestellt.

Trotz aller Anstrengungen in der Vergangenheit ist nur schwer zu sehen, wie bei den derzeitigen Ansätzen im Haushalt die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages im Bereich des Zivilschutzes auf Dauer gewährleistet werden kann. Die F.D.P. geht davon aus, daß die in Kürze von der Bundesregierung zu beschließende neue Konzeption im Bereich der zivilen Verteidigung hier eindeutige Orientierungshilfen geben wird. Die F.D.P.-Bundestagsfraktion wird sich jedenfalls mit Nachdruck dafür einsetzen, daß bei einer Besserung der Situation der öffentlichen Haushalte vorrangig auch wieder weitere Mittel für den Schutzraumbau zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere muß auch überlegt werden, ob nicht vordringlich die ca. 700 Schutzbauwerke aus dem Zweiten Weltkrieg, also insbesondere Bunker und Stollen, die noch nicht wieder für den Zivilschutz nutzbar gemacht worden sind, mit einfachen Mitteln wieder hergerichtet werden können, so daß sie zumindest für einen kurzfristigen Aufenthalt geeignet sind.

Gerade diese Vorhaben sollten schon wegen ihrer schnellen Durchführbarkeit und wegen der relativ geringen Kosten je Schutzplatz vordringlich in Angriff genommen werden. Durch eine solche Maßnahme wäre das Angebot an Schutzplätzen schnell zu erhöhen, die noch vorhandene Schutzbausubstanz würde gerettet und gleichzeitig würde dem dringenden Wunsch der betreffenden Gemeinden entsprochen. Im übrigen wäre nach Auffassung der F.D.P. der Schutzgrad des Grundschutzes, an dem prinzipiell festgehalten werden sollte, wesentlich kostengünstiger zu erreichen, wenn auf die bisherige Forderung eines mehrtägigen Aufenthalts im Schutzraum bei künstlicher Belüftung usw. verzichtet würde. Besonders kostenintensive Installationen würden so weitgehend entfallen.

Nicht zuletzt bietet der immer noch voranschreitende Bau von U-Bahnen in zahlreichen größeren Städten des Bundesgebietes weitere Ansatzpunkte zur Ausweitung des Schutzraumangebots.

Horst Pieper

Der Delegiertentag des DFV

Weitgehende Übereinstimmung

Diskussion um die Führungskonzeption im Katastrophenschutz

Die Ausbildung von geeignetem Führungspersonal soll in den kommenden Jahren großgeschrieben werden. „Wir sind in unseren Bemühungen auf dem richtigen Weg“, kommentierte der Stuttgarter Branddirektor Prendke vor über 100 Delegierten des Deutschen Feuerwehrverbandes beim Delegiertentag in Hamm die Anstrengungen des DFV in diesem Bereich. Bei der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung hat sich die Konferenz in einer Fachdiskussion intensiv mit der Frage der Führung im Katastrophenschutz beschäftigt.

Regierungsdirektor Eisel vom Bundesinnenministerium erläuterte dabei die Haltung des Ministeriums. Nach seinen Worten ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich auf Initiative von Innenminister Prof. Dr. Maihofer mit dieser Problematik befaßt. „Die Beratungsergebnisse werden der Innenministerkonferenz der Länder zur Verabschiedung vorgelegt und sollen dann auch in den friedensmäßigen Katastrophenschutz übernommen werden“ erläuterte Eisel.

Kooperativer Führungsstil

Nach den Worten beider Referenten gehört die Regelung der Leitungs- und Führungsfragen zu den „Schwerpunkten der Neuordnung des Katastrophenschutzes“. Nicht unerwartet von den zahlreichen Beobachtern der zweitägigen Konferenz des Deutschen Feuerwehrverbandes gab es kaum Unterschiede zwischen den Vorstellungen der Feuerwehr und des Bonner Ministeriums. Branddirektor Prendke erläuterte nach der Tagung dem ZS-MAGAZIN, daß man an die Auslegung der Stellenbeschreibungen herangehe und er dazu von offizieller Seite „weitere Erläuterungen“ erwarte. In den Grundzügen herrsche Konsens. „Ein kooperativer Führungsstil ist gefunden!“ analysierte Regierungsdirektor Eisel die Erfahrungen der Waldbrandkatastrophe von Niedersachsen aus dem Jahre 1975. „Wer heute nicht mehr über die Frage der Führung im Katastrophenschutz redet, gilt direkt als altmodisch“, skizzierte er die Entwicklung der letzten

Jahre. Noch zuvor hatte DFV-Präsident Bürger bedauert, daß als Hypothek aus dem Zweiten Weltkrieg „der Begriff ‚Führen‘ im öffentlichen Bereich lange unpopulär“ gewesen sei.

Standpunkt des Ministeriums

Nach Darstellung Eisels orientiert sich das Bundesinnenministerium bei der Konzipierung der eigenen Vorstellungen für den Zivilschutz an den spezifischen Bedürfnissen für den Verteidigungsfall, die sich aus den Kriegsbildannahmen ableiten. Regierungsdirektor Eisel, der ausdrücklich nur die Meinung des Ministeriums darlegte, berichtete, daß der Bund sein Hauptaugenmerk zunächst der örtlichen Leitungs- und Führungsebene widme. Eisel bezeichnete ebenso wie Branddirektor Prendke aus Stuttgart die derzeit geltende Regelung als erheblich verbesserungsbedürftig. Beide forderten bei der Besetzung der Führungs- und Leitungsstäbe eine stärkere „qualitätsbezogene“ Beurteilung, eine stärkere Berücksichtigung des „Qualifikationsprinzips“.

Klare Trennung

Leiten und Führen sind für Eisel zwei deutlich abzugrenzende Funktionen geworden. Die Leitung liegt nach dem Modell des Bundesinnenministeriums beim Hauptverwaltungsbeamten und seiner Katastrophenschutzleitung, während die Technische Einsatzleitung die Aufgaben bei der Führung der Katastrophenschutzeinheiten wahrnimmt. „Administrativ-strategisch“ sollen die Funktionen der Leitungsinstanz sein, während nach dem Bonner Konzept die taktische Seite bei einem Katastropheneinsatz der Technischen Einsatzleitung vorbehalten ist. „Hier herrscht völlige Übereinstimmung mit dem Modell der Berufsfeuerwehr“, stellte der Vertreter des Ministeriums fest.

Koordinierende Funktion

Die Koordinierung der Meinungsbildung in dem für die Vorbereitung und Umsetzung der Leitungsentscheidungen vorgesehenen Organ soll eine der Aufgaben eines „Leiters der Ein-



Regierungsdirektor Eisel, Bundesministerium des Innern, konkretisierte vor den Delegierten des Deutschen Feuerwehrverbandes die Auffassung des Bonner Ministeriums zu einer neuen Führungskonzeption im Katastrophenschutz.

satzkräfte" sein, der in der Kommunikation aller Funktionsbereiche mit dem Hauptverwaltungsbeamten als Schaltstelle fungiert. Er soll zugleich erster Ansprechpartner gegenüber dem Technischen Einsatzleiter sein. „Ein straff gegliederter, konzentrierter Apparat muß zur Verfügung stehen“, kommentierte Eisel die Ansicht des Bundesinnenministeriums, das gerade in diesem Punkt aus der Auswertung des niedersächsischen Katastropheneinsatzes Konsequenzen ziehen will.

Positionsänderungen

Regierungsdirektor Eisel stellte die Bereitschaft des Bundesinnenministeriums in Aussicht, gegebenenfalls „auch Gesetzesstrukturen zu ändern, wenn dies geboten erscheint“. Er erläuterte, daß den Angehörigen der Hilfsorganisationen in der Katastrophenschutzleitung die Aufgabe zukommen soll, Informationen zu liefern. Man dürfe sie nicht überfordern und von ihnen administrativ-strategische Entscheidungsvorschläge verlangen. Dazu seien Experten mit entsprechender Ausbildung notwendig, deren Auswahl dem HVB obliege. Hierfür habe das Ministerium Funktionsbilder zu entwerfen und Qualifikationsprofile zu definieren. Dadurch sei bei Bedarf auch der Einbau externer Spezialisten möglich. Dies könne allerdings nicht zur Regel werden, zumal der langjährige persönliche Kontakt wichtig sei.

Einheitliche Führungskonzeption für Frieden und V-Fall

Der Referent aus Bonn bedauerte, daß es noch keine bundeseinheitliche Nomenklatur gebe. Mancher Dissens habe sich dadurch entwickelt, daß eine einheitliche Führungssprache fehle. In der Sache sei aber festzustellen, daß die V-Fall-spezifischen Bedürfnisse in diesem Bereich keine Sonderregelung verlangen und somit eine „hundertprozentige“ Übereinstimmung in den Ansprüchen an die Führungskonzeption für Frieden und V-Fall gegeben sei. „Eine Kontinuität in den organisatorischen, personellen und materiellen Strukturen ist unbedingt erforderlich“, sagte Eisel.

Experten in die TEL

Taktische, operative und technische Entscheidungen sollen nach der Konzeption beider Referenten von der Technischen Einsatzleitung gefällt



Fachdiskussion am Rande des DFV-Delegiertentages, links DFV-Präsident Albert Bürger.

werden. Sowohl Branddirektor Prendke als auch Regierungsdirektor Eisel betonten, daß nach ihrer Ansicht „hier die Experten der Hilfsorganisationen richtig angesiedelt“ seien. Im Verteidigungsfall falle der Einsatzleitung außerdem die Aufgabe zu, die in der Neuordnung des Katastrophenschutzes vorgesehenen Kaderkräfte mit den Personalreserven zu funktionsfähigen Einheiten zusammenzufügen.

Ausbildung verbessern

Der Referent aus Bonn kündigte eine stärkere Konzentrierung der öffentlichen Bemühungen auf eine verbesserte Ausbildung von Führungs- und Leitungskräften an. Die Vorarbeiten zu einer Optimierung der Ausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz seien bereits begonnen worden. Dazu erwarte das Bundesinnenministerium, daß dieser Bereich vom Haushaltsausschuß des Bundestages „entsprechend dotiert“ werde. Im Katastrophenschutz sei generell eine Abkehr vom Gießkannenprinzip zur Schwerpunktförderung im Gange. Eisel betonte, daß sich beim heutigen Diskussionsstand eine große Einmütigkeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Feuerwehr abzeichne. DFV-Geschäftsführer Reinhard Voßmeier äußerte sich nach Abschluß der Tagung ähnlich: „Es gilt nun, die einzelnen Vorstellungen zu den verschiedenen Begriffen in sachlicher Diskussion zu definieren. Nun müssen die Probleme auf dem Weg zu einem gemeinsamen Wortschatz gelöst werden!“

Katastrophenschutz verbesserungsbedürftig

In einer Resolution erinnerte der Deutsche Feuerwehrverband an seine Bemühungen um eine Verbesserung des Katastrophenschutzes. Der Delegiertentag in Hamm forderte Verbesserungen und Vereinfachungen in der Verwaltungsarbeit und in der Ausrü-

stung, daneben die Erhöhung der Haushaltsansätze für die zivile Verteidigung durch den Bund. Die über 100 Vertreter des DFV bestätigten erneut ihre Vorstellungen von einem Beirat beim BMI: „Der Deutsche Feuerwehrverband fordert nunmehr mit Nachdruck den seit langem gewünschten Beirat für Katastrophenschutzangelegenheiten beim Bundesminister des Innern. Dieser Beirat soll die Interessen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Helfer vertreten und dem Bundesminister des Innern in allen Fragen des Katastrophenschutzes Entscheidungshilfen geben.“

Bessere Finanzausstattung

In der Resolution wurde von den Delegierten eine bessere Finanzausstattung der Zivilverteidigung gefordert: „Der Deutsche Feuerwehrverband stellt mit Bedauern fest, daß sich das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Verteidigung in den letzten Jahren zuungunsten der Zivilverteidigung besorgniserregend verschlechtert hat. Dieser Zustand wird noch dadurch verschärft, daß in den nächsten Jahren zur Aussonderung anstehende Fahrzeuge mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln nicht ersetzt werden können. Der Deutsche Feuerwehrverband fordert im Interesse der Bevölkerung, diesen unerträglichen Zustand umgehend zugunsten der zivilen Verteidigung zu verbessern.“

Jahresbeiträge pauschalieren

Die Delegierten sahen dazu Möglichkeiten der Kosteneinsparung auf dem Verwaltungssektor: „Zur Kosteneinsparung und zur Vereinfachung des Verfahrens fordert der Deutsche Feuerwehrverband erneut die Pauschalierung der Jahresbeiträge für die Einheiten und Einrichtungen des gesamten Katastrophenschutzes, zumal die Feuerwehren nach der bundeseinheitlichen und bundesweit eingeführten Feuerwehr-Dienstvorschrift FwDV 2/1 die integrierte Ausbildung durchführen.“ Die Übernahme von ausgemusterten Bundeswehrfahrzeugen für den Löscheinsatz wurde vom Delegiertentag des DFV aus „einsatztaktischen Gründen“ abgelehnt.

Hinweis der Redaktion: Über die sonstigen Ergebnisse des DFV-Delegiertentages informiert ein weiterer Bericht auf den DFV-Seiten der vorliegenden Ausgabe.

Siegfried Werle, Ing. (grad.)

Fahrzeug mit hohem Einsatzwert

Der neue Gerätekraftwagen GKW 72

Die erste Generation von Gerätekraftwagen für den Bergungsdienst des Katastrophenschutzes wurde in den Jahren 1956 bis 1959 entwickelt. Diese Gerätekraftwagen bestehen aus einem Lastwagenfahrgestell mit Allradantrieb, mit 3-Personen-Fahrerhaus, mit vor dem Motor angeordneter, mechanisch betriebener Kfz-Seilwinde (Vorbauseilwinde) und einem Spezial-Kofferaufbau. In dem Kofferaufbau befinden sich von außen und zum Teil von innen zugängliche Fächer, Schübe, Kästen und Halterungen zur Verlastung der Fachdienstausstattung. Ferner sind Sitzplätze für 8 Helfer vorhanden. Der Kofferaufbau ist mit einer motorunabhängigen Heizung ausgestattet. Personen- und Geräte-raum sind baulich nicht voneinander getrennt.

In den Jahren 1957 bis 1961 wurden Gerätekraftwagen (GKW) mit Borgwardfahrgestellen beschafft. Die Kofferaufbauten wurden von unterschiedlichen Firmen hergestellt. Das zulässige Gesamtgewicht dieser GKW beträgt 8800 kg, das Leergewicht 5500 kg und die Fachdienstausstattung wiegt insgesamt etwa 1800 kg. Die Borgwardfahrgestelle waren zunächst mit 95-PS-Motoren und später mit 110-PS-Motoren ausgerüstet.

Ab 1962 wurden für die Gerätekraftwagen Fahrgestelle der Fa. Klöckner-Humboldt-Deutz, Typ Mercur 120 A-L, verwendet. Das zulässige Gesamtgewicht wurde auf 10 000 kg und die Motorleistung auf 120 PS erhöht. Die Kofferaufbauten stimmten im wesentlichen mit denen der früher beschafften GKW überein. Sie wurden von unterschiedlichen Herstellern angefertigt.

Im Jahre 1972 wurde im Hinblick auf den steigenden Ersatzbedarf an Gerätekraftwagen und die Umstellung der taktischen Einheiten des Katastrophenschutzes von Bereitschaften auf Züge unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen die 2. Generation von Gerätekraftwagen für den Bergungsdienst, der „GKW 72“, konzipiert. Zwischen den Gerätekraftwagen der 1. Generation (GKW) und den Gerätekraftwagen der 2. Generation



Blick auf die linke Fahrzeugseite des Gerätekraftwagen GKW 72, erste Fertigungsreihe. Hier ist der Teleskopmast ausgezogen und mit einem Licht-Fluter bestückt.

(GKW 72) bestehen die folgenden wesentlichen Unterschiede:

1. Der Mannschaftsraum für 7 Helfer einschließlich Fahrer (er besteht aus einem sogenannten Zweifachfahrerhaus in dem 2 Sitzreihen untergebracht sind, 1. Reihe: Fahrersitz und Sitzbank für 2 Helfer, 2. Reihe: Kastensitzbank für 4 Helfer) und der Geräteraum (Spezial-Kofferaufbau) sind baulich voneinander getrennt. Hierdurch wurde die Sicherheit der Helfer bei Fahrzeugunfällen erhöht.

2. Die Gerätefächer sind nur von außen zugänglich. Abklappbare mit Luftfedergewichtsausgleich versehene Bordwände dienen gleichzeitig als Verschlussklappen für die unteren Gerätefächer und als Auftritte, um die oberen Gerätefächer gut zu erreichen. Durch diese konstruktive Maßnahme ist die Entnahme und das Verstauen der Geräte wesentlich erleichtert worden, was insbesondere im Einsatzfall sehr vorteilhaft ist.

3. Die Gerätefächer oberhalb der Bordwände werden durch einfach zu bedienende Rolläden verschlossen.

4. Die mechanisch angetriebene Vorbauseilwinde der alten GKW (GKW der 1. Generation) wurde durch eine hydraulische Seilwinde mit automatischer Seilspulung, die unter dem Kofferaufbau angeordnet ist, ersetzt. Sie hat eine max. Zugkraft von etwa 5 t. Die Bedienung der Hydrowinde ist insbesondere durch die automatische Seilspulung erheblich einfacher und sicherer als die der bisherigen mechanischen Vorbauseilwinde, die keine automatische Seilspulung besaß. Der hydraulische Betrieb der Seilwinde gewährt einen wirksamen Überlastungsschutz und eine feinfühligere Arbeitsweise.

5. Im Gegensatz zum alten GKW ist der GKW 72 mit einer hydraulischen Lenkhilfe ausgestattet, die das Lenken des Fahrzeugs, insbesondere bei Fahr-

ten im Gelände und bei schwierigem Rangieren, sehr erleichtert.

6.

In den Bergungsbereitschaften des ehemaligen LSHD diente der Gerätekraftwagen als Geräteträger und war hauptsächlich mit schwerem Bergungsgerät bestückt. Seine Besatzung bestand aus Fahrer und Beifahrer. Nach der Umstellung der taktischen Einheiten von Bereitschaften auf Züge wird der Gerätekraftwagen mit einer Gerätegruppe (7 Helfer) besetzt. Ferner wird die Fachdienstausstattung durch schweres und leichtes Bergungsgerät erweitert.

Gegenüber dem alten GKW wird der GKW 72 insbesondere mit folgendem zusätzlichen Gerät ausgestattet:

6.1

1 Schmutzwasserkreiselpumpe mit Benzinmotor. Die Pumpenleistung beträgt 400 l/min bei einer Gesamtförderhöhe von 17 m WS. Mit dieser Pumpe können Keller, Gräben, Schächte und dergleichen ausgepumpt werden, auch wenn das Wasser grobe Verunreinigungen aufweist.

6.2.

1 Stromerzeuger, 5 kVA, 220/380 V, anstatt eines 3-kVA-Stromerzeugers beim alten GKW. Dadurch ist es z. B. möglich, 2 Flutlichtstrahler 1000 W, 3 Arbeitsscheinwerfer 100 W und den Gesteinsbohrhammer mit Gebläse, insgesamt 1300 W, zu betreiben. Es ist dann noch eine Leistungsreserve von bis zu 1000 W vorhanden.

6.3.

2 Flutlichtstrahler 1000 W mit 2 auf 5 m Höhe ausziehbaren Teleskop-Dreibeinstativen. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, eine größere Schadensstelle gut auszuleuchten.

6.4.

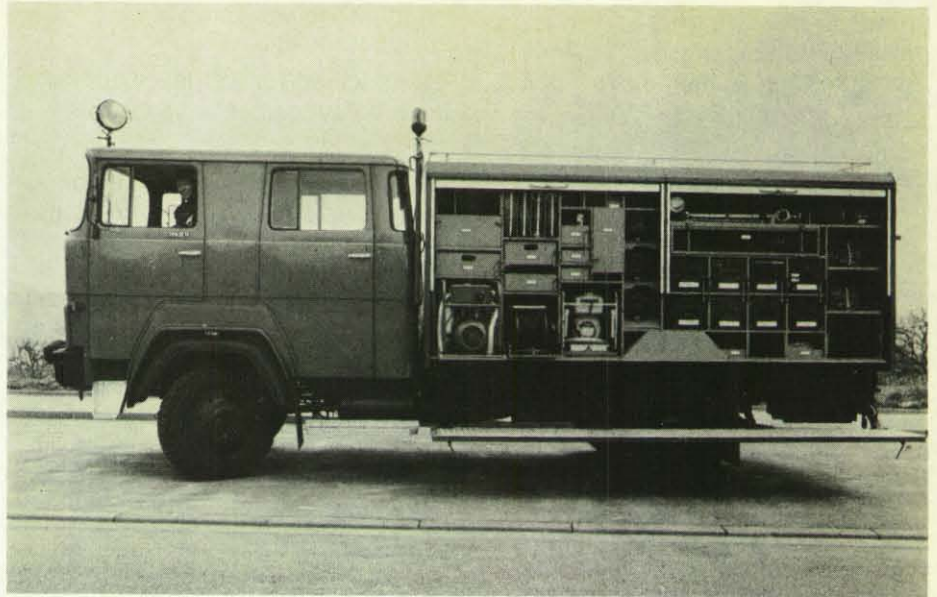
1 Schleifkorb und 1 Bergeschlepe, um Verletzte schneller, schonender und kräftesparender bergen und durch Trümmer transportieren zu können.

6.5.

1 Tragesatz „A“, 2 Tragesätze „B“ und 2 Tragesätze „C“. Damit kann die Gerätegruppe des GKW 72 auch schwierige Bergungsarbeiten vor Ort von Hand vornehmen, wenn die Gefahrenlage den Einsatz maschineller Hilfsmittel nicht zuläßt.

6.6.

Damit die neue Unfallverhütungsvorschrift für den Einsatz von Preßluftatmern erfüllt und dabei die Sicherheit der Helfer bei Einsätzen unter schwerem Atemschutz erhöht wird, ist der GKW 72 mit 4 Preßluftatmern gegenüber 3 Preßluftatmern beim alten GKW ausgestattet.



Auf einem ganz anderen Fahrgestell sitzt der Kofferaufbau des GKW 72 der zweiten Fertigungsserie, dessen linke Fahrzeugseite unser Bild zeigt. Nähere technische Einzelheiten im nebenstehenden Bericht.



GKW 72, zweite Fertigungsserie, rechte Fahrzeugseite. Die Änderungen gegenüber der ersten Fertigungsserie basieren u. a. auf den damit gewonnenen Erfahrungen und auf taktischen Überlegungen.

6.7.

Die Anzahl der Steckleiterteile wurde von 2 auf 4 erhöht, um höhere Gebäudeteile mit Hilfe der Steckleiter erreichen zu können. Die alten GKW wurden inzwischen entsprechend nachgerüstet.

6.8.

1 Anschlagstück, 5 t, 550 mm lang, und 2 Spitzseisen mit Kopf, 1000 mm lang. Das Anschlagstück wird als Verbindungsstück zwischen Kfz-Anhänger- bzw. Kfz-Abschleppkupplung und Ketten bzw. Seilen und in Verbindung mit den Spitzseisen mit Kopf als

Erdankerarm benutzt. Das Spitzseisen mit Kopf dient als schwerer Meißel, als Brechstange und als Erdanker-nagel.

6.9.

Es ist Raum für die Unterbringung von 7 Rucksäcken mit persönlicher Ausstattung vorhanden, falls diese bei längeren überörtlichen Einsätzen gebraucht wird.

6.10.

Durch die vorgenommene Ergänzung der Fachdienstausstattung erhöhte sich deren Gewicht von etwa 1800 kg beim alten GKW auf etwa 2200 kg beim GKW 72.

7. Folgende Ausstattungsgegenstände des alten GWK wurden nicht in den GWK 72 übernommen:

7.1. Der Seilflaschenzug für 3 t Nutzlast mit Hanfseil 26 mm Durchmesser, 60 m lang. Das Gerät ist technisch überholt und durch das Vorhandensein des Greifzuges überflüssig.

7.2. Die Mulde aus Leichtmetall 1500 mm lang mit Tragegriffen. Die Leichtmetallmulde wird durch den speziell für den Bergungsdienst entwickelten und universell einsetzbaren Schleifkorb ersetzt.

8. Die erste Fertigungsserie von 61 GWK 72 wurde 1975 ausgeliefert. Sie weist folgende technischen Merkmale auf: Daimler-Benz-Allrad-Fahrgestell mit Zweifachfahrerhaus.

Wassergekühlter Dieselmotor (130 PS).
Hydraulische Kfz-Seilwinde mit Zug nach vorne. Zugkraft max. etwa 5 t.
Einzelbereifung der Vorder- und Hinterachse.

Kofferaufbau der Firma Büssing und Sohn, Braunschweig.

Innenflächen der Bordwände mit Granulat beschichtet.

Teleskopmast für 2 Flutlichtstrahler im Kofferaufbau fest eingebaut.

9. Aufgrund der mit der ersten Fertigungsserie gewonnenen Erfahrungen, aus taktischen Überlegungen und aus Gründen der wirtschaftlichen Marktlage wurde die 2. Fertigungsserie gegenüber der ersten Fertigungsserie in einigen Punkten geändert. Die 2. Serie weist folgende technische Merkmale auf:

Frontlenker-Allradfahrgestell Magirus-Deutz 170 D 11 FA mit Zweifachfahrerhaus.

Luftgekühlter Dieselmotor mit 176 PS. Die Erhöhung der Motorleistung wurde vorgenommen, um dem Fahrzeug ein besseres Durchzugsvermögen im Gelände und bei Steigungen zu verleihen. Hydraulische Kfz-Seilwinde mit Zug nach vorne (max. etwa 5 t) und Doppelzug nach hinten (max. etwa 9,5 t). Dadurch ist die Seilwinde universeller einsetzbar.

Einzelbereifung der Vorder- und Zwillingsbereifung der Hinterachse. Durch

die Zwillingsbereifung der Hinterachse wurde das Fahrverhalten erheblich verbessert.

Kofferaufbau der Firma Voll, Würzburg.

Innenfläche der Bordwände mit rutschsicherem Leichtmetallblech belegt. Die Granulatbeschichtung der Innenflächen der Bordwände der 1. Serie hat nicht voll befriedigt.

Die Rückseite des Kofferaufbaus ist mit einer Halterung für ein auf 5 m ausziehbares Dreibeinstativ zur Aufnahme eines Flutlichtstrahlers versehen. Die Benutzung dieser Halterung ist nur bei stehendem Fahrzeug gestattet. Diese Einrichtung ersetzt den bei der 1. Serie im Aufbau fest eingebauten Teleskopmast.

10. Der Gerätekraftwagen GWK 72 mit seiner starken Motorleistung, seiner umfangreichen Geräteausstattung, seiner modernen, universell einsetzbaren Hydrowinde und seiner Besetzung mit einer starken Gerätegruppe ist ein Bergungsdienstfahrzeug mit hohem Einsatzwert, das auch als Einzelfahrzeug mit großem Erfolg eingesetzt werden kann.

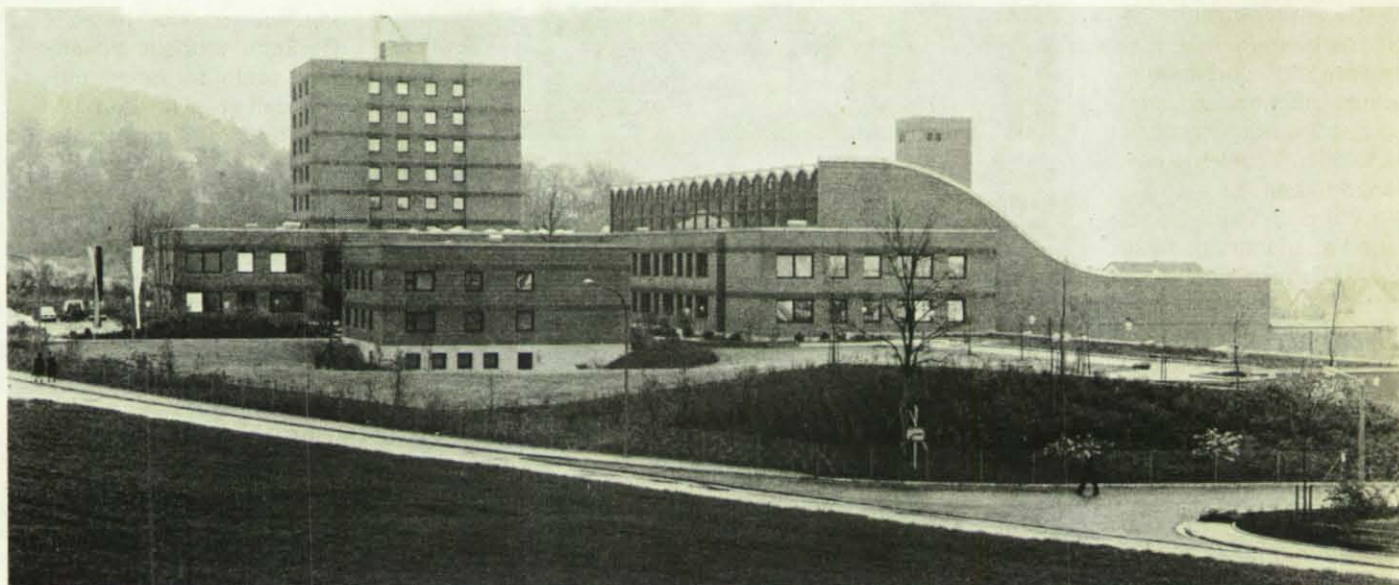


Die Rückseite des Kofferaufbaus des GWK 72, zweite Fertigungsserie, ist mit einer Halterung für ein auf 5 m ausziehbares Dreibeinstativ zur Aufnahme eines Flutlichtstrahlers versehen.

Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

»PFUNDIG«

Die neue Staatliche Feuerwehrschieule in Regensburg ist die modernste ihrer Art



Regensburg, die einzige unzerstörte Großstadt des deutschen Mittelalters, die lebendige kulturelle, politische und wirtschaftliche Mitte des ostbayerischen Raumes und viertgrößte Stadt Bayerns hat eine neue Staatliche Feuerwehrschieule. Als sie am 30. April durch Innenminister Dr. Bruno Merk in Anwesenheit zahlreicher Gäste eingeweiht wurde, war die Begeisterung, insbesondere bei den Feuerwehrleuten, groß. Beim anschließenden Rundgang durch den Schulneubau, bei der Betrachtung der praktischen und hochmodernen Einrichtung hörte man aus den Reihen der Besucher immer wieder das Adjektiv „pfundig!“, was Zustimmung, Zufriedenheit und Enthusiasmus in einem ausdrückte. Pfundig fanden die Besucher die zum Bauen verwendeten Materialien, nämlich rote Backsteine und viel Holz. Damit ist eine Atmosphäre geschaffen worden, in der sich jeder Gast heimisch fühlt, in der

Blick auf die neue Staatliche Feuerwehrschieule Regensburg, die am 30. April im Rahmen einer Feierstunde ihrer Bestimmung übergeben wurde.



Die kühn geschwungene Dachkonstruktion der Übungshalle, eine Verbindung von Holz und Stahl, macht störende Stützpfiler überflüssig.

er nicht erschreckt wird, wie von der eiskalten Zweckmäßigkeit vieler moderner Bauten. Fußbodenbeläge, Beleuchtung, Formen und Farben der Baulichkeiten und Installationen strahlen eine Harmonie aus, die die Lehrgangsteilnehmer veranlassen wird, von der ersten Minute an

„unsere Schule“ zu sagen. Pfundig fanden Gäste und Bedienstete der Feuerwehrschieule auch die kühn geschwungene Dachkonstruktion der 40 mal 60 m großen Übungshalle, eine Verbindung von Holz und Stahl, die ihresgleichen sucht. In dieser Übungshalle, an einer Seite 7 m, an der an-

deren 16 m hoch, fand auch die Einweihungsfeier statt.

Ein Meilenstein in der Geschichte des bayerischen Feuerlöschwesens

Bei der Einweihung der neuen Staatlichen Feuerwehrschieule Regensburg waren Vertreter aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zugegen, unter ihnen die Abgeordneten von Bund und Land sowie Senatoren. Außerdem fast alle Stadt- und Kreisbrandräte von Bayern, der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Kreisbrandrat Wiedemann, sowie Vertreter der beiden großen Konfessionen, die der neuen Schule die kirchlichen Weihen gaben.

Innenminister Dr. Bruno Merk hob in seiner Rede zur Einweihung der neuen Ausbildungsstätte für die Freiwilligen Feuerwehren Bayerns die Schwierigkeiten und die langwierigen Bemühungen hervor, die bis

zur Fertigstellung der heutigen, allen modernen Unterrichtserfordernissen genügenden und ausreichend Platz bietenden Schule zwangsläufig entstanden.

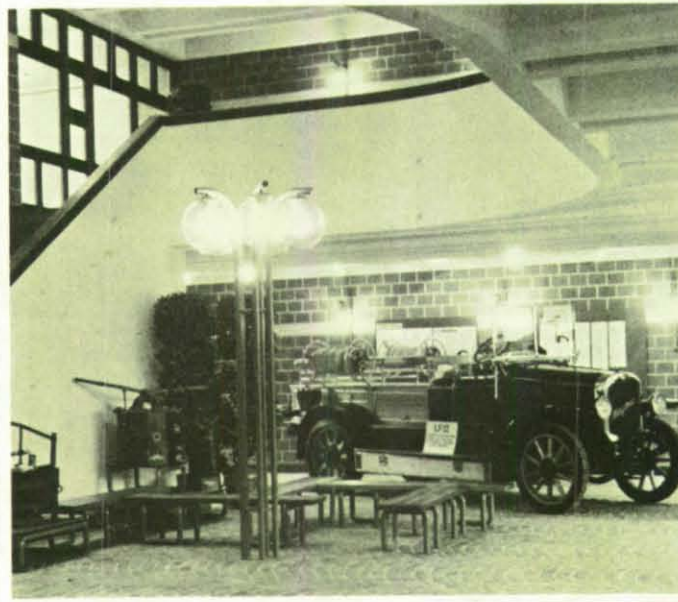
Er bezeichnete aber auch die Indienststellung der Ausbildungsstätte als einen Meilenstein in der Geschichte des bayerischen Feuerlöschwesens. Dabei dankte er im einzelnen allen, die beim Planen, Finanzieren und Bauen der Schule mitgeholfen oder die zur Bewältigung der vielfältigen Probleme beigetragen haben. Er schloß den Wunsch an, daß diese neue Feuerwehrscheule allzeit für Bayern eine segensreiche Tätigkeit entfalten möge, daß der Geist der Kameradschaft und Hilfsbereitschaft in den Feuerwehren auch als Vorbild für die Jugend und die Bürger insgesamt erhalten bleiben möge.

Zugleich nahm der Innenminister die Gelegenheit wahr, um sich vor seinem Ausscheiden aus dem Amt von der ihm als zuständigen Ressortminister ans Herz gewachsenen großen Feuerwehrgemeinde zu verabschieden. Er dankte allen Feuerwehrleuten für das ihm immer entgegengebrachte Vertrauen und wünschte, daß sie dies auch seinem Nachfolger immer entgegenbringen möchten.

Als Beispiele „brisanter Themen“, die in seiner zehneinhalbjährigen Amtstätigkeit behandelt werden mußten, erwähnte der Innenminister die Erhaltung der Ortsfeuerwehren im Rahmen der Gemeindegebietsreform, den technischen Hilfsdienst der Feuerwehren und ihre Mitwirkung im Rettungsdienst, den Einsatz auf Autobahnen und Bundeswasserstraßen, die Ölschadensbekämpfung, die Luftbeobachtung und Waldbrandbekämpfung, den vorbeugenden Brandschutz, die Brandschutzforschung und die Feuer-schutzsteuer. Eine ganze Reihe neuer Probleme käme



Der Eingangsbereich mit der von Künstlerhand geschaffenen Keramik über dem Portal. Im Hintergrund der sechsstöckige „Wohnturm“.



Zentraler Mittelpunkt des Freizeitbereichs ist die gemütliche Eingangshalle, an die sich Kantine, Fernsehraum, Lesezimmer und Lehrer-vom-Dienst-Zimmer anschließen.



Liebevoll überarbeitete antike Museumsstücke aus dem Feuerwehrewesen zieren den mit Sitzgruppen versehenen Freizeitbereich.

in Zukunft auf die Feuerwehren zu, sagte Dr. Merk. Hierzu zählte er unter anderem die Gefahrenbewältigung im Bereich der Kerntechnik, organisatorische und finanzielle Fragen im Rahmen der Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft, den erweiterten Katastrophenschutz und den Zivilschutz.

Sich wieder dem Thema des Schulneubaus zuwendend sagte der Innenminister, daß er es im Herbst 1973 bei der Grundsteinlegung kaum für möglich gehalten hätte, daß das gesteckte Ziel, also die Inbetriebnahme der Schule im Jahre 1977, so zuverlässig erreicht werden würde.

Wenn überhaupt noch ein Wunsch offen geblieben sei, dann sei es die noch nicht durchgeführte Errichtung der im Zusammenhang mit diesem Schulneubau geplanten Prüfstelle des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz. Dr. Merk bat alle mit dem Bau dieser Prüfstelle befaßten Behörden und Stellen, auch dieses Werk noch – und zwar möglichst rasch – zu vollenden.

Am Ende seiner Ausführungen bedankte sich Dr. Merk bei dem vor kurzem aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen langjährigen Leiter der alten Feuerweherschule, Baudirektor Dr. Bierau, recht herzlich im Namen Tausender an der Schule bestens ausgebildeter Feuerwehrmänner wie auch in seinem eigenen Namen. Dem neuen Schulleiter Oberbaurat Sittler, der bereits im Februar in sein neues Amt eingeführt worden war, wünschte Dr. Merk eine stets glückliche Hand bei der Leitung der Feuerweherschule und überreichte ihm die Beförderungsurkunde zum Baudirektor.

Mit einem Dank an die anwesenden Spitzenvertreter der mit den Feuerwehren kameradschaftlich verbun-

Die Verbundenheit der Feuerwehren zu ihrem Land wird durch das Wappen des Freistaates Bayern und der sieben Regierungsbezirke ausgedrückt.

denen Hilfsorganisationen für die stets gute Zusammenarbeit sowie mit einem Dank an die Helferschaft verabschiedete sich der Minister auch von diesem Kreis.

Wunschtraum erfüllt

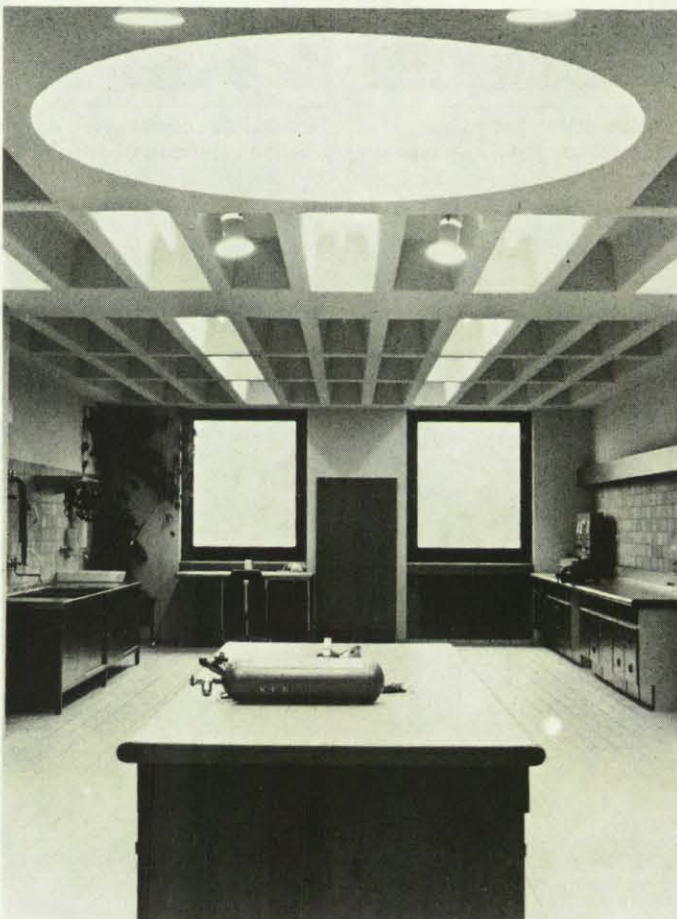
Auch in den Ansprachen des Schulleiters, des Leiters des Landbauamtes Regensburg, Baudirektor Höpfl, des Geschäftsführenden Sprechers der FFW Bayerns, Friedrich Busch, des Vizepräsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Kreisbrandrat Wiedemann, sowie des Präsidenten des österreichischen Bundesfeuer-

Formen und Farben von Baulichkeiten und Installationen strahlen im ganzen Haus Harmonie und Behaglichkeit aus.

wehrverbandes, Landesbranddirektor Widder, kam zum Ausdruck, daß mit der Indienststellung der neuen Staatlichen Feuerweherschule ein Wunschtraum von 300 000 bayerischen Feuerwehrleuten in Erfüllung gegangen sei. Es käme nun darauf an, die Schule mit Leben zu erfüllen, wobei es sich beweisen müsse, ob sie das hält, was sich die verantwortlichen Planer und Erbauer erhofft und was sie beabsichtigt haben. Insgesamt gesehen sei auch diese neue Schule eine Demonstration des Leistungswillens und der Leistungskraft der Feuerwehren.

Im Verlauf des Festaktes erhielt Dr. Merk aus der

Die Atemschutzgerätekabine. Hier wurde die architektonische Schönheit der Raumgestaltung vom Fotografen in eindrucksvoller Weise im Bilde festgehalten.



Hand des Geschäftsführenden Sprechers Busch als Dank für sein persönliches und entschiedenes Eintreten für das Feuerwehrwesen Bayerns als Geschenk einen alten Feuerwehrhelm sowie eine Grafik, die einen Helm und das markante Dach der neuen Übungshalle als Symbole des Schutzes zeigt.

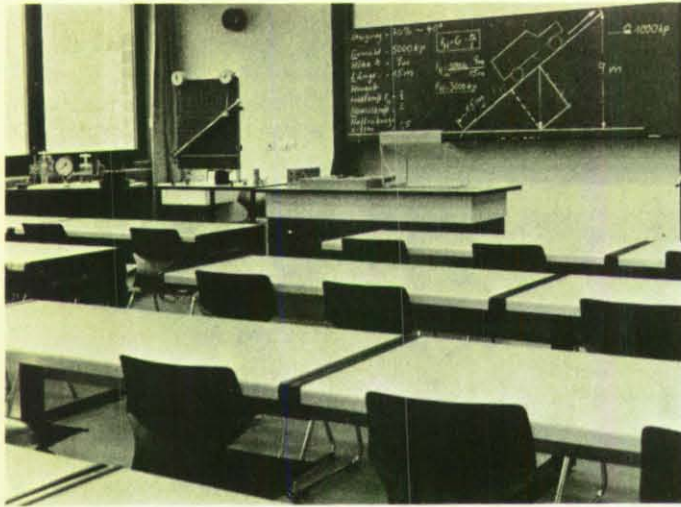
DFV-Vizepräsident Wiedemann überreichte dem früheren Leiter der Staatlichen Feuerweherschule Regensburg, Baudirektor Dr. Bierau, das ihm vom Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes in Würdigung besonderer Leistung auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens verliehene Deutsche Feuerwehrenzeichen in Gold.

Baukosten 25 Mio. DM

Die Staatliche Feuerweherschule Regensburg hat die Aufgabe, die Freiwilligen Feuerwehren Bayerns überörtlich, einheitlich und mit qualifizierten Lehrpersonen und Lehrmethoden zeitgemäß auszubilden. Die bisherige Feuerweherschule in Regensburg konnte trotz zahlreicher Erweiterungsbauten den wachsenden Anforderungen an Räumlichkeiten und moderne Lehrmöglichkeiten nicht mehr genügen.

Die neue Schule wurde in knapp fünfjähriger Bauzeit errichtet. Die Baukosten belaufen sich auf ca. 25 Mio. DM. Dazu kommen Kosten für die Einrichtung von weiteren 1,1 Mio. DM.

Der Neubau besteht aus einem U-förmigen zweigeschossigen Verwaltungs-Unterrichts- und Wirtschaftsgebäude um einen Eingangshof mit anschließender Eingangshalle. Unmittelbar daneben erhebt sich ein Unterkunftsturm mit sechs Stockwerken und die 2400 qm große Übungshalle mit dem für das architektonische Gesamtbild charakteristischen wellenförmigen Dachstuhl.



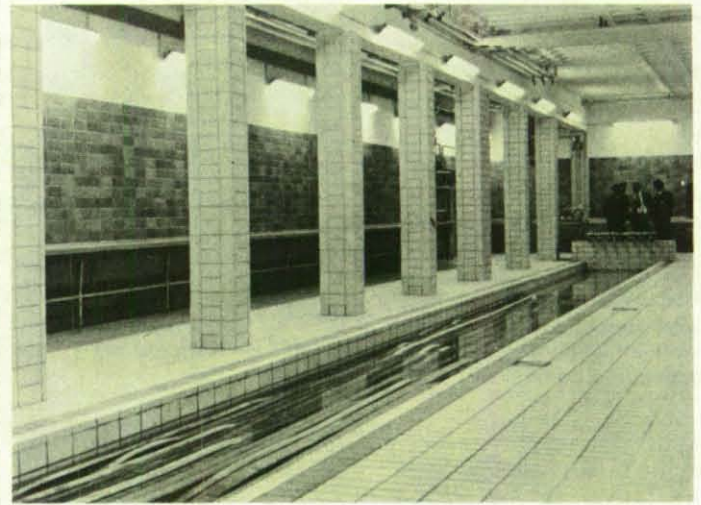
Alle Lehrsäle, Gruppenunterrichtsräume und Lehrmittelvorbereitungsräume sind modern und zweckmäßig eingerichtet.



Blick in einen der beiden Planspielräume, die 64 bzw. 32 Teilnehmer fassen und in erster Linie zur Schulung von Führungskräften dienen.



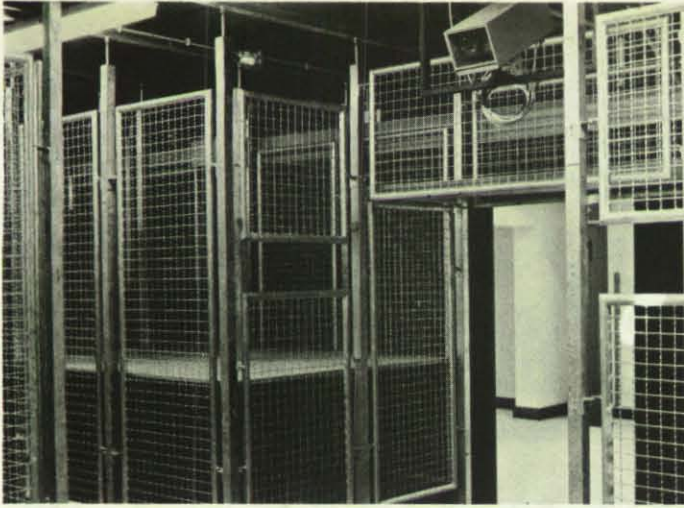
Die sechs Unterkunftsgeschosse im „Wohnturm“ haben je 21 Betten. Für die Bewohner jeden Stockwerks gibt es eine zentrale Waschgelegenheit.



Ganz auf Zweckmäßigkeit eingerichtet ist die Schlauchwäsche. Das Bild zeigt den Bodenwaschtrog für normale Schläuche.



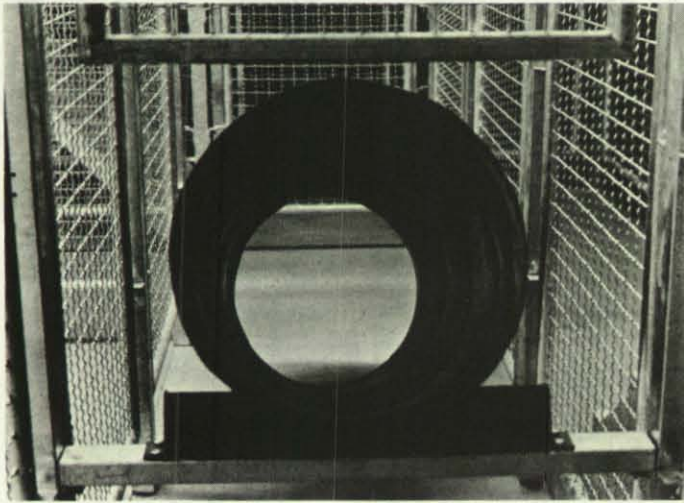
Teil des Übungshofes mit Übungsstrecke für Rettungsarbeiten bei Kraftfahrzeugunfällen.



In der Atemschutz-Übungsstrecke lernen die Atemschutzgeräteträger, sich an die physischen und psychischen Anforderungen des Atemschutzes zu gewöhnen.



In der Schlauchwäsche befinden sich auch verschiedene Modellanlagen für kleine Schlauchaufhängevorrichtungen zu Übungszwecken.



In die Atemschutz-Übungsstrecke, in der es bei Übungen bis auf Infrarotbeleuchtung stockfinster ist, sind viele verschiedene Hindernisse eingebaut.



Von diesem Pult in einem Nebenraum aus erfolgt die Bildschirmkontrolle über ferngesteuerte Kameras. Sie dient der Leistungsprüfung und der Sicherheit der Feuerwehrmänner.



Gekocht wird für Lehrgangsteilnehmer und Lehrkräfte in dieser Elektroküche. Selbstbedienung sorgt für einen reibungslosen Ablauf der Essensausgabe.

Weiterhin sind noch Garagen, Werkstätten und ein Schlauchrockenturm angeschlossen. Dem Hauspersonal steht – etwas abgerückt von der Schule – ein eigenes Haus zur Verfügung.

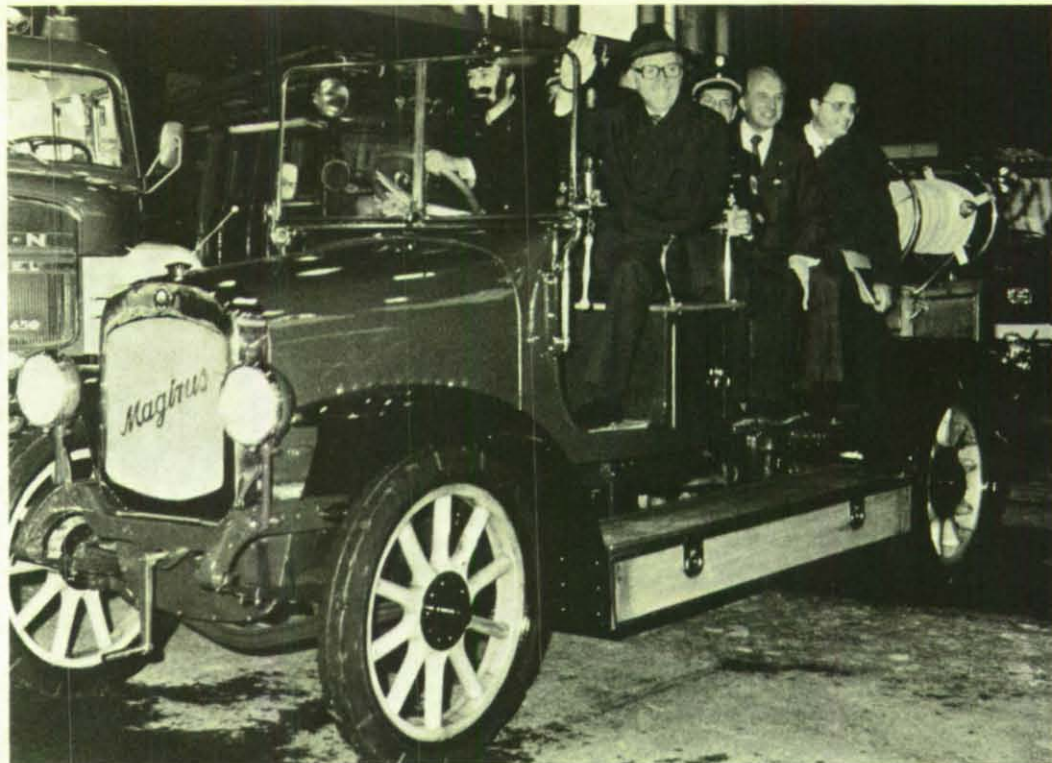
Außer der großen Übungshalle gibt es zwei Fahrzeughallen mit acht bzw. zwölf Stellplätzen für Einsatz- und Schulfahrzeuge. Bei Übungen während schlechten Wetters können die Fahrzeuge von der Halle I in die große Übungshalle durchfahren. Vor den Hallen befindet sich der große Übungshof mit einer Übungsstraße, an der speziell Kfz-Unfälle simuliert und Rettungsmaßnahmen geübt werden.

In eigenen Werkstätten, allerdings ohne zusätzliches Personal, werden Fahrzeuge und Geräte instand gesetzt, gewartet und gepflegt sowie Modelle für den Unterricht gefertigt.

Eine Funkgerätewerkstatt mit den erforderlichen Spezialgeräten erlaubt die Prüfung und Überholung der in großer Zahl vorhandenen Funkgeräte und Meldeempfänger.

Alles für die Schläuche

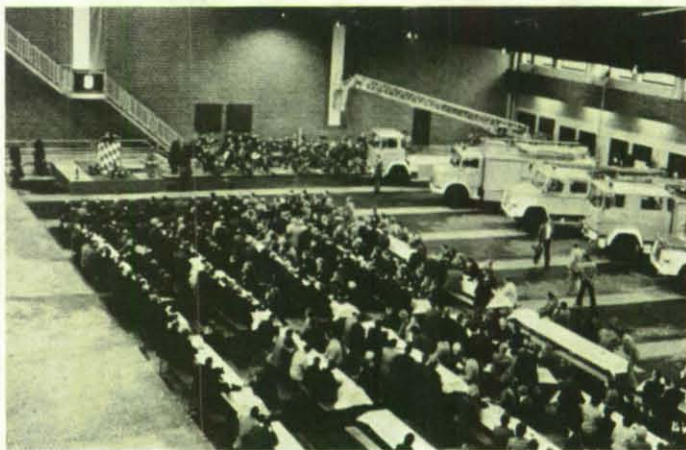
Ein ganzer Gebäudeabschnitt dient dem an der Schule vorhandenen Schlauchmaterial, das sich auf nicht weniger als 14 km B-Schläuche und 3 km C-Schläuche beläuft. Der größte Teil befindet sich im Schlauchlager. In der Schlauchwerkstatt werden die Schläuche geprüft, repariert und gepflegt. In der Schlauchwäsche gibt es einen Bodenwaschtrog für normale Schläuche, einen Wanderwaschtrog für Sonderschläuche und Leinen sowie eine Schlauchprüfanlage. Imposant ist der Schlauchrockenturm mit seiner Höhe von 22 Metern, in dem 420 Schläuche Platz haben, die automatisch auf- und abgelassen werden können.



Mit diesem Kfz-Veteran kam Innenminister Dr. Merk zur Eröffnung des Festaktes in die Übungshalle gefahren, begleitet von dem stellvertr. Geschäftsführenden Sprecher der FFW Bayerns, Kreisbrandrat Kolb, Ministerialdirektor Dr. Süß, StMdl, und dem Leiter des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz, Oberbaudirektor Dipl.-Ing. v. Hagen (v. l. n. r.).

Atemschutz wird groß geschrieben

Jeder Feuerwehrmann weiß, daß man ein Atemschutzgerät nicht einfach anlegen und damit zum Einsatz marschieren kann. Atemschutzgeräte bieten nur dann umfassenden Schutz, wenn sie funktionieren und richtig gehandhabt werden. Darum gibt es in der neuen Schule nicht nur einen besonderen Lehrsaal für den Atemschutz, und einen praktischen Lehrsaal für Wartung und Pflege der Geräte für die Lehrgangsteilnehmer sowie eine Atemschutz-Pflegestelle, sondern auch eine Atemschutz-Übungsanlage mit einer ausgeklügelten Übungsstrecke mit verschiedenen Hindernissen. Hier lernt der Atemschutzgeräteträger, sich an die physischen und psychischen Anforderungen des Atemschutzes zu gewöhnen und auch seine eigenen Grenzen zu erkennen. Die ärztliche Untersuchung vor und nach dem Gang durch die Übungsstrecke und die dauernde Kontrolle



Blick in die 2400 qm große Übungshalle während des Festaktes zur Einweihung der neuen Staatlichen Feuerweherschule Regensburg.



Schulleiter Baudirektor Sittler während seiner Begrüßungsansprache.

über ferngesteuerte Kameras schaffen dem Prüfling und den Prüfenden Klarheit über die Leistungen. Auf der Leistungsstrecke, dem endlosen Band und an einem „Hammer“, lernt der Prüfling das Zusammenspiel von Mensch und Gerät kennen und erwirbt das Vertrauen zu seinem Gerät.

Schulungsräume und Unterkünfte

Die neue Ausbildungsstätte ist die modernste ihrer Art in der Bundesrepublik. Rund 4000 (bisher etwa 1800) Feuerwehrleute können dort pro Jahr von 24 Lehrkräften aus- und fortgebildet werden. Für die Durchführung der Lehrgänge stehen Lehrsäle, Gruppenunterrichtsräume, Lehrmittelvorbereitungsräume und Planspielräume bereit. Alle Einrichtungen sind mit modernem technischen Gerät versehen. Für 1977 sind allein für die Ausbildung als laufende Kosten 3,4 Mio. DM eingeplant.

Die sechs Unterkunfts-geschosse im „Wohnturm“ haben je 21 Betten. Die Zimmer sind bequem eingerichtet. Sechs 3-Bett-Zimmer, ein 2-Bett-Zimmer und ein 1-Bett-Zimmer befinden sich auf jeder Etage. Für die Bewohner jeden Stockwerks gibt es eine zentrale Waschegelegenheit. Die Stockwerke sind durch Aufzüge und Treppenhaus miteinander verbunden.

Der Speisesaal faßt 132 Sitzplätze. Gekocht wird in einer Elektroküche mit modernen Geräten. Selbstbedienung sorgt für einen reibungslosen Ablauf der Essenausgabe. Der Speisesaal dient nur der Einnahme des Essens. Rauchen ist hier nicht gestattet. Das darf man in der nahegelegenen Kantine, die, wie Lesezimmer und Fernsehraum oder wie der hübsch angelegte Außenbereich für die Freizeitgestaltung in idealer Weise geschaffen ist. Zentraler Mittelpunkt der Schule dürfte auch die



Symbolische Schlüsselübergabe durch Innenminister Dr. Merk an Schulleiter Baudirektor Sittler.



Friedrich Busch, Geschäftsführender Sprecher der FFW Bayerns (rechts), überreicht Dr. Merk als Geschenk einen alten Feuerwehrhelm und eine Grafik. In der Mitte: Brandmeister Heinersdorfer, der maßgeblich an der Restaurierung des LF 12 beteiligt war.



DFV-Vizepräsident Wiedemann überreicht dem früheren Leiter der Staatl. Feuerweherschule Regensburg, Baudirektor Dr. Bierau, das ihm vom Präsidenten des DFV in Würdigung besonderer Leistung verliehene Deutsche Feuerwehr Ehrenzeichen in Gold.



Während des Rundganges durch die neue Ausbildungsstätte. Neben Dr. Merk der Präsident des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, Landesbranddirektor Widder, und Oberbranddirektor Dipl.-Ing. Seegerer, der Leiter der Berufsfeuerwehr München.

künstlerisch gestaltete Eingangshalle werden, in der inmitten von liebevoll gepflegten und wiederhergerichteten antiken Feuerwehrgeräten Sitzgruppen zum Verweilen einladen. Prunkstück der Museumsgeräte dieser Eingangshalle ist ein LF 12, gestiftet von der Stadt Cham anlässlich der Einweihung der neuen Ausbildungsstätte und hervorragend überholt in vielen Stunden freiwilliger Arbeit von Brandmeister Heinersdorfer und weiteren Lehrkräften der Schule.

Moderne Schule in alter Stadt

Eines ist gewiß: Ob die Feuerwehrmänner, die an diese Schule kommen, an Lehrgängen für die Grundstufe, die Mittelstufe oder die Oberstufe teilnehmen, ob sie an Lehrgängen für Maschinisten, Fahrzeugmaschinisten, Atemschutzgeräteträger, Kreisschirmmeister, Funksachbearbeiter, Bootsführer oder für eine sonstige Funktion teilnehmen, sie werden sich wohl fühlen an dieser modernen Schule, die ganz auf ihre Zweckerfüllung, aber auch auf ein geselliges, kameradschaftliches Miteinander zugeschnitten ist. In ihrer Freizeit werden sich die Feuerwehrmänner gewiß mit Lust die alte Stadt Regensburg ansehen, eine Stadt, die geschichtlich so reich und architektonisch so intakt ist wie kaum eine andere. Sie werden einen Gang zum Strom und über die aus dem 12. Jahrhundert stammende Steinerne Brücke machen, die, 350 m lang, mit sechzehn Bogen die beiden Donauarme überspannt. Sie werden den mächtigen Dom bewundern, mit dem die französische Gotik in Deutschland eindrang. Sie werden sich erfreuen an den engen Gassen der Regensburger Altstadt mit ihren zwar oft brüchigen und grauen Fassaden, von denen viele schon wieder in neuem Glanz leuchten.

Bessere Führung im Katastrophenschutz

Eine kritische Betrachtung der Gedanken und Überlegungen des Dezernenten für den Katastrophenschutz beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Heinz Voss

Wie kaum ein anderer Beitrag hat die Veröffentlichung „Gedanken und Überlegungen zum Thema: Führung im Katastrophenschutz“ von Heinz Voss, Dezernent für den Katastrophenschutz beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf, eine aktuelle Diskussion ausgelöst. Wie bedeutsam Führungskonzepte für den Bereich des Katastrophenschutzes sind, zeigt auch die Behandlung dieses Themas auf dem Delegiertentag des Deutschen Feuerwehrverbandes in Hamm (vgl. den Beitrag an anderer Stelle dieser Ausgabe) und die Diskussion auf der Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. (VFDB) Anfang Juni in Bremerhaven. Der Vorsitzende der VFDB, Oberbranddirektor Dipl.-Ing. Manfred Gebhardt, Hamburg, stellte dem ZS-MAGAZIN eine kritische Betrachtung der Ausführungen von Heinz Voss zur Verfügung.

Als Stellungnahme eines Mannes der Praxis drucken wir außerdem einen Beitrag des Oberfeuerwehrmannes der Freiwilligen Feuerwehr, Heinz Lethaus, Kamen-Methler, ab. Die Redaktion ist der Meinung, daß eine ausführliche Behandlung der Führungsfragen notwendig ist, um letztlich heute die Funktionsfähigkeit und Schlagkraft des Katastrophenschutzes auch für morgen sicherzustellen.

1. Neue Führungskonzepte für den Katastrophenschutz

Die Gedanken und Überlegungen des Dezernenten für den Katastrophenschutz beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Heinz Voss, zum Thema „Führung im Katastrophenschutz“ enthalten ohne Zweifel eine Reihe von kritischen und durchaus treffenden Feststellungen zu den in diesem Aufgabenbereich der staatlichen und

kommunalen Verwaltung bestehenden Problemen.

Die Schlußfolgerungen stehen allerdings im Gegensatz zu den sachlich richtigen Erkenntnissen. Vor allem die Festlegung, die Führung von mobilen Einsatzeinheiten unmittelbar der Führungsebene der Katastrophenschutzleitung unterstellen zu müssen, weist darauf hin, daß die negativen Erfahrungen bei den Flächenbränden des Jahres 1975 in der Südheide nicht bekannt sind oder nicht erkannt wurden. Die von Herrn Voss vertretene Konzeption der absoluten Direktorialführung hat dort ihre absolut negative Feuertaufe gehabt.

Die dabei gewonnenen negativen Erfahrungen mit diesem Konzept zwingen geradezu zu Überlegungen, wie eine neue erfolgversprechende Lösung aussehen muß.

Es kann keinesfalls ausreichend sein, nur ein wenig Kosmetik im Stabsaufbau der Katastrophenabwehrleitungen vorzuschlagen und sonst alles beim nicht bewährten, alten Verfahren zu belassen. Es kann auch nicht Aufgabe eines neuen Konzeptes sein, dafür Sorge zu tragen, daß bei Verwaltungsstellen und Organisationen des Katastrophenschutzes möglicher Ärger und Verdruß vermieden wird. Ein neues Konzept muß vielmehr die Effektivität der Führung in Katastrophenfällen soweit verbessern, wie es irgend möglich ist. Um das zu erreichen, muß man dann auch den Mut aufbringen, vorhandene, bei vielen liebgewordene Organisationsstrukturen zu verändern.

2. Führungsverantwortung und Delegation

Es gibt keinerlei Meinungsunterschiede in der Feststellung, daß es

zweckmäßig ist, die Führungsverantwortung für Katastrophenfälle auf der Ebene des Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und Kreise zu belassen. Auch die Notwendigkeit einer gezielt geplanten Vorbereitung und einer sehr weitgehenden Delegation von Führungsverantwortlichkeiten steht völlig außer Frage.

Wesentliche Meinungsunterschiede bestehen allerdings in der durchaus komplexen Frage der Delegation von Führungsaufgaben. Zuallererst muß festgestellt werden, daß Delegation niemals völlig uneingeschränkte Abgabe von Kompetenz und Verantwortung sein kann. Es ist also absolut falsch zu behaupten, daß beispielsweise die Delegation von Teilaufgaben der Führung im Katastrophenschutz eine Beschränkung der Kompetenz und der Verantwortlichkeit des Hauptverwaltungsbeamten auf die nicht delegierten Aufgaben darstellt.

Natürlich ist es einer der Grundsätze von wirklicher Führungsdelegation, daß neben Aufgaben auch Führungsrechte an nachgeordnete Stellen abgegeben werden müssen. Die Aufgabendelegation allein in der Form der Übertragung festumrissener Aufgaben zur selbständigen Erledigung ist im wesentlichen nur die Festlegung einer Organisationsmaßnahme und noch nicht Führungsdelegation. Vielmehr müssen Weisungs- und Entscheidungsrechte auf nachgeordnete Stellen übertragen werden. Es steht aber außerhalb jeder Diskussion, daß der Vollzug der übertragenen Weisungs- und Entscheidungsrechte dabei keinesfalls im Belieben des Beauftragten bleiben darf. Hier muß durch organisatorische Maßnahmen eine Delegationskontrolle eingeführt werden, die die Möglichkeit bietet, das Ergebnis der Delegationsleistung zu prüfen.

Eine der Möglichkeiten, solche Delegationskontrolle zu organisieren, ist

z. B. die Einführung eines regelmäßigen Meldesystems innerhalb der Führungsorganisation.

Beinahe zwangsläufig ist mit der Führungsdelegation auch eine Verantwortungsdelegation verbunden. Jeder Beauftragte ist praktisch für den ihm übertragenen Aufgabenbereich verantwortlich, und zwar gegenüber seinem direkten Vorgesetzten. Diese Art der internen Verantwortungsdelegation entlastet den Vorgesetzten nicht von seiner Gesamtverantwortung, sondern bewirkt eine Art Doppelverantwortung, in der der Mitarbeiter für seinen Entscheidungsbereich ebenfalls zusätzlich Verantwortung tragen muß.

Bezieht man diese eigentlich gar nicht mehr neuen Grundsätze der Führungsdelegation und Führungsorganisation auf den Bereich der Führung im Katastrophenschutz, so kommt man zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Es ist notwendig und möglich, Aufgaben der Katastrophenschutzführung zu delegieren.
2. Mit der Delegation der Aufgaben können und müssen auch Weisungs- und Entscheidungsbefugnisse für exakt festgelegte und abgegrenzte Kompetenzbereiche übertragen werden.
3. Durch organisatorische Maßnahmen kann und muß die Delegationskontrolle gewährleistet werden. Das ist möglich durch Einführung eines regelmäßigen Meldesystems.
4. Die Delegation von Aufgaben der Katastrophenschutzführung schränkt die generelle Kompetenz und Verantwortung des Hauptverwaltungsbeamten nicht ein. Sie entlastet ihn vielmehr von Routineaufgaben.

3. Vorschläge zu einer zweckmäßigen Aufgaben-delegation im Katastrophenschutz

Es ist ohne jeglichen Zweifel notwendig für den Katastrophenabwehrleiter, eine Katastrophenschutzleitung für die Bewältigung der Aufgaben und Entscheidungen zur Verfügung zu haben. Dieser Leitung muß die Lenkung und Koordinierung aller notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der Katastrophe obliegen. Der Hauptverwaltungsbeamte als Katastrophenabwehrleiter muß berechtigt sein, zur Abwehr unmittelbarer Gefahren allen in seinem Kompetenzbereich vorhandenen öffentlichen und privaten Einrichtungen Weisungen zu erteilen.

Vielfalt und Zahl der auf die Katastrophenschutzleitung zukommenden Informationen und Entscheidungen sind im Fall einer Katastrophe aber so groß, daß sie ohne Delegation von Aufgaben sehr schnell arbeitsunfähig, zumindest aber zu schwerfällig in ihrer Entscheidungsfähigkeit werden würde.

Einem unvoreingenommenen und mit Organisationsfragen vertrauten Verwaltungsfachmann muß sich beinahe zwangsläufig die Delegation der Führung von truppenähnlichen Verbänden als Lösung für eine Entlastung der Katastrophenschutzleitung aufdrängen. Dabei muß noch einmal eindeutig klargelegt werden, daß eine derartige Delegation von Führungsverantwortung keinesfalls die uneingeschränkte Abgabe von Kompetenz und Verantwortung bedeutet. Die Führungspflicht des Hauptverwaltungsbeamten bleibt bestehen. Er wird lediglich von der Aufgabe entlastet, den Vollzug der Führung von Einsatzeinheiten selbst durchzuführen und zu kontrollieren. Seine Aufgabe bleibt es, das Ergebnis des Vollzugs zu kontrollieren und von den Beauftragten für die Führung der Einsatzeinheiten andere Maßnahmen zu verlangen, wenn das Ergebnis seiner Erwartung nicht entspricht. Die Gründe für eine solche Führungsdelegation sind:

1. Das in der Katastrophenschutzleitung zur Verfügung stehende Verwaltungspersonal hat in der Regel keine Erfahrungen in der Führung von Einsatzeinheiten.
2. Es fehlt zwangsläufig auch die notwendige Erfahrung, die eingehenden Informationen über Gefahrenzustände fachlich richtig zu beurteilen und die richtigen Entscheidungen für deren Beseitigung zu fällen.
3. Es fehlen die apparativen und materiellen Voraussetzungen, um große Verbände zu führen. Schafft man diese Voraussetzungen, dann wird wegen des Umfanges dieser Teil des Stabes wiederum ganz zwangsläufig ein Stab im Stabe werden und weitgehend selbständig arbeiten.
4. Die Delegation der Führung von Einsatzeinheiten trägt dazu bei, die gefährliche Auflösung der bereits im Vorfeld einer Katastrophe vorhandenen Führungsstrukturen im Exekutivbereich zu verhindern und die kontinuierliche Weiterführung bereits getroffener Maßnahmen zu garantieren.

Diese Feststellungen sind vor allem kein Vorwurf gegen Verwaltungsfachleute, die schließlich für die Bewältigung ihrer täglichen Arbeit andere

Voraussetzungen, Kenntnisse und Fähigkeiten benötigen, als sie für die Beseitigung von Katastrophen und die Führung von Einsatzeinheiten erforderlich sind. Sie sind auch nicht aus der Luft gegriffene Behauptungen, sondern unter anderen gerade eine der wesentlichen Erfahrungen des Großbrandes in der Südheide im Jahre 1975. Dort haben sich hochqualifizierte Verwaltungsfachleute mit großem Eifer und hervorragendem persönlichen Einsatz bei dem Versuch physisch und ohne Erfolg verschlissen, Einsatzverbände zu führen und richtige Einsatzentscheidungen zu treffen. Diese ungewohnte Aufgabe hat sie außerdem abgehalten, anderen notwendigen Aufgaben gerecht zu werden. Es gab sicherlich weitere Gründe für die anfänglichen negativen Ergebnisse der Gefahrenbekämpfung. Der Versuch, einer sehr großen Aufgabe ohne Delegation Herr zu werden, war aber eine wesentliche Ursache der aufgetretenen Probleme und Schwierigkeiten.

Allein aufgrund dieser Erfahrung ist es nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig, der Katastrophenschutzleitung des Hauptverwaltungsbeamten Stäbe für die Führung von Einsatzeinheiten nachzuordnen. Da im Katastrophenfall die Mitarbeit oder besser die Eingliederung der Polizei zwingend erforderlich ist, muß neben einem Stab für die Führung der Katastrophenschutzkräfte auch der Führungsstab der im Kompetenzbereich der Kreise oder kreisfreien Städte vorhandenen Polizei nachgeordnet oder assoziiert werden.

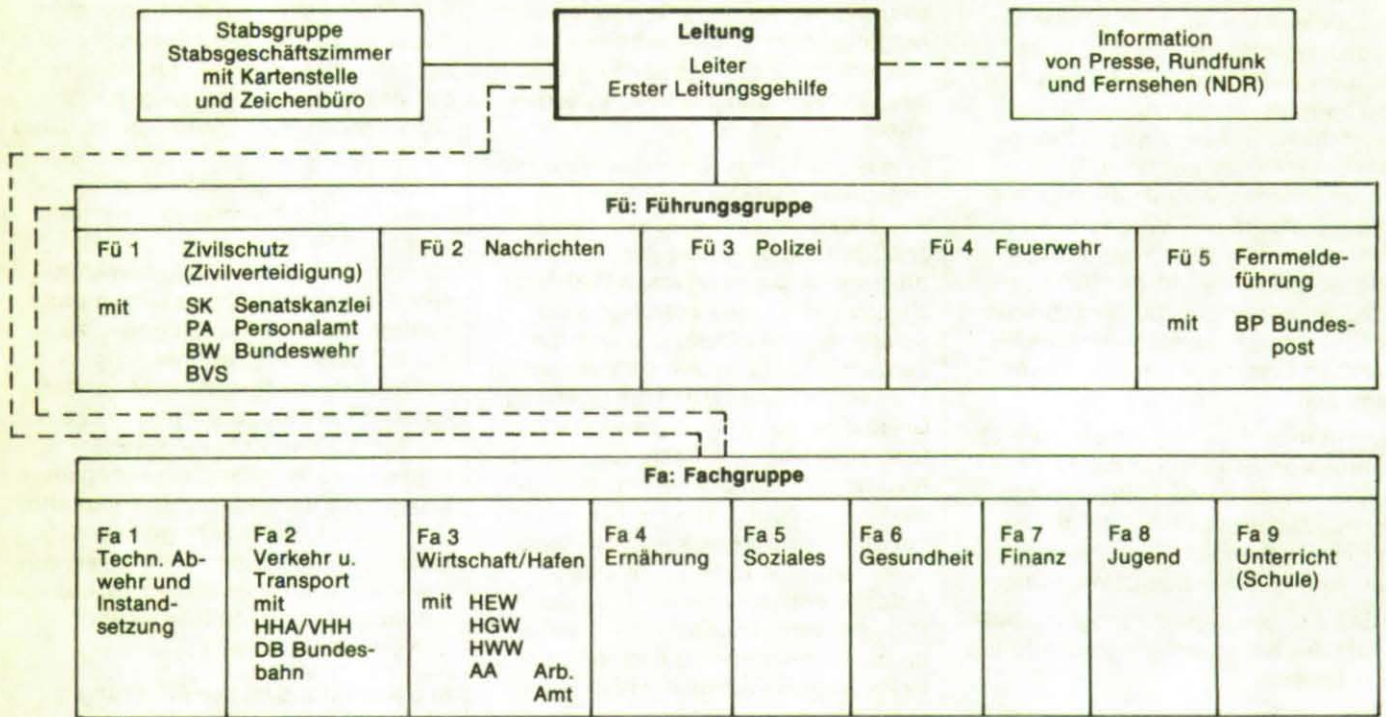
Die Praktikabilität einer solchen Regelung ist bereits beweisbar. In Hamburg sind seit vielen Jahren dem Zentralen Katastrophendienststab, d. h. der hamburgischen Katastrophenschutzleitung, Führungsstäbe von Polizei und Feuerwehr nachgeordnet. Dabei obliegt dem Führungsstab der Polizei die Leitung aller polizeilichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, der Feuerwehreinsatzleitung die Leitung aller Maßnahmen zur Abwehr technischer Gefahren.

Der Zentrale Katastrophendienststab (Bild 1) führt unmittelbar keine Einsatzeinheiten mehr. Diese werden ausschließlich durch den Führungsstab der Polizei und die Feuerwehreinsatzleitung (Bild 2) eingesetzt und geführt. Die notwendige ständige Kooperation von Zentralem Katastrophendienststab und den nachgeordneten Stäben wurde durch eine Umgliederung des zentralen Stabes und die Besetzung zweier Stabsstellen mit

Zentraler Katastrophendienststab

1

15. Juni 1972



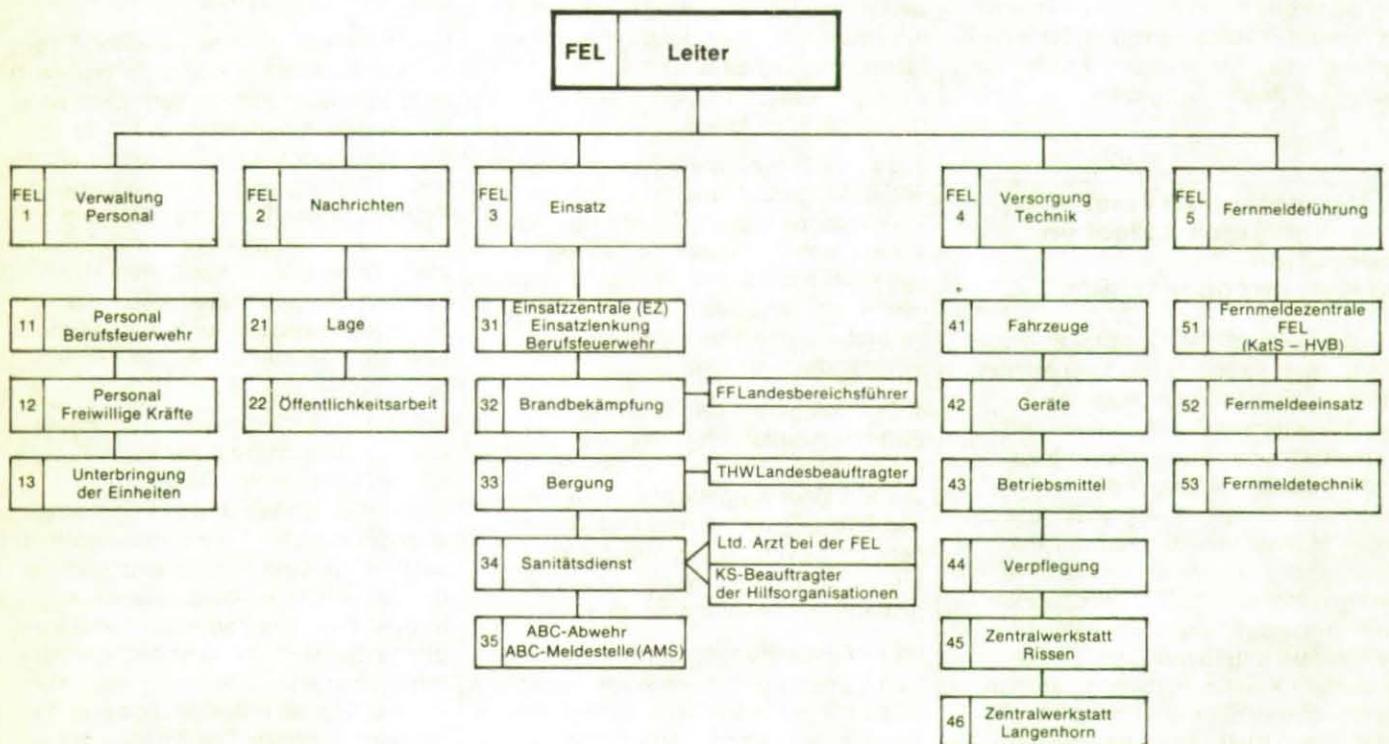
Zeichenerklärung: — Unterstellung - - - Zusammenarbeit

Feuerwehreinsatzleitung (FEL)

2

(Stab des HVB nach § 7 [3] KatSG)

Stand 1. 3. 1976



entscheidungsbefugten Beamten von Polizei und Feuerwehr erreicht (Bild 1).

Diese Führungsdelegation hat nicht nur zu einer erheblichen Straffung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der hamburgischen Katastrophenschutzleitung, sondern auch zu einer schnelleren Umsetzung der Abwehrmaßnahmen im Einsatzbereich geführt. Die jüngsten Erfahrungen bei den Sturmfluten des Jahres 1976 haben bewiesen, daß der Zentrale Katastrophendienststab sogar schneller funktionsfähig wird, weil bei seiner Arbeitsaufnahme bereits umfassende Lage- und Situationsberichte der bereits im Vorfeld des Katastrophenalarms tätigen nachgeordneten Stäbe vorliegen.

Die Führungsdelegation hat Polizei- und Feuerwehrleitung außerdem gezwungen, sich intensiv planerisch, materiell und personell auf Katastrophenfälle vorzubereiten. Dabei konnten die materiellen Vorbereitungen durch die Einbeziehung der vorhandenen Einsatzzentralen und vorhandener Büroräume mit relativ geringem Aufwand getroffen werden. Die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit wurden durch zusätzliche Schulung und sorgfältige Vorplanung geschaffen.

Die positiven Erfahrungen in Hamburg gestatten es, ähnliche angepaßte Lösungen für eine reibungslose Führung im Katastrophenfall auch für den Bereich der kreisfreien Städte und Kreise zu empfehlen.

4. Führungspersonal für Katastrophenschutz-einheiten

Herr Voss hat in seinen Gedanken und Überlegungen mehrfach kritische Aussagen zu den Kenntnissen und Fähigkeiten des Führungspersonals für Katastrophenschutz-einheiten gemacht. Dieser Kritik muß man sich anschließen. Ohne Zweifel mangelt es einer großen Zahl von Führungskräften im Katastrophenschutz an der nötigen Erfahrung und Schulung für die Aufgaben der Führung von größeren Katastrophenschutzverbänden und für die Stabsarbeit. Auf diesem Gebiet besteht ein echter Nachholbedarf, der schnell ausgeglichen werden muß. Allerdings sind ohne Zweifel gute Grundlagen zum Beispiel in bezug auf die Lagebeurteilung von Gefahrenzuständen und die notwendigen Maßnahmen für deren Beseitigung

vor allem bei allen Exekutivbeamten des höheren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes, aber auch bei den Kreis- und Bezirksbrandmeistern der Freiwilligen Feuerwehren und den Führungskräften anderer Hilfsorganisationen vorhanden, die bei den sicherlich tüchtigen Verwaltungsbeamten der Katastrophenschutzämter einfach fehlen müssen.

Die im Artikel von Herrn Voss zumindest zwischen den Zeilen erkennbare Schlußfolgerung, die in der Katastrophenschutzverwaltung tätigen Verwaltungskräfte seien sehr viel geeigneter, Katastrophenschutz-einheiten zu führen, weil bei den Fachleuten Mängel im Führungswissen vorhanden sind, erscheint wenig schlüssig. Richtig ist doch vielmehr, daß sowohl die Verwaltungskräfte der Katastrophenschutzämter in ihrem Bereich geschult, als auch die Fachleute für die Führungsaufgaben im Einsatzbereich weitergebildet werden müssen. Es würde doch wohl auch niemand auf den Gedanken kommen, die Bundeswehrverwaltung zur Führung der Truppe einzusetzen, nur weil während eines Manövers Mängel bei der Truppenführung erkannt worden sind.

5. Das „Problem“ der Technischen Einsatzleitung

Auch die Ausführungen über die Technische Einsatzleitung bedürfen eines Kommentars.

Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß Technische Einsatzleitungen im Prinzip Einsatzleitungen am Gefahren- oder Schadensort sind. Ihre Organisation hängt unmittelbar von der Größenordnung der dort eingesetzten Kräfte ab. Bei sehr großen, flächenhaften Einsatzstellen kann durchaus die Einrichtung einer Stabsgliederung nach militärischem Vorbild erforderlich sein. Bei kleineren Einsatzstellen kann dagegen eine ständig besetzte Nachrichtenstelle mit geringem Personalaufwand ausreichen.

Falsch ist in jedem Falle die Vorstellung, man könne Führungskräfte von Einheiten, die an die Einsatzstelle beordert werden, für die Einrichtung einer Stabsorganisation abstellen.

Diese Führungskräfte würden zwangsläufig bei der Führung der Einheiten fehlen und den Erfolg der Gefahrenabwehr in Frage stellen. Führungskräfte für Führungsgruppen oder Stäbe müssen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

6. Überregionale Hilfe

Die Diskussion über die überregionale Hilfe auch für Stabsaufgaben ist keinesfalls suspekt oder gar sinnlos. Wer Katastrophenschutzmaßnahmen vorplant, muß in jedem Fall auch eine Gefahrensituation einkalkulieren, deren Bewältigung mit den eigenen Mitteln nicht mehr möglich ist. Wenn die Abwehrmaßnahmen z. B. mehrere Tage in Anspruch nehmen, wird vor allem das Problem der Ablösung immer schwieriger zu lösen sein, und zwar nicht nur bei den Einsatzkräften, sondern auch in den Stäben. In diesen besonderen Situationen muß es doch für jeden Verantwortlichen eine Beruhigung sein, wenn er weiß, daß er vom Nachbarkreis oder vom Nachbarland neben Einsatzkräften auch geschultes Stabspersonal anfordern kann und bekommt. Dieses Verfahren ist im übrigen zwischen den Küsternländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg bereits abgeprochen und im Fall des Dammbrochs bei Lüneburg mit großem Erfolg praktiziert worden.

7. Schlußfolgerungen

1. Die von Herrn Voss vorgebrachten Überlegungen und Gedanken zum Thema: „Führung im Katastrophenschutz“ weisen in einzelnen Ausführungen auf richtig erkannte Mängel in der Katastrophenschutzführung hin. Seine Schlußfolgerungen zielen auf die Beibehaltung des bisherigen Konzepts hin, das sich als nicht praktikabel erwiesen hat.
2. Die Ausführungen von Herrn Voss, daß Führungsdelegation Verzicht auf Kompetenz und Verantwortung bedeutet, sind falsch.
3. Es ist notwendig, die Führung von Einsatzeinheiten von der Katastrophenabwehrleitung auf nachgeordnete Stäbe zu delegieren. Dadurch werden die Effektivität und Arbeitsfähigkeit der Katastrophenschutzleitung verbessert und die Umsetzung der Abwehrmaßnahmen beschleunigt.
- Dieses Konzept hat sich in Hamburg bereits bewährt.
4. Die Ausbildung zum Führen großer Verbände und für die Stabsarbeit bei den Führungskräften von Katastrophenschutz-einheiten muß intensiviert werden.
5. Die gegenseitige Hilfeleistung durch Einsatzkräfte, Stabs- und Führungspersonal ist zweckmäßig und notwendig.

Oberfeuerwehrmann Heinz Lethaus, Kamen-Methler

Es bleibt alles beim alten . . .!?

Technische Hilfsmittel sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einsatzleitung

Nachdem ich selbst bei einer der angesprochenen Großübungen die Arbeit einer TEL beobachtet habe und auch als Sprechfunker beteiligt gewesen bin, sehe ich mich veranlaßt, einige Anmerkungen zu dem Beitrag des Herrn Voss „Gedanken und Überlegungen zum Thema: Führung im Katastrophenschutz“ zu machen.

Herrn Voss kann im Grunde nur zugestimmt werden, wenn er schreibt, daß bei dieser Angelegenheit schnell eine Lösung gefunden werden müsse. Die Suche nach geeigneten Konzepten dauert allerdings schon zwei Jahre an, obwohl das Problem doch auch schon vor der Waldbrandkatastrophe 1975 bekannt war.

Bedauerlicherweise ist es bisher wohl nur bei Vorschlägen auf dem Papier geblieben; die konkrete Durchführung oder Erprobung dieser Modelle in der Praxis scheitert dann meistens an der völlig unzureichenden technischen Ausrüstung für die Führung. Bei den vorliegenden und ähnlichen Abhandlungen wird dies meist nur kurz in einem Nebensatz erwähnt. Die Lösung aller Probleme scheint nach Ansicht der Verfasser einzig und allein in einer besseren Ausbildung des Führungspersonals zu liegen. Ohne dies bezweifeln zu wollen, meine ich, die beste Ausbildung ist wertlos, wenn dem Fachmann nicht die notwendige Ausrüstung an die Hand gegeben wird. Auch die im Text von Herrn Voss erwähnten Großübungen haben doch – wieder einmal – gezeigt, daß vor allem geeignetes Fernmeldegerät für die TEL und die Einheiten fehlt.

Eine TEL ist, ebenso wie die KAL, auf einen ständigen Informationsfluß von und zu den unterstellten Kräften angewiesen, um ihre Aufgabe überhaupt erfüllen zu können. Diese Kommunikation erfolgt im Regelfall über Sprechfunk der BOS, und hier liegt das Problem, das vom Verfasser völlig übersehen wird. Es gibt nämlich noch Einheiten im KatS, die nicht oder nur spärlich mit Sprechfunkgeräten ausgestattet sind, oder, wie hauptsächlich die Feuerwehren, mit für den KatS-Einsatz ungeeigneten Einkanalgeräten arbeiten. Es sollen sogar vereinzelt Handfunksprechgeräte im 11-m-Band

benutzt werden, welches bekanntlich inzwischen für sogenannte „Hobbyfunker“ freigegeben wurde. Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich, „daß es an der Führung dieses KatS überaus mangelt“.

Vordringlich dürfte also die Beschaffung von Leitfahrzeugen für die TEL und Vielkanalgeräten (FuG 8 b) sowie Handfunksprechgeräten (FuG 10) für die Einheiten sein. Erst wenn diese Hilfsmittel zur Verfügung stehen und damit die wichtigsten Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Einsatzleitung geschaffen sind, wird sich herausstellen, welches der beiden Modelle, Stab oder Führungsgruppe, das geeignete ist. Zur Ausbildung wäre zu sagen, daß sie logischerweise nur an solchem Gerät durchgeführt werden kann, das auch zur ständigen Verfügung steht.

Wie jedoch schon an anderer Stelle des ZS-MAGAZIN 3/77 zu lesen war, wird die Beschaffung wohl an den rückläufigen Ausgaben für Zivilschutz scheitern.

In Anbetracht dieser Lage halte ich es für reichlich unfair, auf der einen Seite den Führungskräften Vorwürfe zu machen in bezug auf angeblich

fehlende Ausbildung, andererseits aber die erforderlichen Fahrzeuge und Geräte nicht zur Verfügung zu stellen. Ersteres scheint besonders preisgünstig und geeignet zu sein, die Schuld bei anderen zu suchen und diesen unerträglichen Finanzierungszustand zu verschleiern.

Es ist mir ohnehin rätselhaft, daß die dauernden Forderungen aller KatS-Organisationen nach besserer finanzieller Ausstattung des Haushaltes für Zivil- und Katastrophenschutz, die ja nicht erst seit heute erhoben werden, bisher bei den Verantwortlichen offensichtlich ohne jede Resonanz geblieben sind (ZS-MAGAZIN 3/77, S. 53 linke Spalte).

Wenn man überlegt, was zwanzig- oder dreißigtausend Kernkraftwerksgegner für einen Wirbel machen, und dann liest, daß es allein 956 000 Feuerwehrmänner in der Bundesrepublik gibt (dazu kämen dann noch die übrigen KatS-Helfer, deren Zahl mir nicht bekannt ist), versteht man bei diesen Relationen gar nichts mehr.

Vielleicht sollten wir auch einmal eine bundesweite Übung in Bonn veranstalten, von der ich allerdings einen „negativen Folgeeffekt“ befürchten würde. Angesichts der vermeintlichen Masse von Fahrzeugen werden die Herren dort glauben, „ihren Anteil nicht mehr beitragen zu müssen“ (so zutreffend in ZS-MAGAZIN 3/77, S. 56 Mitte).

Fazit:

Es bleibt alles beim alten . . .! (?)

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist bei der

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Geschäftsführerbereich Freising
(Landesverband Bayern)
die Stelle des
Geschäftsführers

voraussichtlich im 2. Halbjahr 1977 mit einem Angestellten neu zu besetzen. Die Stelle bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT.

Der Geschäftsführer ist für die Bearbeitung aller verwaltungsmäßigen und organisatorischen Maßnahmen, für die Sicherstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Ortsverbände und für die Betreuung der freiwilligen Helfer des Geschäftsführerbereiches zuständig.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen Verwaltungs- oder kaufmännischen Ausbildung (möglichst mit Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst) und langjähriger Verwaltungstätigkeit, vorzugsweise im öffentlichen Dienst. Technisches Verständnis ist erwünscht. Organisationstalent, Erfahrungen in der Menschenführung und Bereitschaft für den in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten abwechslungsreichen Dienst werden vorausgesetzt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **22. Juli 1977** unter Angabe der **Kennzahl 362** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

In zehn Minuten waren die Großbauten geräumt

Alarm im Hochhaus

Bundesbauministerium nimmt in einer Forschungsreihe Rettungswege in Großbauten unter die Lupe

Hochhäuser sollen im Katastrophen- und Verteidigungsfall sicherer werden. Dieses Ziel verfolgt das Bundesbauministerium mit einer Versuchsreihe von Hochhausräumungen, die als Forschungsvorhaben durchgeführt wurde. An Großbauten in Düsseldorf, Hamburg und Leverkusen wurden erste Räumungsübungen durchgespielt, denen dann ähnliche Übungen an Hamburger und Kölner Gesamtschulen folgten. Nun wertet eine Fachkommission im Bonner Ministerium die gesammelten Ergebnisse aus. Allerdings wird mit der Vorlage des Erfahrungsberichtes erst gegen Ende des Jahres gerechnet.

Erste Aussagen

Die schrecklichen Bilder brennender Hochhäuser, aus denen sich Menschen in panischer Angst in den Tod stürzen, gehen immer wieder rund um die Welt. Auch in der Bundesrepublik begann eine Diskussion; in zahlreichen Briefen an Minister Karl Ravens wurde um Aufklärung und Rat gebeten. Dipl.-Ing. Bong vom Bauministerium konnte mit ersten Ergebnissen aus den Räumungen besorgte Bürger jedoch beruhigen: „Die Rettungszeiten, die wir ermittelten, lagen weit unter den Feuerwiderstandszeiten der Gebäude.“ So liefen auch die bisherigen sechs Übungen ohne Hektik ab. Allerdings waren die betroffenen Personen über das Programm des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in Kenntnis gesetzt worden. „So konnte wissenschaftlich der Panikfaktor bei den Indices nicht berücksichtigt werden“, berichtet der Experte des Ministeriums.

Neuartige Meßtechnik

Im Oktober vergangenen Jahres war die Versuchsreihe gestartet worden. Zuvor hatten die beauftragten Wis-



In zehn Minuten war dieses Düsseldorfer Hochhaus geräumt. Die Räumungsübung fand in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr statt.



Aufnahmekameras in den Treppenhäusern hielten für die wissenschaftliche Auswertung die Räumungsübungen auf Video-Bändern fest.

senschaftler und Brandschutzexperten Informationen und Forschungsberichte aus dem Ausland gesammelt. In der Sowjetunion, in Großbritannien, Belgien und in der DDR waren bereits ähnliche Projekte angelaufen und ausgewertet worden. Bei den Räumungsübungen in der Bundesrepublik, die in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr stattfanden, waren neuartige Meßtechniken angewendet worden; der Ablauf der Aktion und das Verhalten der Betroffenen wurde dabei mit Hilfe von Fernseh-Video-Geräten festgehalten. Aus den Hochhäusern wurden über 4000 Büroangestellte evakuiert. Die Gesamtschulen zählten über 6000 Kinder und Jugendliche.

Auch an Verteidigungsfall gedacht

Die Sicherheit im Brand- und Katastrophenfall soll bei dieser Überprüfung ermittelt werden. Dabei haben die Verantwortlichen im Ministerium den Rahmen der Möglichkeiten weit gespannt. So schreibt das Ministerium in seiner Pressemitteilung über das Projekt: „Es kann sich bei Katastrophenfällen einmal um Brände, ein andermal aber auch um Einwirkungen aus verschiedenen anderen Ursachen wie Explosionen, Waffeneinwirkungen, Stürmen oder Orkanen, Erdbeben oder sogar Sabotagefolgen handeln. Besondere Bedeutung haben hierbei auch der Verteidigungsfall und die damit verbundenen Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes. Die genannten Schutzaufgaben lassen sich kaum voneinander trennen.“

Forschung steht noch am Anfang

Dabei wird die Situation recht realistisch eingeschätzt. „Die Forschung über Theorie und Praxis solcher

Räumungsabläufe steht heute erst am Anfang", analysiert Dipl.-Ing. Bong vom Bundesministerium. So steht die wichtige Frage „Wie schnell kann in einem Katastrophenfall ein großes Gebäude geräumt werden?“ im Vordergrund der Überlegungen. Außerdem soll nach den Voraussetzungen geforscht werden, die bei der Konzipierung von Flucht- und Rettungsmaßnahmen Zeitverkürzungen bei der Räumung der Hochhäuser bedeuten können. So formuliert das Ministerium in seiner Stellungnahme zu den Räumungsübungen in Hamburg, Düsseldorf, Leverkusen und Köln: „Das Bundesbauministerium verspricht sich von den Versuchen insbesondere neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Grundlagen über die Ausgestaltung und Anordnung von Rettungswegen und anderen Rettungsmöglichkeiten. Wichtige Hinweise werden auch erwartet für den Einsatz und die per-

Frage nach der Regelung des Meldeweges, der Meldestellen und einer möglichen Erkundung des Gefahrenherdes vor der Entscheidung zur Räumung des Hauses wurde ebenfalls unter die Lupe genommen.

Räumungsorganisation

Der gesamte Ablauf der Räumungsmaßnahmen wird bei der Auswertung der Erfahrungs- und Beobachtungsergebnisse untersucht; die Art der Informierung der Gebäudeinsassen ebenso wie die Leitung einer solchen Maßnahme. Besonders die Beschaffenheit der Rettungsflächen vor den Großgebäuden wurde in den Berichten über die Aktionen festgehalten; die Größe, die Art der Befestigung, mögliche Hindernisse wie Bäume oder parkende Autos und der Zustand der Oberfläche dieser Rettungsfläche spielten eine Rolle. Rund 20 Video-

ten noch ausführten, elektrische Geräte abschalteten, Kleidungsstücke in der Garderobe anlegten, auf besondere Anweisungen warteten und Besucher über die gespielte Katastrophenlage informierten. In einem später an die beteiligten Büroangestellten ausgehändigten Fragebogen wurden die Betroffenen gebeten, Angaben über ihre subjektiven Eindrücke bei den durchgeführten Aktionen zu machen.

Fünf Kardinalfragen

Die Untersuchung der effektiven Räumungszeiten der Gebäude in Abhängigkeit von der Gebäudegeometrie, die Untersuchung der Längen der Fluchtwege, die Menschen unter Katastrophenbedingungen zurücklegen können, die Untersuchung bestimmter Details im Bereich der Rettungswege, der Vergleich der gemessenen Räumungszeiten mit bisherigen theoretischen Erkenntnissen und die Ermittlung von Näherungsverfahren für die Räumung von Gebäuden bestimmter Geometrie und bestimmter Nutzung bilden die fünf Kardinalfragen, auf die die Wissenschaftler eine Antwort finden wollen. In Leverkusen benötigten 1500 Büroangestellte rund zehn Minuten, um das Hochhaus zu verlassen. Die Größe des Hauses mit genau 122,12 Metern Höhe, einer Länge von über 65 Metern und einer Breite von knapp 20 Metern machen die Probleme der Räumung eines solchen Betonkolosses deutlich. Dazu beträgt die Fensterfront des Hochhauses in Leverkusen genau 7774 Quadratmeter. Insgesamt 2771 Fenster zählt das imposante Großgebäude.



Der technische Aufwand für die Übungen war recht umfangreich. Auf Monitoren konnten die beteiligten Experten den Ablauf der Übungen verfolgen.

sönliche Sicherheit der Feuerwehr und anderer Hilfskräfte sowie über die Dauer der Räumung und deren Bedingungen schlechthin." Von den Belägen der Treppenstufen und deren Auswirkungen auf die Geschwindigkeit der Räumung, über die Art der Treppenhandläufe, die Art der Türschließer, der Kennzeichnung der Rettungswege und der Hinweise auf rauchabschnittsbildende Türen, der Beleuchtung und Belüftung bis zur akustischen Stärke der Sprechübertragungen und der Einsehbarkeit tieferer Geschosse bei der Räumung des Hochhauses reicht der Fragenkatalog, den das Bundesministerium als Vorstudie vorbereitet hatte. Bei den Übungen wurde nicht nur die Räumungsordnung der betreffenden Unternehmen in das Exempel einbezogen, auch die Meldemethodik wurde durchleuchtet. Die

kameras zeichneten den Ablauf der Aktionen auf. Einige Teilnehmer an den Räumungsaktionen trugen besonders markierte Kopfbedeckungen, damit die Wissenschaftler beim Auswerten der Videobänder sich ein Bild von der Räumungsgeschwindigkeit machen können.

Verhaltensweisen wichtig

Auch das Verhalten der Insassen der betroffenen Hochhäuser wird analysiert. Nicht nur die Wahrnehmbarkeit des Alarmsignals wird kontrolliert, sondern auch die Befolgung der Räumungsaufforderung über den Lautsprecher. So haben die Experten feststellen können, ob die Angestellten sofort nach Alarm aufgebrochen sind, den Schreibtisch erst aufräumten, begonnene Tätigkei-

Vorbeugen tut not

Die Einhaltung der Fluchtwege in einem feuersicheren Bereich des Gebäudes ist die wichtigste Voraussetzung für die sichere Evakuierung der Hausinsassen. Nach den gültigen Normen soll ein Sicherheitstreppehaus dem sogenannten Normfeuer mit einer Hitzeentwicklung von 1000 Grad 90 Minuten standhalten können. Zusammen mit dem auch im Brandfall funktionierenden Feuerwehraufzug soll dies in den Hochhäusern nach der in der Bundesrepublik vertretenen Auffassung den Insassen den Fluchtweg sichern. Die Mittel der Feuerwehr sind andererseits technisch begrenzt. Mit einem Riesen-Rettungsluftkissen kön-



Nach Abschluß der Aktionen wurden die Beobachtungen mit den Aufzeichnungen der Videokameras verglichen und von den Experten diskutiert.

nen Menschen noch aus etwa 60 Metern Höhe geborgen werden. Dies entspricht etwa dem 18. bis 20. Stockwerk. Das Kissen, das aus zwei Druckkammern besteht, wird mit Luft aufgeblasen und fängt die kinetische Energie eines auf das Kissen fallenden Menschen sanft auf. Durch Ventilkappen entweicht dabei soviel Luft, wie das Gewicht des auffallenden Körpers braucht, um sicher auf dem Boden zu landen. Die Drehleitern der Feuerwehr reichen nur etwa bis zum neunten Stockwerk. Wenn es in höheren Etagen brennt, ist meistens nur die Flucht durch das Sicherheitstreppehaus möglich. Ein

herkömmliches Sprungtuch der Feuerwehr, das von 16 Wehrmännern gehalten wird, erlaubt nur den Sprung aus höchstens zehn Metern Höhe. Zur Evakuierung dient schließlich auch der Rettungsschlauch (dieses Hilfsmittel und das Riesen-Rettungsluftkissen wurden erst kürzlich im ZS-MAGAZIN ausführlich besprochen).

Viele Todesopfer

Das vom Bundesbauministerium aufgegriffene Problem ist „brennend“ aktuell. 277 Menschen kamen am

2. Februar 1974 in einem 26stöckigen Bürohochhaus in der brasilianischen Millionenstadt Sao Paulo ums Leben, als in der zwölften Etage ein Feuer ausbrach. Über 300 Personen wurden verletzt. Die Drehleitern der Feuerwehr konnten die eingeschlossenen Menschen nicht erreichen. Viele sprangen in Panik aus den Fenstern und blieben tot auf dem Pflaster liegen. Erst Stunden nach dem Ausbruch des Brandes konnte ein Millitärhubschrauber auf dem Dach des Hochhauses landen. Ähnlich dramatische Umstände gab es bei einem Hotelbrand in Atlanta/USA, der 119 Todesopfer forderte. Im brasilianischen Porto Alegre kamen 57 Menschen bei einer solchen Katastrophe um, 200 Menschen wurden verletzt. Berücksichtigen muß man allerdings, daß in der Bundesrepublik strenge Feuerschutz- und bauliche Vorsorgebestimmungen gelten, während in anderen Ländern gerade diese Maßnahmen oftmals vernachlässigt werden.

Das ZS-MAGAZIN wird nach Auswertung der jetzt in der Bundesrepublik gesammelten Erfahrungen darüber berichten, wie bei uns derartigen Katastrophen wirkungsvoll begegnet werden kann.

Oberinspektor Benno Greinwald, Landratsamt Weilheim-Schongau

Stabsarbeit auf Kreisebene

Die Zusammenarbeit muß erprobt werden

Die Katastrophenfälle der vergangenen Jahre (Niedersachsen, Heimstetten, Wangen) haben zu einer lebhaften Diskussion um den Katastrophenschutz geführt. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei der Stabsarbeit auf Kreisebene gewidmet. Im folgenden Beitrag soll dazu aus der Sicht einer bayerischen Kreisverwaltungsbehörde Stellung genommen werden.

Allgemeines

Sowohl § 7 Abs. 3 KatSG als auch Art. 2 Abs. 2 BayKSG verpflichten die Hauptverwaltungsbeamten bzw. die Katastrophenschutzbehörden, beratende Katastropheneinsatzstäbe zu bilden. Rechtlich handelt es sich um zwei verschiedene Stäbe. Eine Trennung wäre aber nicht sinnvoll und widerspräche auch der Praxis. Die

Organisationen, die ihre Vertreter in den Stab entsenden, haben von vorneherein nur eine Person benannt. Es ist deshalb davon auszugehen, daß grundsätzlich nur ein Stab bei einer Kreisverwaltungsbehörde gebildet ist.

Der Stab tritt nicht nur bei Einsätzen und größeren Übungen auf Kreisebene zusammen, sondern ist auch für eine laufende Unterstützung der K-Behörde bei der Wahrnehmung der in § 7 KatSG bzw. Art. 2 Abs. 2 BayKSG enthaltenen Aufgaben gedacht.

Die Praxis hat gezeigt, daß der Stab auch bei der laufenden Verwaltungsarbeit herangezogen werden kann und soll. Außerdem wird bei dieser Arbeitsweise noch mehr die Gemeinsamkeit des Stabes nach § 7 KatSG und Art. 2 Abs. 2 BayKSG unterstrichen.

Ein Katastrophenstab, der erstmals in einem Ernstfalle zusammentritt, wird kaum eine erfolversprechende Führungsarbeit leisten können.

Personal

§ 7 Abs. 3 KatSG bestimmt, daß sich der Stab aus Angehörigen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen zusammensetzen hat. Art. 2 Abs. 2 BayKSG sieht eine derartige Abgrenzung nicht vor.

In den Stab sind Verbindungsleute aller zur Katastrophenhilfe nach Art. 4 BayKSG Verpflichteten zu entsenden, die in der Lage sind, den Einsatzleiter fachkundig zu beraten. Zur Stabsarbeit werden jedoch nur die Organisations- oder Behördenvertreter herangezogen, deren Mitarbeit im konkreten Fall er-

forderlich ist. Ungeachtet dessen hat sich jedoch gezeigt, daß folgende Stabsmitglieder grundsätzlich an den Stabsberatungen zu beteiligen sind:

Für den Bereich des Brandschutzes der Kreisbrandrat mit seinen Vertretern (Kreisbrandinspektoren), der K-Beauftragte des Technischen Hilfswerkes, der Rot-Kreuz-Beauftragte und Kreiskolonnenführer (Bayer. Rotes Kreuz), der Inspektionsleiter der Landespolizeiinspektion, ein Verbindungsoffizier der Bundeswehr sowie die Verantwortlichen für Versorgung und Fernmeldewesen. Dieses Gremium muß nach unserer Auffassung mit allen Gegebenheiten des Katastrophenschutzes, gleich welcher Fachrichtung, vertraut sein. Dieser „engere“ Stab kann dann je nach Lage um weitere Verbindungsleute von Behörden usw. gemäß Art. 2 Abs. 2 BayKSG erweitert werden.

Stabsarbeit

Der Katastropheneinsatzstab am Landratsamt Weilheim-Schongau tritt jährlich drei- bis viermal zu Stabsitzungen zusammen. Dabei werden alle anstehenden Probleme des K-Schutzes auf Kreisebene besprochen. Diese Verfahrensweise hat sich als sehr vorteilhaft für die Verwaltungsarbeit der Katastrophenschutzbehörde erwiesen. Nachstehend einige Beispiele von behandelten Themen:

- Verteilung des Freistellungskontingentes auf die Fachdienste
- Einsatz der Führungsgruppe-TEL am Schadensort
- Versorgung der Einheiten durch den Versorgungsdienst
- Aufgaben des Verantwortlichen für Versorgung
- Trinkwassernotversorgung
- Verfahren bei der Freistellung vom Wehrdienst für den Katastrophenschutz
- Kartenkunde nach dem UTM-Gitternetz
- Bildung eines Arbeitskreises „KatS-Fernmeldewesen“
- Funkalarmierung
- Einsatz einer mobilen Einsatzleitstelle
- Kosten des abwehrenden Katastrophenschutzes
- Arbeitsmethode eines Stabes

● Fernmeldewesen im Landkreis, insbesondere unter Beteiligung der Fernmeldezentrale-HVB

● Kartenmaterial für die Stabsmitglieder

● Einrichtung und Aufgabe einer Lagezentrale

● Autobahnalarmplan, Mineralöleinsatzplan, Verkehrslenkungsplan, Katastrophenschutzplan

● Einsatz der Bundeswehr in Katastrophenfällen.

Ferner wurde der Stab zur Prüfung der bundeseigenen Ausstattung nach Art. 13 KatS-Ausstattung-Vwv herangezogen. Außerdem wurden mit dem Stab Katastrophenschutzübungen vorbereitet und die Ergebnisse gemeinsam ausgewertet.

In zweijährigem Turnus werden die Hochwasserdämme von Lech, Ammer und Loisach begangen und die entsprechenden Abwehrmaßnahmen an Ort und Stelle besprochen. Die Berücksichtigung von größeren Industriebetrieben und Krankenhäusern ist in nächster Zeit vorgesehen.

Ausbildung

Die Mitglieder des Stabes sollen den Aufbau des Katastrophenschutzes, insbesondere die Leistungsfähigkeit der Einheiten und Einrichtungen kennen, zur Vorbereitung und Leitung von Katastrophenschutzmaßnahmen befähigt sein sowie über taktische Erfahrungen in der Führung der Einsatzkräfte verfügen (Nr. 36 Abs. 2 KatS-Organisation-Vwv). Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer entsprechenden Ausbildung, die sich nicht nur auf den jeweiligen Fachdienst beziehen darf. Vielmehr ist eine über die Führerausbildung hinausgehende zusätzliche Ausbildung erforderlich, für die nach Nr. 8 KatS-Ausbildung-Vwv der Hauptverwaltungsbeamte verantwortlich ist.

Gemeinsam mit dem Stab haben wir einen entsprechenden Ausbildungsplan für die Standortausbildung der Stabsmitglieder erarbeitet. Dieser Ausbildungsplan soll die Grundkenntnisse des friedensmäßigen Katastrophenschutzes und die Konzeption des erweiterten Katastrophenschutzes vermitteln. Die Einweisungs- und Ausbildungslehrgänge für Stabsmitglieder an der Katastrophenschutzschule Bayern in Geretsried sind die ideale Grundlage. Daneben ist es notwendig, den Stab an Katastrophenschutzübun-

gen zu beteiligen. Das Landratsamt Weilheim-Schongau führt seit 1971 in jedem Jahr eine Katastrophenschutzübung durch, an der der K-Stab aktiv mitwirkt.

Als besonders lehrreich haben sich Stabsrahmenübungen erwiesen. Gerade diese haben uns wichtige Erfahrungen für den Ernstfall gebracht, insbesondere hinsichtlich des verfahrensmäßigen und fernmeldetechnischen Ablaufes. Wir halten es für erforderlich, daß jährlich eine Übung unter Beteiligung des Stabes stattfindet, um das Zusammenwirken zu erproben.

Zusammenfassung

Der Katastropheneinsatzstab wird hier seit vier Jahren im beschriebenen Umfang tätig. Die Beteiligung des Stabes an allen Fragen und Problemen des Katastrophenschutzes hat sich in jeder Hinsicht als nützlich erwiesen. Die Zusammenarbeit der Stabsmitglieder untereinander als auch mit der Katastrophenschutzbehörde kann heute als sehr gut bezeichnet werden. Bei einer entsprechend intensiven Stabsarbeit lassen sich auch Spannungen zwischen den Organisationen weitgehend vermeiden. Das einheitliche und sichere Auftreten der Leitung und des Stabes ist auch für die Führungskräfte und Helfer an der Schadensstelle von besonderer Wichtigkeit. Auch diese müssen über die Zuständigkeit und Möglichkeiten der K-Leitung und des Stabes informiert sein.

Die positiven Erfahrungen veranlassen uns, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren, zumal bei allen Stabsmitgliedern die entsprechende Bereitschaft vorhanden ist.

DRK: einhundert Millionen Kilometer

Über 100 000 000 km haben die Fahrzeuge des DRK-Rettungsdienstes im vergangenen Jahr zurückgelegt. Und das mit nur knapp 23 000 Männern, die den Rettungsdienst und Krankentransport teils hauptberuflich, meist jedoch ehrenamtlich betreiben. Den Rotkreuz-Helfern halfen dabei 963 Rettungswachen und Leitstellen; 157 Notarztwagen stehen ihnen zur Verfügung, dazu 524 Rettungswagen, 2800 Krankentransportwagen und etliche andere Fahrzeuge. Mit ihnen wurden rund 4 Millionen Personen befördert: Kranke, Verletzte, Behinderte.

„Woche des Selbstschutzes“

Eine Woche lang führte die BVS-Dienststelle Ratzeburg im Senioren-Wohnsitz in Ratzeburg vor über 100 Teilnehmern eine Vortragsreihe und „Fachliche Unterrichtungen“ über den Selbstschutz durch. In dieser „Woche des Selbstschutzes“ hatten die Bewohner die Möglichkeit, sich theoretisch und praktisch mit Problemen des Selbstschutzes zu befassen.

Die lebhaften Diskussionen und die rege Beteiligung zeigten den Mitarbeitern des BVS deutlich das Interesse an den Problemen des Selbstschutzes.

In einer abschließenden Übung wurden in der Praxis noch einmal die Maßnahmen geprobt, die zur Brandbekämpfung und Erstversorgung von Verletzten sowie zur Absicherung von Unfallstellen von jedem Bürger beherrscht werden sollten. Diese „Woche des Selbstschutzes“ ist ein weiterer Schritt des BVS, in Ratzeburg und Umgebung breite Bevölkerungskreise über Selbstschutzfragen zu informieren. Das Echo bei den Teilnehmern beweist, daß diese Initiative sicher richtig ist.

Zwischen Nord- und Ostsee

Flensburg. Anlässlich der Verlegung der BVS-Dienststelle Flensburg von Holm auf das Flugplatz-Gelände der früheren Lufthansa-Flugschule fand in Anwesenheit von Vertretern von Behörden, Organisationen u. a. sowie des dänischen Zivilschutzes im Flughafen-Restaurant eine Vortragsveranstaltung über den Zivilschutz in der Bundesrepublik statt.

BVS-Landesstellenleiter Beiter zeigte dabei besonders den Stand des Schutzraumbaus auf. Am Schluß seiner Ausführungen sprach Beiter der BVS-Dienststelle Flensburg für die geleistete Arbeit sein Lob aus.

Nicht zuletzt sei es ihr Verdienst, daß in der nördlichen Grenzstadt der Anteil der Behörden und Organisationen, die sich mit dem Zivilschutz befassen, fast 50 Prozent über dem Landesdurchschnitt liege.

Gleichfalls in anerkennender Weise äußerte sich Stadtrat Hagenau, Dezernent für Zivilschutz der Stadt Flensburg, und überreichte dem Leiter der BVS-Dienststelle, Roland Hiebsch, ein Stadtwappen. In seinen Begrüßungsworten hatte Hiebsch zuvor die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß durch die Verlegung der Dienststelle aus der Innenstadt an den Stadtrand die Selbstschutzarbeit, vor allem in der Ausbildung, noch effektiver werden möge.

Tarp. Im Rahmen eines wehrpolitischen Seminars der Kreisgruppe Schleswig-Holstein Nord des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr sprach Horst Walter, Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Flensburg, im Unteroffiziersheim des Marinefliegergeschwaders 2 in Tarp über „Gefahren, die der Bevölkerung im Verteidigungsfall drohen“.

Nach Darstellung der wehrgeographischen Lage der Bundesrepublik und des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen NATO und dem Warschauer Pakt zeigte Walter an Hand von Bildern die Wirkung moderner Angriffswaffen, insbesondere der atomaren, biologischen und chemischen auf.

Arlewatt. Zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang unter dem Motto: „Wie kann sich der Bürger gegen Gefahren des täglichen Lebens, bei Katastrophen und im Straßenverkehr selbst schützen, ehe die Hilfsorganisationen eintreffen?“ hatte der Ortswehrlführer der Freiwilligen Feuerwehr in Arlewatt (Kreis Nordfriesland), Wollenweber, eingeladen.

Das starke Interesse der Bevölkerung bewies die Zahl von 30 Teilnehmern,

unter denen sich auch viele Frauen befanden. Besonderes Gewicht erhielt die dreitägige Veranstaltung, die unter Führung des Leiters der BVS-Dienststelle Husum, Green, durchgeführt wurde, durch die Anwesenheit von Amtswehrführer Timmsen.

Wahl der Helfervertretung

Die BVS-Helfer Schleswig-Holsteins haben im März 1977 ihre neuen Vertreter in den BVS-Dienststellen bestimmt.

BVS-Dienststelle:
Flensburg, Gerd Schreiber
Itzehoe, Jürgen Grabke
Kiel, Bruno Mizgayski
Lübeck, Siegfried Kiel
Neumünster, Wolfgang Dahmann
Pinneberg, Heinz Müller
Ratzeburg, Cornelia v. Treuenfels
Schleswig, Peter Aichner.

In den Dienstbereichen, in denen keine Helfervertreter gewählt wurden, übernehmen diese Aufgabe die Helfervertreter der benachbarten Dienststelle.

Ausstellung im Kieler Rathaus

Die Landesbrandkasse, die Allgemeine Ortskrankenkasse, die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung und der Bundesverband für den Selbstschutz beschickten eine umfangreiche Ausstellung in der Eingangshalle des Kieler Rathauses. Das Leitthema der Ausstellung: „Mehr Sicherheit“. Der Sicherheitsdienst des Rathauses hatte diese Veranstaltung organisiert. Moderne graphische Darstellungen wiesen die Bevölkerung auf mögliche Gefahren hin und versuchten, zur Vorsorge für die Sicherung des Lebens im weitesten Umfange anzuregen. Zu allen Einzelthemen standen informative Broschüren kostenlos zur Verfügung. Die Ausstellung fand starke Beachtung.

Die Taten des „Jakob Schwarz“

Vor einigen Tagen tauchte eine nicht bekannte Person in einem Hamburger Werk der Nahrungsmittelindustrie auf. Sie wurde im Bereich eines Lagers für brennbare Flüssigkeiten von dem dortigen Abteilungsleiter angesprochen und nach ihrem Begehrt gefragt. Die Person gab keine Auskunft und antwortete nicht auf Fragen. Besonders auffallend war das total geschwärzte Gesicht sowie die noch stark nach Petroleum und Rauch riechende Kleidung.

Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den bekannten Mitarbeiter des BVS, Jakob Schwarz, handelte.

J. S. ist als eine sehr leicht brennbare Person bekannt, aber sonst ein treuer und zuverlässiger Mitarbeiter des BVS. Leider verfügt er nicht über einen Dienstaussweis, was die Ermittlungen erschwerte. Es stellte sich heraus, daß J. S. auf die Dienste des BVS in dem Werk der Nahrungsmittelindustrie aufmerksam machen wollte. Dort sollte im Rahmen der Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit am Arbeitsplatz mit Fachleuten des BVS, der Berufsfeuerwehr und der Firma, die den Wartungsdienst der Feuerlöscher versieht, eine wirklichkeitsnahe Brandschutzübung durchgeführt werden.

Darüber hinaus war die Betriebsleitung an den BVS, Dienststelle Hamburg-Nord, herangetreten und hatte darum gebeten, die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ als flankierende Maßnahme zu zeigen und zu interpretieren.

Beim Aufbau der Ausstellung hatte J. S. sich aus dem Kfz des BVS unbemerkt entfernt. Er sollte sich zur Verfügung stellen, um den Angehörigen des Betriebes zu zeigen, wie das Löschen einer brennenden Person fachgerecht durchgeführt wird.

Er läßt sich mit leicht entzündbaren Flüssigkeiten begießen und von einem Mitarbeiter des BVS anzünden. Mittels einer Decke wird dieser Brand dann erstickt. Bis zum Beginn der Übung war noch etwas Zeit, so daß J. S. sich mit den geltenden Sicherheitsbestimmungen vertraut machen konnte, die auf folgenden Gesetzen und Verordnungen beruhen:

1. Unfallverhütungsvorschriften z. B. (VBG 1) gültig ab 1. 4. 77.
2. Richtlinien für die Vermeidung der Gefahren durch explosive Atmosphäre (Explosionsschutz-Richtlinien-[EX-RL])
3. Verordnung brennbarer Flüssigkeiten (VbF).
4. Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe (Arbeitsstoffverordnung).
5. Druckgasverordnung.
6. Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter.
7. Eisenbahnverkehrsordnung (EVO), Anlage C.
8. Reglement international concernant le transport des marchandises dangereuses par chemin de fer (RID).
9. Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (GefahrgutVStr).
10. Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR).
11. Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) und über die Ausdehnung dieser Verordnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen (ADNR-Umstellungs- und Änderungsverordnung).
12. Verordnung über gefährliche Seefrachtgüter (SFO).
13. Internationaler Code für die Beförderung von gefährlichen Gütern mit Seeschiffen (Imco-Code).
14. Postordnung.
15. Weltpostvertrag.
16. Restricted Articles Regulations (RAR) der IATA.

Er sieht diese Vorschriften unter dem Aspekt „Arbeitssicherheit“, was seiner Ansicht nach bisher von allen, die an diesen Problemen gearbeitet haben, zu wenig beachtet wurde.

J. S. konnte leider keine Kostprobe von dem hier lagernden Stoff bekommen. Dies wurde von den dort tätigen Zollbeamten nicht zugelassen. Dieser Stoff ist nach entsprechender Zubereitung für den menschlichen Genuß geeignet. Er war einsichtig, da er um 14 Uhr seine große Stunde haben sollte und noch arbeitsfähig bleiben mußte.

Die Geschäftsführung des Unternehmens hatte zusammen mit dem Betriebsrat veranlaßt, daß jeder Mitarbeiter einen Feuerlöscher praktisch betätigt und das Ablöschen einer brennenden Person übt. Alle Mitarbeiter, die an der Löschübung teilnahmen, waren zunächst in der Kantine versammelt.

Eine theoretische Einführung wurde von dem Wachführer der Berufsfeuerwehr, Brandamtsrat Lemke, der Wache Wandsbek, vorgenommen. Im Anschluß daran machte BVS-Dienststellenleiter Bochert einige Ausführungen über den betrieblichen Katastrophenschutz. Danach ging es auf das Firmengelände, wo zunächst ein Glutbrand aus Verpackungsmaterial, Holz und anderen glutbildenden Stoffen entfacht wurde. Dieser brennende Holzstoß und ein später entzündeter Flüssigkeitsbrand mußten fachgerecht von den Mitarbeitern bekämpft werden. Anschließend wurde das Ablöschen einer brennenden Person (J. S.) geübt. Hierfür war Se-Lehrer Jürgen Pries eingesetzt.

Für die Geschäftsführung, die Abteilungsleiter und Mitarbeiter war diese Übung sehr aufschlußreich. Die Erfahrungen werden z. Z. ausgewertet. Es sind weitere Überlegungen für die Verbesserung des Brandschutzes im Gespräch.

Bremen

Mitarbeit der Bürger aktivieren

Wie groß das Interesse an Fragen des Zivil- und Selbstschutzes ist, bewies die Tatsache, daß der Einla-

dung zu einem Wochenendseminar der BVS-Landesstelle 23 verantwortliche Mitarbeiterinnen aus verschiedenen Frauenorganisationen aus Bremen in das „Haus Hügel“, Freizeit- und Tagungsstätte in Bremen-Nord, gefolgt waren.

Nach Begrüßung und Einführung in das Seminar durch Maria-Elisabeth Tjaden, ehrenamtliche Fachgebietsleiterin II 5, und Diethelm Singer, Landesstellenleiter, erhielten die Gäste Informationen über den Zivilschutz in der Bundesrepublik, über Aufga-

ben des BVS und über Maßnahmen des Selbstschutzes, vorgetragen durch BVS-Redner, ergänzt durch Dias und Filmvorführungen.

Die Ausführungen der Gastreferenten Dr. med. E. Frühbrodt (Die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall), Egon Kauffmann, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft aus Bremerhaven (Zivilschutz aus politischer Sicht) sowie des Gastredners Karl Golde, Architekt und Bauingenieur, zu Fragen des öffentlichen und privaten Schutzraumbaues fanden großen Anklang.

Neben lebhaften Diskussionen befürworteten alle Teilnehmerinnen eine verstärkte freiwillige Mitarbeit möglichst vieler Bürger, um die Aufgaben des Zivilschutzes und Selbstschutzes besser durchführen zu können.

Werbung für den Schutzraumbau

In einem Pressegespräch über Hausschutzräume standen Diethelm Singer, Landesstellenleiter, BVS-Baubereiter und Fachleute aus dem Hause des Senators für Inneres den Journalisten zur Diskussion und zur Erklärung technischer Einzelheiten zur Verfügung.

Die Journalisten hatten vorher die BVS-Informationsschau – Zubehör für Hausschutzräume – im „Bremer Bauzentrum“ und einen privaten Hausschutzraum des ehrenamtlichen BVS-Helfers Werner Brechtel besichtigt.

Entsprechend der NATO-Empfehlung „Bleib zu Hause!“ halten die Fachleute den Schutzraum im eigenen Haus für den besten Schutz. Sie weisen dabei auf das moderne Kriegsbild. Eine Schutzeinrichtung nützt nur dem, der sich beim Alarm in unmittelbarer Nähe davon befindet. Während das Land Bremen sein öffentliches Schutzplatzangebot weiter ausbauen will, sind die Wohnungsbauengesellschaften eher zurückhaltend, wenn es um die Schaffung von Hausschutzräumen geht. Sie fürchten offenbar, die Mehrkosten würden ihre Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen. Auch unter Hinweis auf mögliche Katastrophen setzen die Behörde des Innensensors und der BVS auf eine allmähliche Bewußtseinsänderung: Ihrem „idealen“ Mieter oder Wohnungskäufer wäre die eigene Zufluchtstätte sicherlich einen geringen Aufpreis wert.



Um den Bau von Hausschutzräumen in Bremen zu fördern, hat die BVS-Dienststelle ein Bauschild mit den Anschriften der Dienststelle und des ehrenamtlichen Fachgebietsleiters „Bau und Technik“ anfertigen lassen, das auf den Grundstücken aufgestellt wird, auf denen Hausschutzräume entstehen.

Zur Zeit gibt es nach offizieller Zählung in Bremen 19 Hausschutzräume mit insgesamt 342 Schutzplätzen.

„Die Landesstelle Bremen des BVS hat eine umfassende Beratungsaktion gestartet, um den Bau von Hausschutzräumen zu fördern. Das Ziel sind nicht atombombensichere Bun-

ker, sondern Hausschutzräume zum Schutz vor Trümmerfall, radioaktiver Strahlung sowie vor chemischen und biologischen Kampfmitteln“, führte Diethelm Singer aus.

Die Bremer Tageszeitungen und Radio Bremen berichteten ausführlich über das informative Pressegespräch.

„Tag der Umwelt“

„Bremer Kinder suchen Umweltpartner“ war das Motto des diesjährigen „Tag der Umwelt“ in der Hansestadt. Der zuständige Senator Herbert Brückner spendierte 3500 Luftballons, die mit einer Tüte Sonnenblumensamen und einer Antwortkarte auf die Reise geschickt wurden. Für die

reibungslose Organisation auf dem Bremer Marktplatz sorgten ehrenamtliche Helfer und Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Bremen. Ihnen galt der besondere Dank des Senators, der sich über die rege Beteiligung an der Aktion seiner Behörde freute.



Ehrenamtliche BVS-Helfer unterstützten die Aktion „Bremer Kinder suchen Umweltpartner“.

Niedersachsen – kurz und bündig

Wiesmoor. Der Rektor der Sonderschule legte Wert darauf, daß seine Schüler den Selbstschutz-Grundlehrgang absolvieren und lud während eines solchen Lehrgangs die Presse zur Berichterstattung ein.

Eschede. Die Kirchengemeinde Eschede lud zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang ein. Unter den 16 Teilnehmern befand sich auch Pastor Prießnitz.

Oldenburg. Einen Selbstschutz-Fachlehrgang der Bundespost, durchgeführt vom BVS, nahm die Presse zum Anlaß, über den Selbstschutz und den BVS zu berichten. So erfuhr die Bevölkerung über die Möglichkeit der Selbstschutz-Ausbildung.

Lüchow. Der Samtgemeindedirektor kündigte in einem Rundschreiben an alle Haushaltungen der Ortsteile Grabow und Batow die Durchführung von Selbstschutz-Grundlehrgängen an und wies darauf hin, daß dieser in seinem Auftrag durch den BVS durchgeführt wird.

Wolfsburg. Der Oberstadtdirektor von Wolfsburg lud mit einem persönlich gehaltenen Brief stadtteilweise zu Selbstschutz-Grundlehrgängen ein. Im Durchschnitt folgten bisher 5 % der Bürger der Einladung und nahmen an einem Lehrgang teil.

Lüchow/Gifhorn. Zivilschutz-Informationseminare waren Anlaß, die Presse einzuladen. Die Journalisten berichten über die Bedeutung des Selbstschutzes, die Aufgaben der Gemeinde und des BVS.

Dissen. Der stellvertretende Stadtdirektor Hinderks eröffnete die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in der Kreissparkasse in Dissen und verwies besonders auf die Möglichkeiten des Selbstschutzes.

Schortens. Selbstschutz sei die erlernte Fähigkeit zur Selbst- und Nächstenhilfe bei Unfällen und Katastrophen, meinte Gemeindedirektor Meins anlässlich der Ausstellungseröffnung „Der Mensch im Mittelpunkt“ im Dorfgemeinschaftshaus Schortens. Meins stellte die Ausstellung als Informationsmittel dar und erhoffte sich eine Aktivierung der Bürger, denn Selbstschutz sei die

Grundlage des Schutzes durch den Staat.

Deinste. 75 Jahre Feuerwehr in Deinste waren Anlaß für Veranstaltungen in größerem Rahmen. So wurde die Verbundenheit der in Deinste tätigen Katastrophenschutzorganisationen durch ihre Mitwirkung bei Demonstrationsschauen deutlich. Der BVS zeigte das Ablöschen brennender Personen.

Celle/Wietzen. Immer wieder sind es Frauenorganisationen, die sich für den Selbstschutz interessieren. So wurde in Informationsvorträgen die Bedeutung des Selbstschutzes im Hause erläutert.

Braunschweig. Nachdem in den vergangenen Jahren der BVS auf der „Harz + Heide-Ausstellung“ in Braunschweig bereits vertreten war, kam diesmal eine neugestaltete Schau zum Einsatz. Über 6200 Besucher nahmen während der neun Ausstellungstage an einem Ratespiel teil. Neben zahlreichen prominenten Bürgern der Stadt Braunschweig besuchten den BVS-Stand auch der Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, sowie der Schirmherr der Ausstellung, Wirtschaftsminister Erich Küpker.

Cuxhavener Katastrophenschutzwoche 1977

Am Freitag, dem 22. April, pünktlich um 11 Uhr, konnte BVS-Dienststellenleiter Eversmann den Schirmherrn der Cuxhavener Katastrophenschutzwoche, Oberbürgermeister Werner Kamman (MdL), und in Vertretung des Oberstadtdirektors Stadtdirektor Arno Schreiber sowie zahlreiche Gäste begrüßen. Neben dem BVS mit der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ waren beteiligt: DRK, THW, Feuerwehr, DLRG, Führungseinheiten beim HVB und als küstenspezifische Organisation der Deich- und Schleusenverband Cuxhaven. Es verdient festgehalten zu werden, daß jede Einheit sich bestens vorbereitet hatte, d. h. außer gutem Ausstellungsmaterial auch gekonnte Demonstrationen durchgeführt wurden.

Die DRK-Bereitschaft Cuxhaven hatte drei Zelte und ihren Fahrzeugpark

aufgebaut. Bei den Vorführungen auf dem Platz wurde vorbildlich gezeigt, wie mehrere Verletzte sachgerecht versorgt und zum Abtransport



Vor dem BVS-Ausstellungsstand in Cuxhaven (von links): Ratscherrin Brigitte Langenhagen, Oberbürgermeister Werner Kamman MdL, Stadtdirektor Arno Schreiber und BVS-Dienststellenleiter Heinrich Eversmann.

vorbereitet werden. Ein großes Programm hatte sich das THW vorgenommen: Bau eines Hängesteges über den Schloßgraben, Aufbau einer 4-t-Brückenfähre, Verladen von Autowracks und die interessanten Vorführungen mit der Sauerstofflanze waren beeindruckend. Ölbrände und brennende Autos löschte die Feuerwehr fachgerecht. Die praktische Anwendung der Rettungsschere und der Einsatz der großen Drehleiter zogen immer wieder Zuschauer an.

Erstmals stellte sich die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft als Katastrophenschutzorganisation vor. Höhepunkt der Vorführung war der Einsatz einer Tauchergruppe. Zwei Rettungstaucher bargen aus dem Schloßgraben einen Ertrinkenden.

Führungseinheiten und Fernmeldezentrale beim HVB stellten sich als Einheit vor, die seit Jahren eingesetzt wird. Die Besucher konnten miterleben, wie aus einer behelfsmäßigen Fernmeldezentrale Nachrichten und Anweisungen vermittelt wurden. Der ebenfalls aufgebaute ABC-Lagetisch mit den dazugehörigen Gerätschaften war vielen völlig neu.

Beim BVS lautete die Aufgabe: Ablöschen brennender Personen, und jeder konnte mitmachen. Dazu gab es über den Platzlautsprecher fachliche Aufklärung.

Ein Glanzstück besonderer Art war die Ausstellung des Deich- und Schleusenverbandes. Bildmaterial über die letzten Sturmfluten und Deichschäden, Wiedergabe der Tide-Kurven und Pegelstände vermittelten dem Betrachter sehr anschaulich, welche Gefahren den Menschen

hinter den Deichen drohen. Vor der Ausstellung war im verkleinerten Maßstab ein 8 m langer Deich aufgebaut. Sachgerecht wurden in einer Vorführung Schadensstellen repariert.

Am Sonntagnachmittag dann: Mit dem Sirenenanhänger wurde Katastrophalarm ausgelöst. Die Züge nahmen Aufstellung, in einer 400 m langen Kolonne fuhren die Einsatzfahrzeuge mit Blaulicht durch die Stadt zu ihren Unterkünften.

Die gegenseitig gewährte Hilfe, der gemeinsame Wachdienst und die Erinnerung an das miserable Wetter haben die KatS-Organisationen persönlich nähergebracht. Der BVS-Stand blieb dann noch bis zum 1. Mai stehen. Schulklassen und zahlreiche Bürger besuchten die Ausstellung. Als die Ausstellung geschlossen wurde, konnten insgesamt 8211 Be-



Die Feuerwehr in Aktion bei der Katastrophenschutzwoche in Cuxhaven.

sucher gezählt werden. Auch der Bundestagsabgeordnete des dortigen Wahlkreises, Dr. von Geldern (CDU), trug sich in das Gästebuch ein.

Selbstschutzwoche auf Wangerooge

Die zweite Selbstschutzwoche auf Wangerooge stand anfangs unter

einem schlechten Stern. In der sonst an Ereignissen nicht sehr reichen Zeit zwischen Ostern und Pfingsten fanden in diesem Jahr auf Wangerooge gleich eine Reihe von Veranstaltungen statt. Diese „Konkurrenz“ wirkte sich auf die Eröffnungsveranstaltung sowie auf die Durchführung der Abendveranstaltungen aus, die der BVS im Auftrag der Gemeinde ausrichtete. Mit dem Endresultat jedoch war man recht zufrieden. Mit weit mehr als 100 Teilnehmern an Fachlichen Unterrichtungen und Selbstschutz-Grundlehrgängen erreichte man wie im vergangenen Jahr mehr als 10 % der Bevölkerung der Insel Wangerooge.

Als Ergänzung zur Selbstschutzwoche wird demnächst eine Zivilschutz-Ausstellung des BVS im Kurhaus Wangerooge gezeigt werden.

Hessen



Gewinnerin beim BVS-Preisausschreiben

Für einen vom BVS im August vergangenen Jahres ausgeschriebenen Wettbewerb wurden nunmehr nach Auswertung der eingesandten Arbeiten die Gewinne vergeben.

Das Preisausschreiben stand unter dem Motto „Gesucht wird: die lebendigste Reportage, Jugendliche schreiben über den Selbstschutz“.



Claudia Vogel erhielt von BVS-Dienststellenleiter Ludwig ihren Preis ausgehändigt.

Unter den drei Gewinnern aus Hessen ist die Schülerin Claudia Vogel aus Neuhoof, 15 Jahre, Schülerin der 10. Realschulklasse der Wernher-von-Braun-Schule in Neuhoof.

In Gegenwart des Schulleiters, Rektor Ernst Knechtel, des Realschul-Zweigleiters, Norbert Nixdorf, und der

Schulklasse überreichte der Leiter der BVS-Dienststelle Fulda, Robert Ludwig, als Gewinn einen Scheck in Höhe von 100 DM sowie einen Blumenstrauß. Ludwig würdigte dabei das Interesse einer großen Zahl von Jugendlichen an den Selbstschutz-Grundlehrgängen.

Zu der von Claudia Vogel eingesandten Reportage „Autobahnnebel führte zu Massenkarambolage“ sagte Ludwig, die Arbeit habe sich ausgezeichnet durch realistische Darstellung des Geschehens und einer sicheren Kenntnis der lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort.

Schulleiter Knechtel hob hervor, daß zu Beginn des Schuljahres in den Abschlußklassen der Wernher-von-Braun-Schule regelmäßig Selbstschutz-Grundlehrgänge stattfinden, die die BVS-Dienststelle Fulda durchführe. Der BVS sei auch weiterhin als Gast an der Schule gern gesehen.

Dank für Einsatz

Die BVS-Dienststelle Hanau hatte die Möglichkeit, sich an den Veranstaltungen anlässlich der Arbeitsschutzwoche der Firma Degussa vor wenigen Wochen mit einem Informationsstand zu beteiligen.

Die Degussa hatte darum gebeten, ihre Mitarbeiter über Arbeitsschutz, Katastrophen- und Brandschutz zu informieren. Während der Arbeitsschutzwoche standen BVS-Helfer der Belegschaft zur Verfügung, um Fragen zu beantworten.

Welchen Anklang die Bemühungen der Dienststelle Hanau gefunden haben, verdeutlicht folgender Brief: „Anlässlich unserer Arbeitsschutzwoche haben Sie uns mit einer Modell-Ausstellung zu den Themen Arbeitsschutz, Katastrophen- und Brandschutz unterstützt. Diese Ausstellung hat bei unserer Belegschaft einen großen Wiederhall gefunden. Darüber hinaus haben sich einige Ihrer Herren die ganze Woche über der Belegschaft zur Verfügung gestellt, um Fragen zu beantworten und die Ziele und Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes zu erläutern. Auch hier haben die Ausführungen Ihrer Mitarbeiter bei unserer Belegschaft, dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung großes Interesse gefunden.“

Für diesen Einsatz sowie für die erfolgreiche Abwicklung der oben erwähnten und näher bezeichneten Ausstellung bedanken wir uns recht herzlich. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch Dank sagen für die gute fachliche Ausbildung unserer Angehörigen der Werksfeuerwehr.“

Willi Joch †

Der langjährige Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Hessen, Willi Joch, ist im Alter von 68 Jahren nach langem, schwerem Leiden am 2. Juni 1977 verstorben.

Joch war zunächst seit dem 1. 3. 1956 Leiter der BLSV-Ortsstelle Darmstadt. Am 1. 9. 1957 wurde er als Hauptsachgebietsleiter II (Personalwesen) zur Landesstelle Hessen nach Wiesbaden versetzt. Diese Tätigkeit nahm er bis zu seinem Ausscheiden am 31. 3. 1971 wahr.

Sein Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein, sein selbstsicheres und korrektes Auftreten sowie seine Entschlußfreudigkeit wurden von allen Kolleginnen und Kollegen anerkannt. Er war bei Vorgesetzten und Mitarbeitern beliebt und geachtet. Die BVS-Landesstelle Hessen wird Willi Joch ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ev. Frauenhilfe betreibt Selbstschutz

87 Jahre und jetzt ein bißchen weiser, sagte die älteste Teilnehmerin einer „Fachlichen Unterrichtung“, die die BVS-Dienststelle Heppenheim

für die Mitglieder der ev. Frauenhilfe durchführte.

Bevor man zum praktischen Teil übergang, wurden die Damen theoretisch darüber informiert, was sie tun müssen, um der Gefahr eines Brandes wirksam zu begegnen. In einem sehr anregenden Gespräch kamen auch Zeiten zur Sprache, die den Frauen sehr viel abverlangte, um ihr Hab und Gut zu schützen. Dann die Praxis:

Zunächst wurde ein Stapel Kartons und Obstkisten in Brand gesetzt,

um die Wirkungsweise der Einstellspritze zu demonstrieren.

Danach galt es, einen „Ölbrand“ unter Kontrolle zu bringen. Um den Damen zu zeigen, daß bei einem Öl- oder Fettbrand Wasser das falsche Löschmittel ist, wurde probeweise die Einstellspritze benutzt; danach nahm man den Pulverlöcher. In dem anschließenden Gespräch wurde ausgiebig diskutiert; Hinweise für den vorbeugenden Brandschutz nahmen die Damen aufmerksam zur Kenntnis.

Die Mitglieder der ev. Frauenhilfe ließen sich über Selbstschutz unterrichten.



Saarland



Friedrich Wilhelm Glaser 60 Jahre

Am 3. Mai wurde Architekt Friedrich Wilhelm Glaser, Fachgebietsleiter „Bau und Technik“ für den Bereich der BVS-Landesstelle Saarland, 60 Jahre alt.

Landesstellenleiter E. Krakowsky gratulierte im Namen aller Mitarbeiter der Landesstelle recht herzlich und hob im Rahmen seiner Geburtstagsrede die Verdienste hervor, die sich F. W. Glaser erworben hat. Nach Rückgliederung des Saarlandes war es für F. W. Glaser Ehrensache, seine beruflichen Fähigkeiten dem BVS zur Verfügung zu stellen. Zunächst wirkte er 14 Jahre bei der Dienststelle Saarbrücken als Bauberater, dann übernahm er aus den Händen seines bewährten Vorgängers, Bergdirektor Klein, das Amt des Fachgebietsleiters. Dem gemeinsamen Wirken von Klein und Glaser ist es zu danken, daß der Schutzraumbau im Saarland be-

sondere Bedeutung erlangte. Ein erheblicher Teil der bis 1976 bereitgestellten Zuschüsse des Bundes kamen dem Saarland zugute.

Landesstellenleiter Krakowsky dankte F. W. Glaser für seine bisher geleistete Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Gewürdigte auch über das 60. Lebensjahr hinaus noch



BVS-Landesstellenleiter Krakowsky (rechts) gratuliert F. W. Glaser zum 60. Geburtstag.

lange Jahre bei bester Gesundheit der BVS-Landesstelle auf seinem Gebiet werden dienen können.

Erfreuliche Meldung

Die BVS-Dienststelle Neunkirchen berichtet, daß Ende März die Ausbildung von 24 Selbstschutz-Beratern aus Gemeinden ihres Dienstbereichs abgeschlossen wurde. Im Zeitraum von acht Wochen absolvierten die Berater den Selbstschutz-Grundlehrgang, den Se-Ergänzungslehrgang (S) und den Se-Ergänzungslehrgang „Strahlenschutz“. Alle ausgebildeten Selbstschutz-Berater waren durch den jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Neunkirchen berufen worden. Die Berufungen wurden in der Presse und an Bekanntmachungstafeln veröffentlicht. Die Dienststelle hofft, daß auch die noch ausstehenden Gemeinden diesem Beispiel folgen.

Acht Lehrgänge auf einen Streich

Lüdenscheid. Die BVS-Dienststelle Lüdenscheid hat den Beweis angetreten, daß an einer großen Schule acht Selbstschutzlehrgänge parallel durchgeführt werden können. So geschehen an der Gesamtschule in Kierspe. Es wurden für die beiden Tage acht nebeneinanderliegende Klassenzimmer im ersten Übergeschoß freigestellt, die verdunkelt werden konnten und von der Größe her für die Ausbildung geeignet waren.

Die Dienststelle hatte in einem Schreiben die auswärtigen Dienststellen gebeten, etwa eine halbe Stunde vor Beginn der Unterrichtung einzutreffen. Trotz schlechter Straßenverhältnisse war die erste FAST um 6.55 Uhr, das letzte Fahrzeug um 7.10 Uhr eingetroffen. Es war selbstverständlich, daß die Lehrgänge für die 240 Teilnehmer pünktlich begannen. Rektor Rump faßte das Ergebnis so zusammen: „Sagen Sie den Herren, die hier bei uns unterrichtet haben, es handelte sich um einen didaktisch gut aufgebauten Lehrgang. Die Lehrkräfte waren pädagogisch und dialektisch ausgezeichnet geschult. Sie haben es verstanden, unsere nicht immer einfach zu leitenden Schüler in der richtigen Form anzufassen. Ich bin erfreut darüber, daß dieser Versuch so verlaufen ist und bedanke mich bei allen Beteiligten recht herzlich.“

Vorher mit Info-Material versorgen

Düsseldorf. Nach einer Informations-tagung für Behördenselbstschutz-Leiter aus dem Bereich der BVS-Dienststelle Düsseldorf, die an der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen stattfand, kommt aus Teilnehmerkreisen eine Anregung, über die alle Dienststellen nachdenken sollten: Bei künftigen Lehrgängen sollten die Teilnehmer mit Informationsmaterial über die vorgesehenen Themen in einem größeren Umfang als bisher versorgt werden, und zwar so rechtzeitig, daß sie sich auf das Seminar vorbereiten können. Die Düsseldorf Behördenselbstschutz-Leiter haben nämlich festgestellt, daß bei der Fülle

des Angebots drei Tage nicht ausreichen, um alles richtig zu verarbeiten, selbst dann nicht, wenn man, wie in diesem Fall geschehen, Diskussion und Erfahrungsaustausch im Teilnehmer- und Dozentenkreis nach dem Abendessen fortsetzt.

Selbstschutz der Post ist schnell

Wesel. Die Redewendung, daß es bei der Post nicht so schnell zugehen soll, wurde im Fernmeldebereich „Unterer Niederrhein“ eindrucksvoll widerlegt, jedenfalls, was den Selbstschutz anbetrifft. Bei einer Übung, an der Postmitarbeiter aus Wesel, Moers, Dinslaken und Kleve teilnahmen, trugen die Selbstschutzkräfte der Post einen Löschangriff in rasanter Form vor. Karl Schuster von der BVS-Dienststelle Wesel war des Lobes voll, zumal fast ein Viertel der an der Übung teilnehmenden Dienstkräfte weiblichen Geschlechts war. Auch in der Bergung und in der Versorgung von Verletzten bewiesen die Männer und Frauen von der Post einen hohen Ausbildungsstand.

TÜV für den Brandschutz gerüstet

Köln. Der Technische Überwachungsverein Rheinland, der 1974 in Köln-Poll einen Hochhausneubau bezogen hat, kann im Ernstfall auf einen schlagkräftigen Brandschutz zurückgreifen. In Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Köln hat der Leiter der Gruppe Haustechnik, Mertins, 77 Mitarbeiter in der Handhabung von Kleinlöschgeräten unterrichtet. Nachdem Mertins an einem Fachlehrgang für Behördenselbstschutz-Leiter an der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen teilgenommen hatte, hielt er es für notwendig, die Ausbildung zu vervollständigen. 50 TÜV-Mitarbeiter nahmen daraufhin an einem BKO-Fachlehrgang Brandschutz teil. Während die praktische Ausbildung durch Kräfte des BVS das Ablöschen brennender Personen, den Umgang mit Feuerlöschern und Wandhydranten sowie die Versorgung und den Transport von Verletzten umfaßte, machte der Leiter der Gruppe Haustechnik die Lehrgangsteilnehmer

mit dem Alarmsystem und den Sicherheitseinrichtungen des Neubaus vertraut.

Anerkennung durch Mediziner

Beckum. Daß ein Arzt freimütig bekennt, beim BVS noch etwas dazulernen zu können, kommt gewiß sehr selten vor. Dr. med. Herbert Fritsche aus Sendenhorst hat es getan. Nach der Teilnahme an einem Selbstschutzlehrgang schrieb der Mediziner der BVS-Dienststelle Beckum: „Auch ich als Arzt gestehe, daß ich noch manche Kniffe und Griffe hinzugehört habe, und daß ich meine Kenntnisse im Selbstschutz und in der Ersten Hilfe vertiefen konnte. Wer z. B. kann einen Hand-Feuerlöscher richtig bedienen? Wer wagt es, die Flammen eines brennenden Menschen (hier eine mit Petroleumgemisch übergossene lebensgroße Puppe) mit einer Stoffdecke zu ersticken? Wie wird ein Schwerverletzter richtig gelagert und transportiert? Wie wird er notfalls beatmet, und wie können größere Blutungen sicher gestillt werden?“ In seinem Bericht stellt der Arzt noch besonders heraus, daß es zum Abschluß des Lehrganges eine Teilnahmebescheinigung gab, die als Nachweis über die Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort für den Führerscheinwerb gültig ist. „Und dieses alles kostenlos.“

Stadtdirektor warb für die Ausbildung

Arnsberg. Die Beteiligung von Behördenleitern an Informationsveranstaltungen der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen macht sich bezahlt. So erwies sich der Stadtdirektor von Warstein als ein guter „Werber“, der es verstand, die Mitglieder des Ausschusses für zivile Verteidigung für die Teilnahme an einem Selbstschutzlehrgang zu gewinnen. Obwohl für den Ernstfall geprobt wurde – die Übung fand im Feuerwehrgerätehaus statt – war der Humor nicht zu Hause geblieben. So griffen die Kommunalpolitiker beim Üben lebensrettender Sofortmaßnahmen den wichtigsten Stadtverordneten aus ihrer Mitte heraus, rollten ihn in einen Kittel ein und hievten ihn auf die Trage.

Heilbronner Stadtfest 1977

Gemeinsam haben alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen mit Fahrzeug- und Geräteschauen, Filmvorführungen und Ausstellungen drei Tage lang am Heilbronner Stadtfest, das rund 200 000 Besucher verzeichnete, teilgenommen.

Die gesamte Lothorstraße war von den Organisationen belegt. Die Feuerwehr präsentierte einen Löschzug und stellte den kleinen Besuchern Helme zur Verfügung. Riesigen Andrang hatte die Handseilbahn des THW zu verzeichnen. Aktiv zeigten

sich auch die Mitglieder von DLRG, DRK, JUH und ASB.

Der BVS stellte mit der Tafelausstellung „Hilfe durch Selbstschutz“ den Selbstschutz-Grundlehrgang in den Mittelpunkt der Information. Mitarbeiter der BVS-Dienststelle verteilten neben Informationsmaterial auch einen Handzettel des Oberbürgermeisters, der die Bevölkerung zur Teilnahme an dem Grundlehrgang einlud.

Die gute Zusammenarbeit und das aufeinander abgestimmte Programm der Organisationen machten die Lothorstraße zu einem Ziel, daß die Besucher scharenweise anzog.

diendirektor Ditter freute sich besonders, weil es in letzter Zeit für Schüler des Schramberger Gymnasiums Preise nur so „hagelt“.

Auch BVS-Dienststellenleiter Gneist, Rottweil, gratulierte dem Preisträger und übergab ihm zusätzlich ein Buchgeschenk.

Südwest aktuell

Konstanz. Bei strahlendem Sonnenschein gab Bundestagsabgeordneter Dr. Hermann Biechele am Samstag, 7. Mai, als Schirmherr das Startzeichen zur Sicherheitsfahrt „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Insgesamt 40 Fahrzeuge mit 117 Teilnehmern waren am Start.

Der Unterhaltungsabend, der als Abschluß von allen beteiligten Katastrophenschutzorganisationen gestaltet wurde, brachte noch eine Gesamtspende für die „Aktion Sorgenkind“ aus Tombola und Überschüssen von über 3000 DM ein.

Ludwigsburg. Bei einer großangelegten Feuerlöschübung während eines Brandschutzlehrgangs für Behörden-Bedienstete führte eine Herstellerfirma verschiedene Löschmittel vor, wobei die Lehrgangsteilnehmer auch kräftig mitlöschten durften.

Ravensburg. Den Vertretern der Polizei, der örtlichen Katastrophenschutzorganisationen und der Bundeswehr wurden die bestellten Selbstschutzberater der in drei Wohnbezirke eingeteilten Stadt Weingarten durch den OB der Stadt, Gerich, vorgestellt. Diese Zusammenkunft, bei der BVS-Dienststellenleiter Lensler die Aufgaben der Berater der Gemeinden erläuterte, hat auch dazu beigetragen, die Beziehungen der Organisationen des Katastrophenschutzes untereinander zu verbessern.

Heidelberg. Seit der ersten Info-Tagung für die ZS-Sachbearbeiter der Gemeinden im BVS-Dienststellenbereich Heidelberg treffen sich diese Teilnehmer regelmäßig zu einem Erfahrungsaustausch in der Dienststelle. Der Erfolg zeigt sich u. a. auch darin, daß die monatliche BVS-Information einen festen Platz in den Gemeindenachrichtenblättern bekommen hat.



Auch die Heilbronner Jugend informierte sich beim diesjährigen Stadtfest über Katastrophen- und Selbstschutz.

Der 4. Preis im Wettbewerb

Einen 4. Preis erhielt der 13jährige Schüler Stefan Michler – als einziger Preisträger aus Baden-Württemberg – beim Preisausschreiben des BVS „Gesucht wird die lebendigste Reportage“.

Als Thema hatte Stefan, obwohl aus dem Luftkurort Lauterbach im Schwarzwald, die Hochwasserkatastrophe an der Nordseeküste gewählt. Zwar kennt er die Verhältnisse auf einem Bauernhof in der Marsch nicht aus eigenem Erleben, aber er hatte eine Reportage erdacht, die sehr wirklichkeitsnah war.

Sein Kommentar hierzu: „Ich habe viel darüber gelesen und mir das eben so vorgestellt.“

In seiner Schule, im Gymnasium Schramberg, überreichte Bürgermei-

ster Schlayer dem Nachwuchsreporter ein wertvolles Buch als Anerkennung für seine Leistung. Oberstu-



Eine Hochwasserkatastrophe war das Thema der Reportage von Stefan Michler (2. v. links). Mit dem glücklichen Gewinner freuten sich Bürgermeister Schlayer (rechts), Oberstudiendirektor Ditter (2. v. rechts) sowie BVS-Dienststellenleiter Gneist (links).

Gute Zusammenarbeit mit dem Sparkassen- und Giroverband

Ende Mai 1977 konnten der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz und die BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz auf ein Jahr intensiver Zusammenarbeit zurückblicken.

Begonnen hatte es damit, daß dem BVS durch den Werbeleiter des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz, Borchers, die Möglichkeit eingeräumt wurde, seine Tafelausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz – heute“ einem größeren Kreis von Sparkassenwerbeleitern vorzustellen. Hierbei wurden den Werbeleitern die Aufgaben des BVS und das Angebot einer möglichen Zusammenarbeit dargelegt.

Die meisten der so angesprochenen Werbeleiter nutzten die Möglichkeit und forderten über ihren Sparkassen- und Giroverband eine Tafelausstellung an. Die Durchführung dieser Ausstellungen übernahm die fahrbare Zivilschutzausstellung der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz.

Sparkassenhauptstellen, aber auch kleinere Zweigstellen boten ihren Kunden eine wertvolle Information über den Zivilschutz. Durch die Aktion war es der FZA erstmals möglich, auch in vielen kleineren Städten und Orten tätig zu werden. Die gute Zusammenarbeit mit den jeweiligen Pressevertretern ermöglichte zudem eine intensive Information der Bevöl-

kerung über Zivilschutz, Katastrophenschutz und den Selbstschutz der Bevölkerung. Um die Tafelausstellung attraktiver zu gestalten, wurden in vielen Fällen Vitrinen, Schaukasten oder Schaukästen mit zusätzlichen Exponaten ausgestattet. Geräte und Gegenstände, wie Feuerlöscher-Schnittmodelle, AMBU-Phantom (künstliches Beatmungsgerät), Hausapotheke, Strahlenmeßgeräte u. a., boten gute Anknüpfungspunkte für Fragen und Antworten. Die zur Betreuung der Ausstellung eingesetzten BVS-Mitarbeiter führten zahlreiche Gespräche, eingehende Beratungen der Sparkassenkunden konnten durchgeführt werden. Geräte wurden erklärt und der Begriff des Selbstschutzes verdeutlicht.

In Schulen, Vereinen und Verbänden wurden außerdem rund 450 Vortragsveranstaltungen durchgeführt. Ein Dankeschön sei an dieser Stelle allen gesagt, die innerhalb der Sparkassenorganisation diesen Einsatz gefördert haben.

Die Sparkassen haben sich hier in einer wichtigen Sache zum Wohle des Bürgers stark engagiert . . . damit Hilfe kein Zufall bleibt.

Für den Fall eines Falles . . .

Unterricht in vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen der Brandbekämpfung erhielt das Personal des Mutter-Rosa-Altenzentrums in Trier.

Der dreistündige Kurs, der seit Jahren für das Personal in Krankenhäusern und Altenheimen veranstaltet wird, wurde von der BVS-Dienststelle Trier durchgeführt.

Der theoretische Unterricht umfaßte die Erläuterung der einzelnen Brandklassen und der entsprechenden Geräte sowie die grundsätzlichen Richtlinien bei der Brandbekämpfung. Die Handhabung der Geräte und die Benutzung anderer Hilfsmittel wurde durch Demonstrationen im Freien erklärt. Ein mit Pappe, Holz und anderen brennbaren Mitteln entfachtes Feuer wurde mit dem Feuerlöscher bekämpft. Reihum löschten Schwestern und Pflegerinnen das Feuer.

Am „Brandjakob“ wurde das Löschen brennender Personen vorgeführt. Zum Schluß der fachlichen Unterweisung erfolgte noch eine Besichtigung und Erklärung der Brandschutzanlagen des Altenheims.



Die Mitarbeiter des Altenzentrums in Trier übten auch das Ablöschen „brennender Personen“.

Bayern

Schon heute vorsorgen

Forchheim. „Heute vorsorgen – Ihr Vorteil morgen“. Das war das Motto einer Informationsveranstaltung des BVS. Die Veranstaltung fand im Unterrichtsraum der Neunkirchener Feuerwehr statt. Eingeladen hatte dazu Bürgermeister Alfred Derfuß, Referent war BVS-Dienststellenleiter Josef Wäldele.

Fernsehen und Zeitungen, so hieß es, würden fast täglich von großen und kleinen Unglücken und Katastrophen berichten. Aber nicht nur ir-

gendwo in der Welt, auch bei uns seien Menschen und Sachwerte ständig bedroht. In vielen Teilen der Welt bedrohten neben Naturkatastrophen militärische Auseinandersetzungen die Menschen. Aber selbst wenn man die Möglichkeiten militärischer Konflikte ausschließen wolle, blieben doch noch genügend Gefahren des Alltags.

Es wäre zu bequem, sagte Wäldele, auf die Zuständigkeit des Staates zu verweisen. Im Augenblick einer Katastrophe – sei es auch nur ein Verkehrsunfall – sei der Betroffene

immer allein. Staatliche Hilfe könne nicht sofort und überall einsetzen.

Die Teilnehmer wurden auch auf die Bedeutung einer gut durchdachten Lebensmittelbevorratung hingewiesen. Auch der Nutzen und Wert hofeigener Brunnen wurde herausgestellt. Sie seien in der Vergangenheit oft sorglos eingeebnet worden. In Katastrophenfällen könnten sie rettend für Mensch und Vieh sein. Richtiges Verhalten zu erlernen sei notwendig, zumal der Mensch oft mit Gefahren konfrontiert werde, mit denen er nicht rechne.

Der Mensch in der Gefahr

Rothenburg o. d. Tauber. Die Stadt Rothenburg ob der Tauber veranstaltete zusammen mit dem BVS eine Ausstellung des englischen Bildhauers und Malers Henry Moore unter dem Titel „Der Mensch in der Gefahr“.

Henry Moore fielen in den Jahren zwischen 1940 und 1942 die Menschenschlangen auf, die in der Londoner U-Bahn vor dem Inferno des Krieges Schutz suchten.

Die Besonderheit seiner Arbeiten besteht darin, daß sie überwiegend aus dem Gedächtnis entstanden, wobei er sich lediglich auf schriftliche Notizen vom Ort des Geschehens stützte.

Am 23. April eröffnete Regierungspräsident von Mosch die Ausstellung im Rathaus der Stadt in Anwesenheit von Oberbürgermeister Oskar Schubarth, des Leiters der BVS-Dienststelle Ansbach und 60 Repräsentanten aus dem Kulturleben und öffentlichen Leben.

Die Ausstellung erfreute sich eines regen Zuspruchs, ausgelöst durch die gute Pressearbeit des Fachbearbeiters II 4, Balb, der BVS-Dienststelle.

Es kann davon ausgegangen werden, daß Gäste aus aller Welt, vor allem neben Bundesbürgern auch Japaner, Amerikaner und andere, die Ausstellung besuchten, da das Rathaus im Mittelpunkt der Altstadt von Rothenburg o. d. Tauber liegt und die Fremdenverkehrssaison voll angelaufen ist.

FZA informierte

Pfreimd. Vom 2. bis 5. Mai informierte die Fahrbare Zivilschutzausstellung des BVS in der Oberpfalz-Kaserne in Pfreimd über Zivilschutz, Waffenwirkungen, Schutzmöglichkeiten und richtiges Verhalten bei Gefahren des Alltags.

Zu dem Einweisungsvortrag konnte Kommandeur Oberstleutnant Cramer außer den Offizieren und dem 1. Bürgermeister Hans Reichl zahlreiche Gäste begrüßen.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Weiden, Konrad Weigl, gab Erläuterungen zu dieser Ausstellung.

Für den Vortrag bedankte sich Oberstleutnant Cramer bei dem Leiter

der FZA, Heinz Grober, sowie bei Weigl und hob gleichzeitig hervor, daß der BVS eine dringend notwendige Einrichtung darstelle.

Ehemalige Helfer geehrt

Windischeschenbach. Der Leiter der BVS-Dienststelle Weiden, Konrad Weigl, konnte im Gasthaus Birner in Gleißenthal neben Landrat Christian Kreuzer zahlreiche Gäste zu einem besonderen Anlaß begrüßen.

Weigl erinnerte an eine Zeit, als mit dem Aufbau des Selbstschutzes begonnen wurde. Viele Vorurteile mußten überwunden werden, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit dieser Aufgabe zu überzeugen. Eingehend erläuterte Weigl die sich im Laufe der Zeit entwickelte Organisationsform, in deren Folge im Landkreis Neustadt/WN zunächst sieben Selbstschutzzüge aufgestellt werden sollten.

Einer dieser Züge existierte in Gleißenthal, komplett mit allen Geräten ausgerüstet. Josef Hecht übernahm die Führung des Zuges, dessen 22 Mann aktive Mitglieder der Feuerwehr Windischeschenbach sind. Durch eine gründliche Ausbildung,

gepaart mit Idealismus und Eifer, wurde der Selbstschutzzug Gleißenthal führend in Bayern, was Konrad Weigl besonders hervorhob. Diesen 22 Helfern zu danken, war das Anliegen dieser Zusammenkunft.

Landrat Christian Kreuzer betonte, wie wichtig der Selbstschutzgedanke sei. Nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) arbeiten nun alle Hilfsorganisationen zusammen. Die Zusammenarbeit des Landratsamtes mit der BVS-Dienststelle bezeichnete Landrat Kreuzer als sehr gut. Selbstschutz sei keine populäre Angelegenheit, und auf diesem Gebiet müßte noch viel mehr getan werden, unterstrich Landrat Kreuzer. Die Freiwilligkeit sei ein besonderes Merkmal dieses Dienstes: „Katastrophen kann man nicht aus dem Wege gehen, aber man kann sich vor den Folgen besser schützen, wenn man sich ausbildet im Selbstschutz und auch gut ausgebildete Helfer vorhanden sind.“ Unter Hinweis auf die Schweiz, auf Finnland und die Ostblockländer, die großzügige Selbstschutzorganisationen unterhalten, sprach der Landrat die Hoffnung aus, daß Bund und Länder den Kommunen mehr Unterstützung auf diesem Gebiet zuteil werden lassen.

BVS-Ausstellung in Behörden

Landshut. Im Rahmen der Informationsarbeit zeigte die BVS-Dienststelle Landshut in mehreren Behörden der Stadt, zuletzt in der Schalterhalle der DAK, eine Ausstellung unter dem Motto „Zivilschutz“. Den zahlreichen und interessierten Besuchern konnten Anregungen vermittelt werden, welche zum Nachdenken über die Gefährdungsmomente in unserer so technisierten Zeit dienen sollen. Das Anliegen des Selbstschutzes ist es, auf die mögliche Ausweitung der alltäglichen Gefahren zu verweisen. Unter Selbstschutz letztlich sind alle Maßnahmen und Verhaltensarten zu verstehen, die notwendig sind, um Katastrophen besser begegnen zu können. Große Beachtung bei den Besuchern fanden die mit Zeitungsausschnitten zusammengestellten Tafeln, die über Unfälle und Katastrophenereignisse im engeren Heimatbereich informierten.

In der Pressebesprechung mit Redakteuren der Landshuter Zeitung anläß-



Große Beachtung fand die Ausstellung des BVS in mehreren Behörden der Stadt Landshut.

lich der Ausstellungseröffnung stellte BVS-Dienststellenleiter Seemann zusammenfassend in den Vordergrund: „Wir müssen immer wieder deutlich machen, daß der selbstverständliche Selbstschutz, der unser Verhalten im Alltag bestimmt, gleichzeitig Träger des Schutzes sein kann, dessen wir erst recht und verstärkt in Notzeiten bedürfen.“

Dank und Anerkennung für Fritz Jatho

Einmal muß jeder aufhören. So oder ähnlich wird Fritz Jatho gedacht haben, als er sich jetzt im Alter von 73 Jahren entschloß, sein Ehrenamt als THW-Kreisbeauftragter für Dithmarschen zur Verfügung zu stellen.

Fritz Jatho trat am 1. August 1958 als ehrenamtlicher Helfer dem THW-OV Heide bei. Von Ende 1961 bis zum 31. Dezember 1972 leitete er als OB den OV Heide, im April 1971 wurde er Kreisbeauftragter des THW für den Kreis Dithmarschen.

Am 13. Dezember 1974 wurde Jatho für seine Verdienste, die er sich um den Aufbau und die Einsatzbereitschaft des THW im Kreis Dithmarschen erworben hat, vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

In Anwesenheit der THW-Ortsbeauftragten des Kreises Dithmarschen und weiterer Gäste würdigte der THW-LB Dipl.-Volkswirt Meier anläßlich einer kleinen Feierstunde, die in der THW-Geschäftsstelle in Heide zu Ehren des aus seinem Amt scheidenden Kreisbeauftragten und aus Anlaß der Übergabe der Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger stattfand, Oberstudienrat a. D. Fritz Jatho als einen Mann der „ersten Stunde“, der sich um das THW verdient gemacht habe. So habe er während seiner Amtszeit als Orts- und später als Kreisbeauftragter mehrere Bewährungsproben bei Sturmflutkatastrophen mit seinen Helfern zu bestehen gehabt.

Auch an der Gründung weiterer THW-Ortsverbände im Kreis Dithmarschen sei Jatho mit viel Initiative und Tatkraft maßgeblich beteiligt gewesen.

Wenn er nun aus Altersgründen zurücktrete, so bleibe der „Althelfer“, der auch viele Jahre verdienstvoll im THW-Landesausschuß mitwirkte, dem THW doch für besondere Aufgaben weiterhin verbunden.

Der Landrat des Kreises Dithmarschen, Karl-Heinrich Buhse, der aus dienstlichen Gründen am persönli-

chen Erscheinen verhindert war, sandte an Jatho folgendes Dankschreiben:

„Sehr geehrter Herr Jatho!
Der THW-Landesbeauftragte hat mich von dem Termin für die Amtsübergabe am 28. März 1977 in der THW-Geschäftsstelle in Heide informiert. Leider gestatten mir meine Dienstgeschäfte nicht, Ihnen bei dieser Feierstunde persönlich meinen Dank für die im Katastrophenschutz und insbesondere dem K-Beraterstab geleistete Arbeit und meine Glückwünsche für die Zukunft auszusprechen.



Oberstudienrat a. D. Fritz Jatho war maßgeblich am Aufbau der Ortsverbände Büsum, Meldorf, Hochdonn-Burg und Tönning beteiligt.

Ich möchte deshalb den heutigen letzten Tag in Ihrer Amtszeit als THW-Kreisbeauftragter für den Kreis Dithmarschen und als Mitglied in meinem Beraterstab als Anlaß dafür nehmen, Ihnen meine persönliche Hochachtung und Anerkennung auf diesem Wege zu überbringen. Sie haben der Arbeit des Technischen Hilfswerks auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes im Kreis Dithmarschen durch Ihre Führungstätigkeit in der Bereitschaft – Bergung –, im Ortsverband Heide und im Beraterstab der unteren Katastrophenschutzbehörde des Kreises Dithmarschen Ihre persönliche Prägung gegeben und durch Ihre loyale und kameradschaftliche Zusammenarbeit

meine Arbeit als Katastrophenabwehrleiter dieses Kreises erleichtert, wofür Ihnen nicht nur mein persönlicher Dank, sondern der aller Bürger und mit der Katastrophenabwehr befaßten Stellen in diesem Kreise gebührt.

Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg Glück und Gesundheit und verbinde damit die Hoffnung, daß Sie sich dem Kreis Dithmarschen für besondere Aufgaben im Katastrophenschutz zur Verfügung stellen werden, wie Sie es gegenüber dem Leiter der Zivilschutzabteilung, Herrn Hegewald, bereits zu erkennen gegeben haben.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Buhse."

CDU Mölln zu Gast beim THW

Kürzlich konnte der THW-OB für Mölln Mitglieder des CDU-Ortsvorstandes und der CDU-Fraktion der Stadt zu einem Informationsbesuch in den Räumen der Unterkunft am Hein-Hollenbek-Weg begrüßen.

Zunächst wurde den Gästen die Ausrüstung gezeigt, und wo es notwendig war, von den Führern und Unterführern erklärt.

In einem Gespräch machte OB Schultz deutlich, welche Aufgaben das THW hat und wie diese Aufgaben wahrgenommen werden. Er berichtete über die gründliche und fachgerechte Ausbildung der Helfer und erklärte, wann und wo das THW bereits helfen konnte.

CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Hofmann und der Parteivorsitzende der CDU in Mölln, Klaus Schlie, bedankten sich für die Möglichkeit, die Arbeit des THW näher kennenzulernen. Hofmann stellte heraus, wie wichtig die Arbeit der freiwilligen Helfer gerade für die Stadt Mölln sei. Der Sprecher des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der Kreis-CDU, Norbert Brackmann aus Lauenburg, war sehr überrascht zu sehen, wie gut der THW-OV ausgerüstet ist. Er versprach OB Schultz, das Katastrophenschutzkonzept der CDU, das sich in Arbeit befindet, noch mit den einzelnen Gremien, die für den Katastrophenschutz zuständig sind, abzusprechen.

Die „First Lady“ der Hansestadt bedankte sich

Die „Erste Dame“ der Hansestadt Hamburg hatte das THW eingeladen. Vierzig Helfer des Instandsetzungsdienstes aus sechs THW-Bezirksverbänden waren Gäste von Frau Elke Klose, der Gattin des 1. Bürgermeisters der Freien und Hansestadt. In den Hamburg-Stuben einer großen Brauerei gab es ein kräftiges Abendbrot und natürlich auch Getränke.



Die Gattin des 1. Bürgermeisters, Frau Klose, begrüßte ihre Gäste vom THW herzlich. Rechts außen LB Trautvetter.

Frau Klose und Vertreter der Senatskanzlei wollten sich beim THW für die Mitgestaltung des „Rathausmarktes 1976“ bedanken, bei dem dieses umfangreiche technische Hilfe geleistet hatte. Mit herzlichen Worten würdigte Frau Klose die Arbeit der freiwilligen Helfer; in Einzelgesprächen hörte sie an den Tischen von den Sorgen und Nöten der THW-Helfer. LB Trautvetter dankte Frau Klose für die Einladung und versprach, auch weiterhin immer in „Rufweite“ des Senats zu sein. He.

Männer der „ersten Stunde“

In einer Feierstunde, an der Vertreter der THW-Bezirksverbände und Baudirektor Glor als Repräsentant der Verwaltung teilgenommen haben, wurden im BV Mitte zwei Helfer mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz ausgezeichnet, die entscheidenden Anteil am Aufbau des THW in Hamburg haben.

Olaf Bonerewitz leistete bis zu seinem krankheitsbedingten Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zuletzt als Zugführer des Instandsetzungsdienstes im BV Mitte wertvolle Aufbauarbeit; er ist maßgeblich am guten Ausbildungsstand der Einheit sowie am

Gesamtergebnis der Einsätze der letzten Jahre beteiligt.

Karl-Heinz Möller trat bereits 1955 in das THW ein und hat sich sowohl ehrenamtlich beim Aufbau des BV Nord, aber auch im hauptamtlichen Bereich des Katastrophenschutzes verdient gemacht. Seit Jahren ist sein Hobby nunmehr Beruf; als Lehrgruppenleiter Bergungsdienst an der KatS-Schule der Freien und Hansestadt Hamburg ist er bei der Berufsfeuerwehr tätig. Seine ausgezeichneten Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Bergung und seine ausgleichende Art zeichnen ihn besonders aus. Das THW Hamburg ist stolz auf diese Kameraden! G. T.

Weltgesundheitstag 1977

Im Rahmen des Weltgesundheitstages veranstaltete die Gesundheitsbehörde Hamburg in Verbindung mit allen Trägern und Organisationen des Gesundheitswesens eine Großveranstaltung auf dem Hamburger Rathausmarkt. Mittelpunkt war eine Zeltausstellung in sieben Zelten unter dem Motto „Unsere Kinder fit fürs Leben“. DRK und THW waren maßgeblich an der technischen Durchführung der Veranstaltung beteiligt. Theatergruppen, Spielmannszüge, Polizeikapelle und Verkehrskasper gehörten zum Rahmenprogramm.



10 000 Luftballons füllte und verteilte die Jugendgruppe des BV Hamburg-Nord auf dem Rathausmarkt.

Die Jugendgruppe des THW-BV Hamburg-Nord pumpte 10 000 Luftballons auf und verteilte sie auf dem Rathausmarkt. Die eigens für diese Aktion entwickelte kompressorbetriebene „Luftballonfüllanlage“ funktionierte bestens.

Für die Koordinierung aller Kräfte stand der Einsatzleitwagen des LV II zur Verfügung, der sich einmal mehr bei einer Großveranstaltung bewährte.

H. K.

Ausbildung der Jugendgruppen des THW-BV Altona

Wasserdienst wird beim THW in Hamburg seit Jahren erfolgreich betrieben. Auch die Jugendgruppen aus Hamburg-Altona haben dabei mitgewirkt. Durch die Lehrgänge „Fahren auf dem Wasser“ und „Retten aus Wassergefahren“ für Junghelfer wurde ihnen das nötige Fachwissen vermittelt.



Wasserdienst der Junghelfer des BV Altona.

Bei der DLRG in Altona nahmen die Jugendlichen an einem Lehrgang zum Erwerb des Grundscheins teil, 15 Jugendliche schlossen mit Erfolg ab. Einer erhielt sogar das begehrte Leistungsabzeichen und ein Nichtschwimmer erwarb das Freischwimmer-Zeugnis. Auch die Erste-Hilfe-Ausbildung bei der JUH wurde mit sehr guten Ergebnissen abgeschlossen. Alle 21 Teilnehmer bestanden die Prüfung.

Im Basteln und Werken konnten die Jugendlichen ihr künstlerisches Geschick zeigen. Unter Anleitung des Jugendleiters wurden Kupferbilder gefertigt, dabei wurden bemerkenswerte Arbeiten hergestellt.

Während der gesamten Ausbildung wurden die Jugendlichen immer wie-

der auf die Unfallgefahren hingewiesen, um ein Fehlverhalten des einzelnen auszuschließen. M. D.

BV Bergedorf stellte sich der Öffentlichkeit vor

Am „Tag der offenen Tür der Hamburger Behörden“ nahm auch das

THW Hamburg mit verschiedenen Veranstaltungen teil. Im Verwaltungsbezirk Bergedorf stellten sich die Einheiten des THW-BV Bergedorf der Öffentlichkeit vor. In einer Leistungsschau zeigten 140 Helfer unter kritischen Augen befreundeter Organisationen sowie Vertretern des Bezirksamtes, der Parteien, der Polizei und Beamten der Feuerwehrdirektion

Ost, daß sie einen guten Ausbildungsstand erreicht haben und mit ihrem Spezialgerät umzugehen wissen.

Ganz besonders freute sich BB Roth, den Vizepräsidenten des BZS und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, zu dieser Veranstaltung begrüßen zu können. Tr.

Bremen



Bürgermeister Koschnick empfing Dr. Dölbor

Zu einem Antrittsbesuch empfing Bürgermeister Koschnick am 11. Mai 1977 im altherwürdigen Rathaus zu Bremen den THW-Landesbeauftragten Dr. Dölbor. Es blieb jedoch nicht nur bei einem protokollarischen Höflichkeitsbesuch, sondern Bürgermeister Koschnick ließ sich eingehend über den derzeitigen Stand des THW in Bremen informieren.

Um mehr als nur eine Information über den Sachstand zu erhalten, sagte er einen gemeinsamen Besuch mit dem für die Katastrophenabwehr zuständigen Innensenator Fröhlich bei LB III zu.

Koschnicks Interesse für das THW und seine Fachkenntnisse kommen jedoch nicht von ungefähr, sondern aus der Tatsache, daß der Präsident des Senats selbst Innensenator in Bremen war und sein Augenmerk auch als Regierungschef nicht von vitalen Interessen abwendet, welche die Bremer Bürger betreffen.

THW über Ostern im Einsatz

Helfer des THW Bremen leisteten über die Osterfeiertage technische Hilfe bei Verkehrsunfällen: Drei VW-Kombis mit Spezialgerät, vom einfachen Feudel bis zur Hydraulikschere, standen bereit. Der Spezialkombi des THW-BV Neustadt bezog seinen Standpunkt an der BAB A 1 (Hansalinie) an der Abfahrt Uphusen.

Vorbereitet waren die fünf ehrenamtlichen Helfer auf

- Bergen von Verletzten und Sachgütern aus Unfallfahrzeugen,
- Freimachen der Fahrbahn von Öllachen und zerbrochenem Glas,

- Freimachen der Fahrbahn von Unfallfahrzeugen,
- Ausleuchten von Unfallstellen,
- Sicherung von Unfallstellen.

Jeder Helfer wurde speziell für diese „Technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen“ in ca. 40 Stunden ausgebildet. Dazu gehörte z. B. die Ausbildung an der Hydraulikschere und -spritze sowie dem „Force-Rettungsgerät“. Außerdem erhielt jeder Helfer eine 16stündige Erste-Hilfe-Ausbildung. Zusätzlich wurden die THW-Helfer auch von der Verkehrsbehörde der Polizei und der Berufsfeuerwehr geschult.

Dank der disziplinierten Fahrweise brauchten die THW-Helfer jedoch zunächst kaum einzugreifen.

Als sich jedoch der Himmel verdun-

kelte und innerhalb weniger Minuten die Autobahn 3 cm hoch mit Hagelkörnern bedeckt war, galt es, größere Auffahrunfälle durch Verkehrssicherung zu verhindern, nachdem mehrere Wagen bereits Sachschaden erlitten hatten. Mit etwas Ölbindemittel, mit Besen und Schaufel sowie Muskelkraft war die Autobahn bald wieder frei.

Insgesamt stand die Besatzung mit ihrem THW-Spezialwagen 30 Stunden an der Hansalinie abrufbereit. Zu vermerken ist, daß die THW-Helfer für ihre Bereitschaft, anderen Menschen zu helfen, außer dem Straßenbahngeld keinerlei Entschädigung erhalten. Sie tun ihren Dienst freiwillig und ehrenamtlich, und darauf sind sie stolz. J. K.



Ausbildung des THW Bremen für die technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen - hier der Einsatz des „Force-Rettungsgeräts“.

Eine Gemeinschaft bewährte sich

Unter dem Motto „service in community“ fand eine zweitägige Übung des THW-OV Celle in Zusammenarbeit mit englischen Pfadfindern statt. Die Pfadfinder waren aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekommen. Als Übungsgelände stand das Bundeswehrgelände in Scheuen zur Verfügung.

Der Bergungszug hatte sich die Aufgabe gestellt, den Pfadfindern seine Geräteausstattung zu zeigen und gemeinsam mit einem Teil der Jungen verschiedene Arbeiten durchzuführen. Es sollte u. a. mit dem Bohrhämmer gearbeitet, das Brennschneiden geübt und mit Hilfe des Brunnenbohrsatzes des I-Zuges ein Brunnen gebohrt werden. Außerdem sollte ein Trümmersteg errichtet werden.

Um 19 Uhr fanden sich die THW-Helfer in ihrer Unterkunft ein. Gerät und Material wurde auf die Fahrzeuge verladen, dann fuhr der Zug in Scheuen zum Lager der Pfadfinder.

Hier wurde sofort mit dem Zelt- und Feldküchenaufbau begonnen, danach setzte man sich mit einer Abordnung der Pfadfinder ans Lagerfeuer, man wollte sich so besser kennenlernen.

Am anderen Morgen trafen sich die Führer beider Organisationen, um die Aufteilung der Pfadfinder auf die einzelnen THW-Gruppen vorzunehmen. Leider konnten nicht alle Pfadfinder auf die Gruppen verteilt werden; es waren zu viele – ca. 180 – gekommen. Die jungen Engländer waren mit Begeisterung bei der Sache, mit Feuereifer arbeiteten sie in den einzelnen Gruppen mit. Der Bau eines Trümmersteges galt als besondere Attraktion. H.-B. Düring übernahm die fachliche Leitung. Bereits gegen Mittag standen die Zweibock-Gerüste. Eine ca. 30 m lange Strecke mußte überbrückt werden.

Nach dem Essen ging es sofort wieder an die Arbeit; am frühen Nachmittag stieß der englische Lagertrompeter kräftig ins Horn, um die Fertigstellung der Brücke zu verkünden. Unter dem Jubel der inzwischen herbeigeeilten übrigen Pfadfinder wurde das

„Band“ durchschnitten, eine eingehende Besichtigung schloß sich an. Gegen Abend beendete der Bergungszug seine Übung. District Commissioner Schkölziger und sein Service Team waren einhellig der Auffassung, daß dieses Lager ein Höhepunkt in der Geschichte des Pfadfinderlebens in Scheuen gewesen war. „Service in community“ – eine Gemeinschaft konnte sich bewähren. h.b.d.

Neuer Ortsbeauftragter in Nordenham

Das Technische Hilfswerk – OV Nordenham – hat einen neuen OB. Nach dem Ausscheiden des bisherigen OB Müller, der aus gesundheitlichen Gründen sein Amt aufgeben mußte, übernahm jetzt Kreisoberinspektor Eilers dessen Nachfolge. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde der neue OB von LB Sahlender offiziell in sein Amt eingeführt. Auch Vertreter des Landkreises Wesermarsch, die Herren Ripken und Harms, sowie der hauptamtliche GF Kolbe waren gekommen. Der stellvertretende OB Enno Höpken hieß die Gäste willkommen. Bei dieser Gelegenheit wurde dem OV ein neuer GWK für den Bergungszug übergeben. Mit diesem Fahrzeug wurde die Einsatzbereitschaft beträchtlich verbessert. Der GWK, eines der modernsten Fahrzeuge, ist mit Spezialwerkzeugen für die Bergung von Menschen und Gütern ausgerüstet. H. S.

OB-Wechsel in Diepholz

Nach 23jähriger Tätigkeit als Ortsbeauftragter des THW-OV Diepholz ist Dipl.-Ing. Fritz Pelckmann jetzt aus Altersgründen zurückgetreten. Landesbeauftragter Hans Sahlender überreichte dem neuen OB Werner Vogel im THW-Heim die Ernennungsurkunde.

Sahlender betonte in Anwesenheit der THW-Helfer, daß der bisherige OB Pelckmann den Ortsverband zu einem schlagkräftigen Teil der Hilfsorganisationen des Landkreises Grafschaft Diepholz gemacht habe. Mit dem THW-Heim sei ihm, dem man zu großem Dank verpflichtet sei, gewissermaßen ein Denkmal gesetzt worden.

Dem neuen OB wünschte Sahlender für die Fülle seiner Aufgaben jederzeit eine glückliche Hand. Vertreter der Stadt Diepholz und des Landkreises Grafschaft Diepholz sicherten Vogel die Hilfe zu, die jahrelang auch seinem Vorgänger Pelckmann gewährt wurde.

Sahlender überreichte ZF Klaus Gülder, der vorübergehend die Geschäfte des OB wahrgenommen hatte, das



Aus der Hand von LB Sahlender empfing der neue OB für Diepholz, W. Vogel, seine Ernennungsurkunde.

THW-Helferzeichen in Gold. Sahlender betonte, daß Gülder in dieser Zeit vorbildliche Arbeit geleistet habe. U. P.

Nachruf

Am 9. Mai verstarb unerwartet unser Kamerad und Gruppenführer

Ludwig Wollenhaupt

im Alter von 40 Jahren.

Ludwig Wollenhaupt war Träger des Helferzeichens in Gold. Seine uneigennützig humanitäre Hilfe bei Einsätzen im In- und Ausland zum Wohl der Allgemeinheit und sein kameradschaftliches Verhalten bleiben uns immer ein Vorbild.

Der Orts- und Kreisbeauftragte und die Helfer des OV Cloppenburg

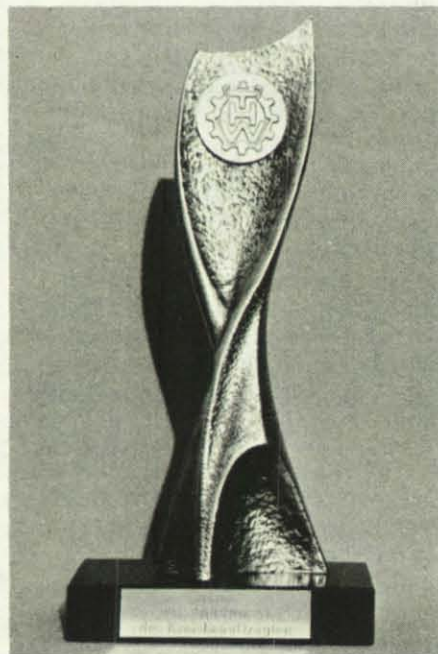
Leistungsvergleich der THW-Einheiten des Kreises Kleve

Am 23. April fand in der neuen Unterkunft und auf dem Übungsgelände des THW-Stützpunktes Straelen ein Leistungsvergleich der THW-Einheiten des Kreises Kleve statt.

Es war der erste Wettkampf dieser Art im Kreis Kleve. Durchgeführt wurde er auf Anregung des Kreisbeauftragten. Als Trophäe winkte der Siegermannschaft ein Wanderpokal und jeder teilnehmenden Gruppe eine Medaille mit Gravur. Dem Leistungsvergleich vorausgegangen war eine Ausscheidung auf Ortsverbandsebene. Die jeweils beste Gruppe eines OV trat zum Wettkampf an.

Die gestellten Aufgaben kamen aus dem Bereich des Bergungsdienstes, Grundausbildungsstufe I.

An sechs verschiedenen Stationen mußten die Helfer ihre praktischen Fertigkeiten unter Beweis stellen. Dazu zählten Stiche und Bunde, Bergung und Transport von Verletzten, Holzbearbeitung, Schneidbrennen, Arbeiten mit Hebezeugen und Beleuchtungsmitteln. Zusätzlich wurde die ordnungsgemäße Verlastung der Geräte auf den Gruppenfahrzeugen



Der Wanderpokal des THW-Kreisbeauftragten für den Kreis Kleve, den die Gruppe des OV Kleve erstmalig errang.

sowie das Absitzen der Helfer bewertet.

An die praktischen Aufgaben schloß sich eine schriftliche Beantwortung von fünfzehn Fragen an. Für die Fahrer waren zwei Sonderprüfungen und die Beantwortung eines Fragebogens mit fünf Fragen vorgesehen worden.



Eine Aufgabe des Wettbewerbs – Arbeit mit dem Schneidbrenner.

Nach dem Start bei trübem Wetter um 8 Uhr konnte nach der Auswertung der Punkte am Mittag bei strahlendem Sonnenschein der Siegermannschaft des OV Kleve der Pokal des Kreisbeauftragten überreicht werden. Zusätzlich erhielt jeder Helfer der Siegergruppe eine Urkunde. Der zweite Platz wurde von den Helfern des OV Geldern belegt.

Die anwesenden Gäste, u. a. eine Abordnung des holländischen Zivilschutzes, der Leiter des Hauptsachgebietes 3 beim LV NRW, der Leiter des Zivilschutzamtes beim Kreis Kleve und der Stadtdirektor der Stadt Straelen, konnten sich von der Einsatzbereitschaft der THW-Helfer überzeugen.

Vom Leiter des Zivilschutzes beim Kreis Kleve wurde den Helfern des Stützpunktes Straelen ein Funkgerät für die neue Unterkunft überreicht. Übrigens: Die Gäste aus Holland bekundeten ihr Interesse daran, beim nächsten Leistungsvergleich teilzunehmen.

P. F.

Einsatzübung des OV Halle

Anlässlich einer großangelegten Übung des THW-Instandsetzungszuges Halle besuchte der THW-LB Dipl.-Ing. Günter Kautzky den OV Halle. Er kam nicht mit leeren Händen, sondern übergab dem OV zwei neue I-Dienstwagen. Die 1,5-Tonner sind mit einer Doppelkabine ausgerüstet und verfügen über eine Ladefläche für das technische Gerät der I-Gruppen.

In seinem Grußwort hob der Landesbeauftragte hervor, daß es in Halle nicht leicht gewesen sei, eine „so leistungsfähige Truppe“ aufzubauen. In diesem Zusammenhang sprach er OB Günter Schimmel und allen Helfern seinen Dank aus. „Ich hoffe, daß die neuen Fahrzeuge Ansporn für weitere aktive Mitarbeit sein werden.“

Unter den Beobachtern befanden sich auch Vertreter der Stadt Halle und des Kreises Gütersloh sowie THW-Geschäftsführer Heinrich Alvermann (Bielefeld) und THW-Kreisbeauftragter Dieter Flöttmann (Steinhagen).

44 Helfer, unter ihnen zehn Mitglieder der Jugendgruppe, nahmen mit fünf Fahrzeugen an der Übung teil. Die Leitung lag in den Händen von OB Günter Schimmel und Zugführer Otto Grube.



Der Instandsetzungszug des OV Halle errichtete übungsmäßig eine Freileitung.

Der OV Halle verfügt über einen Instandsetzungszug, der sich in Elektro-, Gas/Wasser- sowie Abwasser- und Ölbekämpfungs-Gruppen unterteilt. Die angenommene Lage bei der Ausbildungs- und Einsatzübung war unter anderem der Ausfall der Stromversorgung im Klärwerk Halle.

Mit einem Notstromaggregat (Leistung 20 kVA) wurde die Stromversorgung wiederhergestellt. Hierzu wurden eine Freileitung und eine schwere Gummileitung verlegt.

Ferner wurde eine Frischwasser-Rohrleitung verlegt und eine Ölsperre auf dem Klärbecken eingebracht. Die Jugendgruppe stellte die Fernsprechverbindung zwischen den einzelnen Gruppen her.

Im Rahmen der Manöverkritik wurde herausgestellt, daß das Ziel der Übung voll erreicht worden sei. Die Helfer hätten harte Arbeit geleistet und vorbildlichen Einsatz gezeigt.

D. F.

BVS beim THW-OV Gladbeck

Erstmalig wurde beim THW-Ortsverband Gladbeck ein Selbstschutz-Grundlehrgang des BVS in den Dienstplan aufgenommen. Alle Helfer des OV Gladbeck absolvierten diesen von der örtlichen BVS-Dienststelle durchgeführten Lehrgang mit der Zielsetzung, die Ausbildungsthematik des BVS näher kennenzulernen. Filmvorführungen, Lehrgespräche und praktische Einzelausbildung gaben den THW-Helfern einen umfassenden Überblick über die Zielsetzung und das Aufgabengebiet der „Nachbarorganisation“. Dabei hatte BVS-Dienststellenleiter Klawuhn den Lehr-



Den praktischen Gebrauch des Feuerlöschers demonstrierte BVS-Dienststellenleiter Klawuhn den Gladbecker THW-Helfern.

gang auf die Vorkenntnisse und die Motivation der Gladbecker THW-Angehörigen abgestellt. Überlagerte Hilfe, Selbstschutz der Bevölkerung und Zusammenarbeit der Katastrophenschutzorganisationen sind die Kriterien, die THW-OB Schardt veranlaßt hatten, diese von der Helferschaft mit großem Interesse aufgenommene Ausbildungsmaterie im Dienstplan vorzusehen. Der Erfolg gibt Anlaß zu Überlegungen, inwieweit ähnliche Veranstaltungen mit anderen örtlichen KatS-Organisationen künftig durchgeführt werden können. D. G.

THW-Informationsstand auf der Grenzlandschau

Auf der Grenzlandschau des unteren Niederrheins in Kleve vom 2. bis 11. April präsentierte sich der THW-OV Kleve mit einem Informationsstand von 30 Quadratmetern Fläche.



Der Info-Stand des THW auf der Grenzlandschau in Kleve.

Mit Bildern aus der Arbeit des Ortsverbandes gab das THW einen Überblick über seine Tätigkeit. Gleichzeitig wurde den Ausstellungsbesuchern der Eindruck vermittelt, wie die Helfer des THW den Bürgern des Bereiches Kleve praktische Hilfe leisten.

Trotz überwiegend schlechten Wetters wurde die Ausstellung von 150 000 Interessenten besucht.

P. F.

Wettbewerb der Fahrer

Die Witterung war für die Kraftfahrerausbildung der THW-Ortsverbände Soest, Oelde und Wickede und dem

DRK Wickede wie geschaffen; verschlammte Fahrbahnen mußten bezwungen werden. Mehr als 50 Helfer des DRK und THW nahmen mit ihren Fahrzeugen, vom FUKO und Bulli angefangen bis zum LKW und MKW, an dieser Orientierungsfahrt nach Karte teil. Ausgearbeitet hatten die Strecke – nach einer Karte des Großkreises Soest – Mitglieder des Motorsportclubs Wickede-Wiehagen. Die Auswertung wurde auch von diesen unparteiischen Motorsportlern mit ihrem Vorsitzenden Kunibert Wrede vorgenommen. Die Gesamtleitung dieser Kraftfahrerausbildung hatte Zugführer Otto Eberlein vom OV Wickede. Insgesamt waren 55 km zurückzulegen, dabei mußten mehrere Ortschaften angefahren werden.

Bereits morgens um 8 Uhr rückten die ersten Fahrzeuge an der THW-Unterkunft in Wickede an. Jedes Fahrzeug war besetzt mit Fahrer und Beifahrer sowie Hilfspersonal. Insgesamt waren 17 Punkte anzufahren; an den Stationen wurden Buchstaben ausgegeben, die zur Ausfüllung eines Kreuzworträtsels dienten. An den Kontrollpunkten standen Mitglieder des MSC Wiehagen, die weitere Anweisungen gaben. So mußten teilweise die LKW mit Hilfe der Wagenheber aufgebockt werden, Baumstämme mit der Motorsäge zerkleinert werden – stets in einer bestimmten Zeit, die dann wichtig für die Gesamtwertung war. Kreisbeauftragter Wienecke aus Soest und Geschäftsführer Stein sowie der OB des Ortsverbandes Wickede, Leuchtner, und der OB des Ortsverbandes Oelde, Thiele, zeigten sich über den Verlauf dieser Ausbildung sehr befriedigt.

Es ging schließlich um einen von einem Gönner des THW gestifteten Wanderpokal, außerdem um Sachpreise. OB Harald Leuchtner betonte, er sei stolz, daß gleich bei dieser ersten Orientierungsfahrt der Wanderpokal im eigenen OV verblieb. Leuchtner und Zugführer Eberlein gaben dann die Teilnahmeurkunden an die Gewinner aus.

1. THW Wickede, Bernd Eberlein/Peter Molitor; 2. THW Oelde, N. Bude/U. Weckheuer; 3. THW Wickede, H. Bükker/M. Nierhoff; 4. DRK Wickede, Fr. Frohwein/J. Fabri; 5. THW Wickede, W. Franz/G. Hornkamp; 6. DRK Wickede, Fr. Schöhpe/J. Dreschler; 7. THW Wickede, P. Binner/H. Wrede; 7. THW Soest, L. Reichelt/B. Reichelt und 9. THW Wickede, H. Blöing/U. Hornkamp. G. E.



15 Jahre OV Grünberg

Am Samstag, pünktlich um 10 Uhr, marschierte das Fanfaren-Corps Grünberg in die Gallushalle ein, um seinen musikalischen Glückwunsch dem THW-OV zum Geburtstag darzubieten.

Man glaubte, diese Ovation schuldig zu sein, denn schließlich ist das heute so stattliche Corps 1968 ursprünglich eine Gründung innerhalb des THW gewesen.



Aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des OV Grünberg fand auch eine Geräteschau statt.

Unter der Stabführung von Waldemar Theiß präsentierte das Fanfaren-Corps die Herzogsfanfane. Sichtlich hochgestimmt ob dieser gelungenen Einleitung trat der Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit des OV Grünberg ans Mikrofon, um die Veranstaltung zu eröffnen.

Den Reigen der Festredner eröffnete OB Erich Plötner mit Gruß- und Dankworten, insbesondere an die Mitglieder des THW, der Feuerwehr und

des Roten Kreuzes. Besonderer Dank galt den Mitarbeitern, die durch ihren Einsatz zum Gelingen der Feierstunde beigetragen haben.

Sehr hoffnungsvoll zeigte sich Bürgermeister Herzog in der Frage des anstehenden Neubaus einer Unterkunft für den OV Grünberg. Er stellte fest, daß die Gemeinde nunmehr in langwierigen Verhandlungen die Grundstücksfrage geklärt hat, nun sei es Sache des THW, den Neubau durch Gewährung finanzieller Mittel in die Tat umzusetzen. Herzog bedankte sich besonders bei den Männern des THW für ihren unermüdelichen Einsatz in Katastrophenfällen. Nicht vergessen sei der THW-Einsatz beim Hochwasser im Lumdatal und bei dem Großbrand am Marktplatz in Grünberg erst vor wenigen Tagen.

Der stv. LB Dipl.-Ing. Dietrich Franz zeichnete ein Bild des THW, besonders auch eingehend auf die gegenseitigen Hilfeleistungen der im Katastrophenschutz zusammengefaßten Hilfsorganisationen.

Herzliche Grüße und Glückwünsche überbrachte der OB für Gießen, Eidmann.

Inzwischen war, zwar nicht ganz unbemerkt, der Patenverein des Fanfaren-Corps, die „Meisjes Drumband“ aus Venlo/Holland, im Festsaal eingetroffen. Ihr Leiter, Backus, ließ es sich nicht nehmen, eine Grußadresse an den Ortsverband zu richten. Er sprach von der Hilfeleistung auch

über die Grenzen hinweg und gedachte besonders der Helfer bei der Überschwemmungskatastrophe in Holland, bei der auch das THW im Einsatz war. Man habe diese Hilfe nicht vergessen.

Inzwischen kochte in zwei Feldküchen eine herzhafte Erbsensuppe und Bratwürste brutzelten auf dem Rost. Eine Geräteschau war aufgebaut, die Helfer des OV zeigten den Gästen ihre Ausrüstung und führten das eine oder andere Gerät zum besseren Verständnis vor.

Bei Musik und Unterhaltung saß man mit den Gästen noch bis in die Nachmittagsstunden zusammen. Zum Ausklang des Festtages hatte das Fanfaren-Corps zusammen mit der „Meisjes Drumband“ zu einem Gemeinschaftsabend eingeladen. Einige gemütliche Stunden gingen schnell dahin, doch zum Schluß war man sich darüber einig: Die 15-Jahr-Feier war eine runde Sache.



Das Fanfaren-Corps Grünberg, ursprünglich eine Gründung des THW, marschierte bei der Festveranstaltung des THW-OV durch den Ort.

Berlin



Hilfe für die „Laubenpieper“

Auch ein Wahrzeichen Berlins sind seine Schrebergärten. Diese sorgfältig gepflegten und gehegten Kleingartenanlagen mit meist recht soliden Wochenendhäuschen (Lauben) sind der Stolz eines jeden „Laubenpiepers“.

In vielen Fällen haben sie jedoch eine große Sorge, daß nämlich zu ihrer Laube keine Wasserleitung führt. Das Trinkwasser kann man zwar noch in Kanistern mitbringen, aber zum Rasensprengen und für viele andere Nutzzwecke reicht es

eben nicht. Den THW-Brunnenbohrspezialisten bietet sich hier ein weites Betätigungsfeld, und sie haben ihr System und ihre Ausrüstung von Fall zu Fall verbessert.

Obwohl es schon fast zur Routine wird, ist es jedesmal ein freudiges Erlebnis, wenn man fündig geworden ist und das erste Wasser aus dem neuen Brunnen sprudelt.

Zugführer Heinz König – genannt „Wasserkönig“ – und seine Kameraden vom Bezirksverband Spandau freuen sich stets über ein gelungenes Werk.
G. B.



Die Berliner THW-Brunnenbohrspezialisten im Einsatz.

Demonstration des OV Illingen

Gestützt auf die guten Erfahrungen mit den letztjährigen Maßnahmen zur Information der Bevölkerung über die Zielsetzung und Aufgaben des THW hatte der OV Illingen auf dem zentral gelegenen Marktplatz eine Ausstellung geplant, die aber kurzfristig wegen des anhaltenden Regens zur Unterkunft des OV verlegt werden mußte.



Besonderes Interesse fand in Illingen die Vorführung der Rettungsschere.

Hier hatte der OV die Fahrzeuge eines I-Zuges sowie die einzelnen Geräte ausgestellt, um den interessierten Besuchern die Einsatzmöglichkeiten zu demonstrieren.

Besonders beeindruckend war im Rahmenprogramm die Vorführung der Geräte des Spezialkombis zur Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen. Unter Leitung von Zugführer B. Schmitt wurde die Bergung von Verletzten aus einem Pkw mit Hilfe der hydraulischen Rettungsschere gezeigt.

G. F.

Doppelter Alarm

Gleich zweimal war eine Bergungsgruppe des OV St. Wendel im Einsatz. Als ein Pferd in eine Grube gefallen war und alle Bemühungen des Besitzers zur Befreiung fehlgeschlagen waren, wurde der OV St. Wendel alarmiert. Kaum an der Einsatzstelle angekommen, erreichte die B-Gruppe

über Funk ein Hilferuf der Polizei, da ein PKW-Fahrer bei St. Wendel einen schweren Unfall erlitten hatte und in seinem Fahrzeug eingeklemmt war.

Hierauf wurden die Maßnahmen zur Bergung des Pferdes, für das keine unmittelbare Gefahr bestand, unterbrochen, um den schwerverletzten PKW-Fahrer aus seiner gefährlichen Zwangslage zu bergen. Mit Hilfe der hydraulischen Rettungsschere und Spreizschnabel wurden die Vorderholme und ein Seitenteil des PKW herausgetrennt. Innerhalb von acht Minuten war der Fahrer befreit und auf dem Weg zur Universitätsklinik Homburg.

Anschließend begab sich die B-Gruppe erneut zur ersten Einsatzstelle, um gemeinsam mit Polizei und einem Tierarzt in mühevoller Arbeit das Pferd aus seiner Zwangslage zu befreien.

G. F.

OV Völklingen im Einsatz

Das Dach eines ca. 40 m langen Häuserblocks einer Siedlung in Püttlingen wurde durch einen orkanartigen Wind abgedeckt. Bis zu 100 m weit wurden Eternitplatten, Dachziegel und das Gebälk der fünf Reihenhäuser geschleudert, so daß die starken Regenfälle in kürzester Zeit erheb-

liche Sachschäden an den Wohnungseinrichtungen hervorzurufen drohten.

Gemeinsam mit der Feuerwehr und dem DRK wurde der THW-OV Völklingen alarmiert, der noch am gleichen Tag einen Teil der Häuserblocks, soweit das Gebälk noch vorhanden war, mit Folien abdecken konnte. Die übrige Dachfläche wurde mit Planen gegen den anhaltenden Regen geschützt.

Tags darauf, am Sonntag, wurden THW und Feuerwehr erneut alarmiert, da die anhaltenden Regenfälle weitere Evakuierungen und eine notdürftige Erneuerung des Dachstuhls einschließlich Folieneindeckung erforderlich machten.

Unter der Leitung von Zugführer Bard errichteten zwei Gruppen des B-Zuges Völklingen in fünfstündiger Arbeit aus Rundholz einen kompletten Dachstuhl mit 10 m Breite auf einer Länge von 20 m und dichteten das Dach mit Folienbahnen ab, so daß weitere Evakuierungen nicht mehr erforderlich waren.

Vertreter der Stadt Püttlingen, an der Spitze Bürgermeister Mülle sowie Mitarbeiter des Bauamts, waren beeindruckt von der präzisen Arbeit der Helfer des OV Völklingen, die trotz stürmischen Regens in Rekordzeit die Maßnahmen durchführten.

G. F.



Zwei Gruppen des B-Zuges Völklingen waren im Einsatz, um das Dach des Häuserblocks in Püttlingen abzudichten.

OV Landau weihte neue Unterkunft ein

Landau ist auf dem Gebiet „Bau von Unterkünften für THW-Ortsverbände“ zu einem Begriff geworden: In dem Bestreben, Zeit und Kosten für Planungen durch die jeweils zuständigen Bauämter einzusparen, übernahm auf Anforderung der THW-Leitung das Finanzbauamt Landau die Erarbeitung von Bauplänen und Unterlagen. Dieses – in vier Typen nach den durch den Musterraumbedarfsplan vorgegebenen Größen – aufgestellte Programm wurde genehmigt und wird seither für den Bau von Unterkünften im gesamten THW-Bereich angewandt. Der erste Musterunterkünfneubau unter der Leitung des planenden Finanzbauamtes konnte in Landau selbst nicht durchgeführt werden, weil ein geeignetes Gelände noch nicht vorhanden war. Der Bau



Auch ohne vorherige Probe klappte der Bau der Bailey-Brücke beim OV Landau bestens.

entstand deshalb im benachbarten Bad Bergzabern im Jahre 1974. Inzwischen haben sich die nach dieser Planung sowohl in Fertig- als auch in konventioneller Bauweise errichteten 27 Unterkuftgebäude im gesamten Bundesgebiet bestens bewährt. Der 28. Neubau konnte am 24. April 1977 nun in Landau eingeweiht werden.

Diesen „geschichtlichen“ Werdegang der THW-Musterplanung und zugleich die bei der Durchführung auftretenden Schwierigkeiten und Erfahrungen konnte ihr Initiator, Regierungsdirektor Ferdinand Ständer, den Gästen und Helfern des OV Landau aus „erster Hand“ schildern. Glückwünsche sowie Würdigungen der Leistung einzelner Helfer und der gesamten Helferschaft füllten den offiziellen Teil der Feierstunde aus. Der Schirmherr der Veranstaltung, Oberbürger-

meister Walter Morio, brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß er und die Stadt Landau sich unter Schutz und Schirm des THW sicherfühlen können.

Wie diese Sicherheit gewährleistet werden kann, demonstrierten anschließend die Helfer des OV Landau und ihre Kameraden der benachbarten Ortsverbände den interessierten Gästen. Zu den prominentesten unter ihnen zählten der Parlamentarische Staatssekretär Kurt Jung, die Landtagsabgeordnete Dr. Hans Blinn, Clemens Nagel und Herbert Waldenberger, Vertreter der befreundeten Organisationen sowie der THW-Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Siegfried Drogies. In einer eindrucksvollen Leistungsschau zeigte der OV Gernersheim Aufbau und Betrieb der TWA, der OV Bad Bergzabern das Heben schwerer Lasten mittels Derrick und Dreibock, der OV Speyer die Bergung von Verletzten aus einem Unfallfahrzeug und der OV Neustadt schließlich die Sauerstofflanze. Der OV Landau hatte sich zusätzlich zu seinen ohnehin umfangreichen Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung den Bau einer Bailey-Brücke über die unmittelbar an der Unterkunft vorbeifließende Queich als Aufgabe gestellt. Obwohl das erste Mal, und, weil das Gerät nicht rechtzeitig zur Verfügung stand, ohne vorherige Probe gebaut, traf beim Vorschieben der Vorbauschnebel genau auf die jenseitigen Rollenslager.

Ein Kameradschaftsabend beschloß den ereignisreichen Samstag, der ebenso wie der „Tag der offenen Tür“ am Sonntag vielen Landauer Bürgern Gelegenheit gegeben hat, sich über „ihr“ THW zu informieren und mit ihm die Einweihung seiner Unterkunft zu feiern. C. B.

Zusammenarbeit mit den Stadtwerken

Durch die Ausrüstung mit neuen Fahrzeugen und die Verbesserung der Geräteausstattung ist in den I-Zügen ein bemerkenswerter Aufschwung hinsichtlich Einsatzbereitschaft und Interesse an intensiver Ausbildung festzustellen. Sicherlich haben auch die in letzter Zeit erheblich an Zahl und Ausmaß angestiege-

nen Katastrophen wie Erdbeben, Flugzeugunglücke usw. den Blick der Helfer verstärkt auf die Aufgaben im Katastrophenschutz gelenkt. So prüfte der LV Rheinland-Pfalz, ob seine I-Züge wirklich ihre Aufgaben jederzeit wahrnehmen können. Dabei zeigte sich verschiedentlich, daß der vorwiegend in der Theorie erreichte gute Ausbildungsstand der Helfer praxisbezogen erweitert werden sollte.

Installation, Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der Versorgungsanlagen und -leitungen liegen in der Hand der jeweiligen Versorgungsbetriebe, in größeren Städten in der Regel zusammengefaßt bei den Stadtwerken. Die praxisbezogene Ausbildung ist nur durch intensive Zusammenarbeit mit diesen möglich.

Da sie für friedensmäßigen Betrieb ihrer Anlagen über ausreichendes Personal verfügen, haben die I-Züge des THW selten Gelegenheit, sich für ihre Aufgaben im Katastrophenfall vor Ort vorzubereiten.

Zur Erörterung dieser Probleme und der Möglichkeiten, wie sie zu lösen sind, diente eine Besprechung, die eine Gruppe von THW-Angehörigen, bestehend aus dem LB und seinen Mitarbeitern sowie Führungspersonal aus den I-Zügen von Mainz und den benachbarten Ortsverbänden, mit dem Technischen Direktor der Stadtwerke in Mainz hatte.

Zuvor war Gelegenheit, die verschiedensten Einrichtungen der Stadtwerke zu besichtigen. Auf dem Programm standen die elektronische Verkaufsabrechnung, die Prüfstelle für Stromzähler, die Fernsteuerwarte, die Hafensbetriebe, die Gasstation für Ferngas, ein Wasserwerk und Garagen sowie Werkstätten der Verkehrsbetriebe.

Noch unter dem Eindruck der Vielseitigkeit und technischen Vollkommenheit dieser Anlagen wollten die THW-Männer vom Technischen Direktor der Stadtwerke konkret wissen, ob das THW bei Katastrophen gebraucht würde. Das wurde bejaht, vorausgesetzt, daß man sich vom Wissen und Können der Helfer überzeugt hat und die Helfer in die Belange der Stadtwerke aufgabenbezogen eingewiesen werden.

Zum ersten Punkt bietet sich eine für Mitte Juli geplante Großübung

mehrerer Ortsverbände aus den GF-Bereichen Mainz und Ludwigshafen an, in der Einheiten unterschiedlicher Fachdienste und aus verschiedenen Ortsverbänden die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des THW vorführen sollen. Zum zweiten sagte der Technische Direktor zu, die Angehörigen der Instandsetzungszüge in praktischen Kursen in den Stadtwerken gezielt auszubilden, um sie mit möglichen Aufgaben in Katastrophenfällen vertraut zu machen und sie hinsichtlich moderner Materialien auf dem laufenden zu halten.

G. S.

Bräutigam „sägt“ den Hochzeitsweg frei

Der Gruppenführer im OV Pirmasens, Dieter Lang, trat in den Ehestand. Daß der Weg in die Ehe nicht ohne Hindernisse passiert werden konnte, dafür sorgten seine THW-Kameraden, die mit der Errichtung eines Hindernisses ihre kameradschaftliche Verbundenheit demonstrierten. Der Bräutigam aber griff zur Säge – und der Weg war frei. Seine Kameraden wünschen ihm, daß er etwaige Schwierigkeiten in der Ehe genauso gekonnt meistern wird.

W. L.



Der THW-Hochzeiter wußte Rat, als seine Kameraden den Weg mit einem Baumstamm „sperrten“ – er griff zur Säge.

BADEN~WÜRTTEMBERG



OV Mühlacker beugte vor

Anfang Februar stieg der Pegel der Enz durch starke Niederschläge rasch an. Der OB für Mühlacker, Karl Friederich, wurde am 8. Februar um 17.30 Uhr davon verständigt, daß ein durch die Regenfälle abgeschwemmter Weidenbaum sich vor einen Holzsteg gelegt hatte, den Steg zu zerstören drohte und die Enz an dieser Stelle aufstaute.



Mit Motorsäge und Greifzug räumten Helfer des OV Mühlacker den schweren Baumstamm aus der Enz.

Der OB benachrichtigte den Führer des Bergungszuges, Keppler. Um 18 Uhr trafen vier Helfer am Einsatzort ein und räumten unter großer Mühe den schweren Stamm aus dem Bachbett, indem sie den Stamm mit der Motorsäge zerteilten und die Abschnitte mit Hilfe eines Greifzuges aus dem Taleinschnitt zogen. Gegen 20.30 Uhr war die Gefahr gebannt. Das Gelände des Steges, der übrigens vor vielen Jahren vom THW gebaut worden war, um der Bevölkerung ein Naherholungsgebiet zu erschließen, wurde noch instandgesetzt.

Während die Helfer noch an der Enz arbeiteten, waren die übrigen THW-Mitglieder zum normalen Ausbildungsabend eingetroffen, so daß der OV sehr schnell auf eine weitere Alarmierung reagieren konnte. Bürgermeister Dumitsch bat den OV, den Computer-Raum einer Firma für Fernsehtechnik mit Sandsäcken gegen das Eindringen von Wasser zu schützen. Diese Alarmierung erfolgte gegen 20 Uhr; um 22 Uhr war die Anlage durch 120 eingebaute Sandsäcke geschützt.

Da der OV stets zwei Sandsackfüllgeräte einsatzbereit hält, konnte die erste Einsatzgruppe in kürzester Zeit mit den ersten 60 Sandsäcken an den Einsatzort eilen. Während diese Gruppe die Sandsäcke einbaute, füllte eine zweite Gruppe die weiteren Sandsäcke, um mit dieser zweiten „Lieferung“ dann den Kameraden von der ersten Gruppe zu Hilfe zu eilen.

KS

Landtagsvizepräsident erhielt das THW-Helferzeichen in Gold

Anlässlich der Jahresabschlußfeier des THW-OV Mühlacker konnte dem Landtagsvizepräsidenten Forstdirektor Hans Albrecht das THW-Helferzeichen in Gold überreicht werden.

Albrecht erklärte in seinen Dankesworten, er werte es als ein gutes Omen, wenn ihm hier in Mühlacker diese Auszeichnung überreicht werde, denn hier seien zwei Hilfsorganisationen – Feuerwehr und Technisches Hilfswerk – unter einem städti-

schen Dach untergebracht. Er werde sich auch weiterhin für die Belange des THW einsetzen, das er durch gemeinsame Aktionen von Forstverwaltung und THW schätzen gelernt habe.

H. N.

Stets hilfsbereit

Die OV Biberach/Riß und Riedlingen haben sich im Laufe der Jahre einen guten Namen bei der Bevölkerung im Landkreis Biberach geschaffen. Gilt es schwierige Arbeiten durchzuführen, so wendet man sich an einen der beiden Ortsverbände des THW.

So baute der OV Riedlingen nunmehr zum zweiten Male in vier Jahren das Storchennest in Ertingen auf ein anderes Dach. Jedesmal war der frühere Neststandort der Spitzhacke zum Opfer gefallen.

Wenn man von der Vogelwarte Radolfzell erfährt, daß von den sieben Storchennestpaaren in Baden-Württemberg alle ihre Sommerheimat im Bereich der oberen Donau haben, versteht man, warum man sich im Landkreis Biberach so sehr um die Störche bemüht.

Der OV Biberach baute vor kurzem eine 180 Jahre alte Eiche aus einer engen Ortslage ab. Die alte Eiche, deren Stamm schon im unteren Bereich hohl war, bedrohte die nahe des Baumes geführte Starkstromleitung und ein Wohnhaus. Nachdem in mühsamer Arbeit der 36 m hohe und 1,45 m starke Stamm präzise in die vorgesehene Fallgasse gelegt worden war, zeigte sich, daß der untere Stamm nur noch einen äußeren

festen Rand von ca. 6 cm aus gesunden Holz hatte, der die ganze Last der Baumkrone tragen mußte.

K. S.

THW-Wanderpokal bleibt in Backnang

Sechs Gruppen standen in Schorndorf im Wettstreit um den vom THW-Kreisbeauftragten Ing. Wildermuth gestifteten THW-Wanderpokal. Dieser Wettkampf wurde nunmehr zum zweitenmal ausgetragen. Ausrichter war der OV Schorndorf, der die praxisbezogenen Aufgaben ausgearbeitet hatte, während Führungsfragen und allgemeine Fragen vom Kreisbeauftragten zusammengestellt wurden. Insgesamt nahmen sechs Gruppen teil, von jeder Zugeinheit die beste Gruppe, die vorher durch eine interne Ausscheidung ermittelt worden war – und der Pokalverteidiger. Die Prüfung setzte voraus, daß rund 80 % der Kenntnisse der THW-Grundausbildung beherrscht wurden: Leinendarbeiten, Holzbearbeitung, Abspießungsarbeiten, Behelfsmeßverfahren, Bewegen von Lasten, Bedienung der Beleuchtungsgeräte, Hebezeuge u. a. m.

Daneben wurden die Helfer noch in der Ersten Hilfe, im Sprechfunk, im Atemschutz und im Brennschneiden geprüft. Unterführer mußten ihr Wissen in Kartenkunde, im Meldewesen und in der Befehlsgebung unter Beweis stellen, ebenso in den Führungsgrundlagen und -grundsätzen, in der Kenntnis der Führungszeichen und der taktischen Zeichen. Die Fahrer wurden im Kraftfahrzeugwesen, in den Führungszeichen und im Fahren der ihnen anvertrauten Fahrzeuge auf Herz und Nieren geprüft. Das mehr als reichhaltige Prüfungsprogramm erforderte eine große Anzahl von Prüfern: 12 Prüfer aus Ludwigsburg, Leonberg, Aalen, Böblingen, Stuttgart, von der Landesschule für den Katastrophenschutz Nellingen sowie DRK-Ausbilder aus Schorndorf waren anwesend. Die Wettkampfgruppen bestanden jeweils aus 10 Helfern: einem Gruppenführer, zwei Truppführern, einem Kraftfahrer und sechs Helfern. Es wurde in einer sehr kameradschaftlichen Atmosphäre um Punkte gerungen. Als Zuschauer waren auch Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Schorndorf und des DRK zugegen. Nach siebenstündigem Wettkampf waren alle Beteiligten froh, als endlich das Wettkampfergebnis durch Oberschiedsrichter

Schulz, Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Schorndorf, bekanntgegeben wurde: 1. Sieger und Pokalgewinner war der Pokalverteidiger, die 1. Gruppe im 1. Bergungszug Backnang.

Den 2. Platz errang die 1. Gruppe im 2. Bergungszug Schorndorf.

3. Platz: Bergungsgruppe Org. Schorndorf.

4. Platz: E-Gruppe im Instandsetzungszug Backnang.

5. Platz: 2. Gruppe im 1. Bergungszug Backnang.

6. Platz: 3. Gruppe im 3. Bergungszug Backnang.

Allen Gruppen wurde vom Kreisbeauftragten die Urkunde ausgehändigt, die Siegermannschaft erhielt von H. Schulz, in Vertretung des Oberbürgermeisters der Stadt Schorndorf, den Ehrenpreis, einen kostbaren Zinnteller mit einer Darstellung der Stadt Schorndorf.

Der Vertreter des Landesbeauftragten, HSGL Meyer beim LB VIII, dankte allen Helfern dafür, daß sie die Mühen, die ein solcher siebenstündiger Wettkampf erfordert, auf sich genommen hatten. Er betonte, daß mit diesem Pokalkampf ein neuer Weg beschritten wurde, er hoffe, daß viele Verbände diese Idee aufgreifen. Die Helfer hätten bei diesem schweren Wettkampf gute Leistungen vollbracht, auch die Schwächen des einzelnen hätten sich gezeigt. Abschließend dankte der Kreisbeauftragte allen beteiligten Helfern, die bereits früh am Morgen den Parcours aufgebaut hatten, vor allem dem stv. OB des OV Schorndorf, E. Bühler. Herzlicher Dank galt auch dem THW-Verpflegungstrupp aus Backnang. Chefkoch Fritscher mit seinem Stellvertreter Diemter hatte für ein Mittagmahl gesorgt, welches die Lebensgeister wachhielt. W. W.

Behinderte beim OV Schwäbisch Gmünd

Seit Jahren besteht in Schwäbisch Gmünd eine Gemeinschaft der Körperbehinderten und Rollstuhlfahrer, die sich unter der Betreuung des DRK monatlich im DRK-Haus zu einem zwanglosen Beisammensein treffen.

Karl Müller, Helfersprecher des OV Gmünd, machte den Vorschlag, den Alltag dieser Menschen einmal anders zu gestalten und die Zusammenkunft in das Katastrophenschutzzentrum zu verlegen. Der Vorschlag wurde von den Behinderten gern angenommen. An einem Samstagnachmittag

traf man sich bei Kaffee und Kuchen, von den Frauen der aktiven Helfer serviert. Die Einsatzwagen des THW wurden auf dem Platz ausgestellt, an jedem Wagen standen Helfer, die den Gästen Erklärungen gaben.

Anschließend wurden die Filme „Schutzbündnis“ und „Brücken für Tunesien“ gezeigt.

Die Sprecherin der Rollstuhlfahrer bedankte sich im Namen aller. Die Gäste waren überrascht von der vielseitigen Arbeit im Katastrophenschutz und besonders von der Gastfreundschaft der THW-Helfer. K. D.



Zu Gast beim OV Schwäbisch Gmünd: die Gemeinschaft der Körperbehinderten und Rollstuhlfahrer.

Fünf Verletzte eingeklemmt

Auf der Kreisstraße 41 bei Oberviechtach stießen in einer leichten Kurve zwei PKW frontal zusammen. Die Insassen, in einem Auto ein Mann und ein Mädchen, im anderen zwei Männer und ein Mädchen, wurden dabei schwer verletzt und in den Autowracks eingeklemmt. Die durch Funkwecker alarmierten THW-Helfer aus Oberviechtach waren schon nach wenigen Minuten zur Stelle und bargen die Unfallopfer mit Hilfe von Rettungsscheren. Die vom THW ausgeleuchtete Unfallstelle wurde von der Polizei abgesichert. Die fünf Insassen wurden, je nach Schwere ihrer Verletzungen, mit BRK-Rettungswagen in die Krankenhäuser Oberviechtach, Weiden und in die Universitätsklinik Erlangen gebracht, wo eines der Unfallopfer starb.

Regierungspräsident zu Besuch beim THW

Raimund Eberle, Regierungspräsident von Oberbayern, informierte sich beim THW-Landesverband Bayern über einen neu konzipierten Betriebszug für die Einsatzleitung, der bei Katastrophen und größeren Einsätzen Verwendung finden soll. Unser Bild zeigt Eberle (Mitte), mit dem Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Schwarz und Sachgebietsleiter Walter Mayr. J. S.



Fünf Arbeiter bei Erdbeben getötet

Bei einem Erdbeben in einem Steinbruch in Mönsheim haben fünf Arbeiter den Tod gefunden. Die Männer hatten sich unter einem „Winterdach“ aus Wellblech aufgehalten, das sich unterhalb einer 30 m hohen Hangkante befand. Plötzlich gerieten die durch Tauwetter und starke Regenfälle aufgeweichten Erdmassen über ihnen in Bewegung und verschütteten die Arbeiter.

Ein sechster Mann konnte sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Nach Eintritt der Katastrophe begannen Kollegen sofort nach den Verunglückten zu graben. Sie wurden dabei später von THW-Helfern der Ortsverbände Gunzenhausen, Eichstätt und Ingolstadt unterstützt. Der Eichstätter Landrat Konrad Regler leitete die Bergungsarbeiten.

Obwohl die THW-Helfer in großer Eile mit schweren Steinbruchmaschinen die Gesteinsbrocken und Geröllmassen abtrugen, konnten die unglücklichen Opfer nur tot geborgen werden. Ri

THW unterstützt die Landespolizei

Wegen Brückenbauarbeiten mußte die Autobahn München-Würzburg zwischen den Anschlußstellen Behringersdorf und Nürnberg-Nord in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar für den gesamten Verkehr gesperrt werden.



Taghell leuchtete das THW die Autobahnausfahrt aus.

Um den Autofahrern die Orientierung zu erleichtern, beleuchteten die THW-Ortsverbände Lauf und Amberg mit Hilfe der Polyma-Lichtgiraffe die Autobahnausfahrt. K.-H. M.

Brückenschlag und Stegebau in Rekordzeit

Den hohen Stand seiner Leistungsfähigkeit stellte der OV Ingolstadt in einer zweitägigen Übung unter Beweis.

Trotz lähmender Hitze errichteten die 100 Helfer im dichten Buschwerk der Donauauen ein komplettes Waldlager mit sämtlichen Einrichtungen wie Feldtelefon, Wasserversorgung und Sanitäranlagen. Unter einsatzmäßigen Bedingungen entstand das Lager in einem Bruchteil der von den Führungskräften veranschlagten Zeit. Teile der Bergungszüge waren

währenddessen bereits mit dem Bau mehrerer Stege und Hängestege beschäftigt. Auch hier verliefen die Arbeiten zur vollen Zufriedenheit der Ausbilder und des OB.

Von langer Hand war die zweitägige Übung vorbereitet worden. Und dennoch ergaben sich an Ort und Stelle ungeahnte Schwierigkeiten; während die Errichtung des Waldlagers auf der Südseite der Donau relativ reibungslos bewältigt wurde, stieß man beim Stegebau anfangs auf Probleme. Bedingt durch die lange Trockenperiode war der Wasserspiegel der Paar, eines Zuflusses der Donau, innerhalb weniger Tage um annähernd einen Meter gesunken, was die Wochen zuvor durchgeführten Berechnungen und statischen Überlegungen total zunichte machte.

Wie schon so oft, kam den Helfern und Unterführern jetzt ihre Routine, die gründliche und umfassende Ausbildung und nicht zuletzt auch die Fähigkeit zum Improvisieren zu Hilfe. Letztlich konnten so noch sämtliche Aufgaben in einem Bruchteil der angesetzten Zeit durchgeführt werden.

Die Paar wurde mit Hilfe eines Steges aus Leichtmetallteilen (LH-Gerät) überwunden, ein anderer Zug schlug einen Bohlensteg über ein Sumpfgelände, schließlich kam auch eine dritte Helferguppe schnell ans Ziel, über einen Altwasserarm der Donau einen an zwei Drahtseilen befestigten Hängesteg zu errichten.

Inzwischen ging die Arbeit im nahen Waldlager ihrer Vollendung entgegen. Ein Führungs- und ein Aufenthaltszelt wurden aufgebaut, Fernspretleitungen vom Lager zu den Brückenköpfen verlegt und eine Wasserversorgung mit eigener Waschanlage installiert. Die Elektro-Gruppe sorgte für Strom und Licht. In der Feldküche wurde das Essen zubereitet.

Stunden vor der geplanten Fertigstellung sämtlicher Aufgaben konnte OB Karl Bichmaier – dank des Einsatzes seiner Helfer, Unterführer und Gruppenführer – die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben registrieren.

Nach einem gemütlichen Lagerabend und der Übernachtung in den Zelten des nahegelegenen Pionierübungsplatzes der Bundeswehr wurde das Lager am Sonntag in einer Blitzaktion wieder abgebaut. R. D. K.

Der Warndienst beantwortet Fragen

In dieser Ausgabe setzen wir die Beantwortung von Fragen fort, die Besucher der Warnämter häufig an den Warndienst stellen.

Hier eine weitere Fragestellung und ihre Beantwortung: „Ist eine rechtzeitige Alarmierung bei einem Einsatz von Raketen möglich, und was veranlaßt der Warndienst in einem solchen Falle?“

Um diese Frage beantworten zu können, ist von zwei unterschiedlichen Voraussetzungen auszugehen:

a) Überraschender Einsatz von Raketen, solange der Warndienst noch keine Alarmierung ausgelöst hat,

b) Einsatz von Raketen bei bereits bestehendem Luft- oder ABC-Alarm. Im Falle a) wird für das erstbetroffene Gebiet in der Bundesrepublik eine rechtzeitige Alarmierung nicht mehr möglich sein. Ein solcher Angriff veranlaßt den Warndienst jedoch zu einer sofortigen großräumigen Auslösung von Luftalarm. Damit werden weitere Raketenangriffe auf andere Gebiete die Bevölkerung dort nicht mehr unvorbereitet treffen.

Im Falle b) ist davon auszugehen, daß die Bevölkerung aufgrund der vorangegangenen Alarmierung bereits den an Ort und Stelle möglichen Schutz gesucht hat.

25jähriges Dienstjubiläum

Der in Niederschlesien geborene Erich Kaiser konnte auf eine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurückblicken. 1941 eingezogen, war Kaiser bis zur Kapitulation 1945 an verschiedenen Fronten eingesetzt. Nach kurzer Gefangenschaft wurde Herne seine neue Heimatstadt. Dort arbeitete er von Ende 1945 bis 1965 im Untertagebau auf der Zeche „Friedrich der Große“. Gleichzeitig war er in den Jahren 1955 bis 1965 Ausbildungsleiter des THW Herne für den Bereich des Bergungsdienstes.

Aus gesundheitlichen Gründen war Erich Kaiser gezwungen, seinen Beruf zu wechseln und trat am 1. September 1965 als Verwaltungsangestellter in den Dienst des WA IV. Im Auftrage des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, überreichte der Leiter des WA IV, Hans Behninger, am 20. April 1977 dem Jubilar die Dankesurkunde der Bundesrepublik Deutschland für die geleisteten Dienste.

Heinrich Hassink im Ruhestand

Aus gesundheitlichen Gründen mußte der beim Warnamt II mit dem Sachgebiet 4, Fernmeldewesen und Alarmdienst, betraute Einsatzleiter Heinrich Hassink vorzeitig aus dem Dienst scheidet. Er gehörte dem Warndienst fast zehn Jahre an und wirkte sowohl im Bezirkspersonalrat des BZS wie auch als Vorsitzender des örtlichen Personalrates beim Warnamt in Bassum.

Anläßlich seiner Verabschiedung Ende Februar wurden ihm Erinnerungsgeschenke vom Einsatzleiter, Warndienst-Verbindungsführer und



von den Mitarbeitern des Warnamtes II überreicht. Die Mitarbeiter des Warnamtes II und seine Kollegen der anderen Dienststellen wünschen ihm noch viele ruhige Jahre in seiner Heimatstadt Oldenburg.

Warndienst des Großherzogtums Luxemburg besucht Warnamt VII

Am 16. Mai weilte eine Abordnung des Warndienstes des Großherzogtums Luxemburg mit seinem Leiter Jean Kirch an der Spitze sowie hauptamtlichen Kräften und Helfern im Warnamt VII/Weinsheim.

Damit wurde der seit Jahren bestehende Kontakt zwischen dem Warnamt VII als zuständigem Warnamt der Bundesrepublik für den Austausch von Nachrichten mit dem Warndienst des benachbarten Großherzogtums Luxemburg fortgesetzt. Zur Begrüßung der Gäste und zur Besprechung anstehender Fragen waren der Abteilungsleiter WD, Ltd. Bau-Dir. Dr. Maske, und der für fernmeldetechnische Fragen zuständige Referent der Abteilung WD, WOR Dipl.-Ing. Sendhoff vom BZS, zum Warnamt gekommen.

An Fachfragen wurde insbesondere die Verkehrsabwicklung auf den internationalen Fernmeldeverbindungen besprochen sowie Fragen, die sich bei der Erarbeitung und dem Abfassen von Formmeldungen ergeben. Außerdem wurde die Problematik



der Gestellung von Verbindungskräften aufgezeigt und hierbei die beiderseitigen Bemühungen zur Lösung dieses Problems erörtert. Weiterer Gegenstand der Besprechung war die Ausgangslage zur internationalen Warndienstübung „INTEX 77“, die Anfang Oktober 1977 stattfindet.

Bei einer Besichtigung des Warnbunkers wurden den Gästen technische Weiterentwicklungen vorgestellt, so auch das WD-Meßstellensystem. Darüber hinaus wurden weiterentwickelte Arbeitsverfahren und Hilfsge-

räte zur schnelleren Darstellung der ABC-Lage vorgeführt.

Wie bei guten Bekannten nicht anders zu erwarten, wurde in allen anstehenden Fragen volle Übereinstimmung erzielt. Auch waren sich beide Seiten einig, daß wie bisher durch regelmäßige persönliche Kontakte der Führungskräfte beider Warndienste die Zusammenarbeit gefördert werden soll. Ein Besuch der hauptamtlichen Kräfte des Warnamtes VII in Luxemburg wurde für das kommende Jahr in Aussicht gestellt.

5. Den Empfängern von Warnungen und Alarmierungsaufforderungen wird die Farbe Gelb zugeordnet.

Aufgrund dieser farblichen Unterschiede können die einzelnen Ebenen einprägsam dargestellt werden.

Bildliche Darstellungen, wie sie im Funktionsschema enthalten sind, mildern dann die „einschläfernde Wirkung“ des geschriebenen Wortes und haben die Aufmerksamkeit des Zuhörers; er wird also besser „motiviert“.

Soll dieses Thema als Wiederholungsunterricht gebracht werden, so wird der ohnehin knappen Vorbereitungszeit Rechnung getragen, indem eine Gruppe eine Hafttafel und die Ausbildungsteilziele ausgehändigt bekommt. In Gruppenarbeit kann das Funktionsschema nun „spielend“ zusammengestellt werden.

Der Lernerfolg kann – durch Mitwirkung der Lehrgangsteilnehmer – wesentlich gesteigert werden. Nicht zuletzt läßt der Gebrauch der Hafttafel dem Unterrichtenden erheblichen Spielraum für die eigene methodische Gliederung der Ausbildungsstunde.

Mit der Hafttafel können verschiedene Wege des Aufbaus der Stunde bestritten werden, die alle zum gleichen Ausbildungsziel führen.

Zuletzt sei bemerkt, daß jeder Unterrichtende die vertraute Hafttafel in Form eines einfachen Flanelltuches schätzen lernt, wenn sie ihn als leichtes Gepäck zu Ausbildungsveranstaltungen begleitet, die außerhalb der heimischen Unterrichtsräume stattfinden. So leicht dürfte das Gepäck mit einer Magnettafel nicht werden.

Wie bereits angesprochen, eignet sich die Hafttafel aber auch zur Durchführung von Planungsaufgaben.

Die Netzplantechnik hat sich für die Aufstellung der verschiedensten Planungen bewährt. Demzufolge hat sich auch der Verfasser dieses Instruments bedient und Kämpfe mit Papier, Bleistift und Radiergummi geführt, bis eine Planung endgültig „stand“.

Wie einfach wurde jedoch die Bewältigung dieser Aufgabe nach Benutzung der Hafttafel. Planungsschritte konnten schnell umgeordnet werden.

So sind auch auf dem Planungssektor der Phantasie der Flanelltuch-Freunde keine Grenzen gesetzt.

H. N.

Die Hafttafel, ein Museumsstück?

In diesem Artikel soll ein schon recht altes Hilfsmittel für den Unterricht „wiederbelebt“ werden.

Die Hafttafel, auch Flanelltafel genannt, führt nach Ansicht des Verfassers einen unverdienten Dornröschenschlaf.

War sie ursprünglich nur für den Unterricht gedacht, so kann ihre Verwendung auf moderne Planungsmethoden erweitert werden.

Anhänger der „Magnettafel“ werden anführen, daß diese Aufgaben mit diesem Hilfsmittel eleganter (?) erfüllbar sind. Dieses Argument soll hier wenigstens teilweise entkräftet werden.

Was ist zum Arbeiten mit der Hafttafel erforderlich?

1. ein **Flanelltuch**, das auf einer Platte befestigt ist oder frei über einen festen Untergrund gehängt wird;
2. **Hafttafel-Papier** in verschiedenen Farben (z. B. Alphetex-Papier, das in sechs verschiedenen Farben geliefert wird);
3. etwas **Phantasie** und Freude an der Erteilung von Unterricht und Durchführung von Planungen.

Wo kann die Hafttafel Verwendung finden? Zuerst in ihrem ursprünglichen Gebiet, im Unterricht. Hier bieten sich besonders die allseits gefürchteten „trockenen“ Themen an.

Besteht doch bei vielen Unterrichtenden die Auffassung, daß das Notieren auf der Wandtafel einfach sei. Dieser Meinung soll entschieden widersprochen werden. Wird doch beim Anschreiben während des Unterrichts der so wichtige Sichtkontakt zum Zuhörer zu oft unterbrochen. Bei der Verwendung einer Hafttafel können Ausbildungsteilziele oder Kernsätze augenfällig gegliedert auf der Tafel angeordnet werden.

Diese Anordnung sei an einem Beispiel kurz erläutert.

Das Thema lautet: „Aufgaben und Organisation des Warndienstes“.

Das bekannte „Funktionsschema des Warndienstes“ stellt in anschaulicher Form alle wesentlichen Teilziele dieses Unterrichtsthemas dar. Sie müssen nur noch umgesetzt werden in einen Unterricht mit der Hafttafel.

Das kann wie folgt geschehen:

1. Für die Überschrift wird weißes Haftpapier verwendet.
2. Alle Informationseinrichtungen (WD-Verbindungsstelle, WD-Leitmeßstellen, WD-Meßstellen und Einrichtungen des Katastrophenschutzes) erhalten die blaue Grundfarbe.
3. Für das Warnamt wird die Farbe Orange verwendet.
4. Mit dem Warnamt zusammenarbeitende Dienststellen wie der Deutsche Wetterdienst, Nachbarwarnämter, Landesregierungen usw. werden auf braunem Papier dargestellt.

Delegiertenversammlung des DFV in Hamm

Brandschutzwoche 1977 und Interschutz 1980 auf dem Programm

Paul Augustin als Vizepräsident im Amt bestätigt

Die satzungsmäßig alle zwei Jahre stattfindende Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes fand am 14. Mai in Hamm (Westfalen) statt. Anlaß für die Durchführung in Hamm war das 100jährige Bestehen der dortigen Feuerwehr. In Verbindung mit dem Delegiertentag wurden auch verschiedene Ausschußtagungen durchgeführt. So tagte der Deutsche Feuerwehrausschuß, ferner die Ausschüsse „Katastrophenschutz“, „Ausbildung“ und „Sozialarbeit“ sowie der Deutsche Jugendfeuerwehr-Ausschuß. In den einzelnen Ausschüssen wurden aktuelle Themen beraten, die teilweise einer noch weiteren Verhandlung bedürfen. Die Beratungsergebnisse unterstrichen die Bedeutung der Existenz der einzelnen Fachausschüsse. Bei der Delegiertenversammlung des DFV waren von den 112 möglichen Stimmen insgesamt 103 vertreten, wobei teilweise von der Möglichkeit der Stimmenhäufung durch die Mitgliedsverbände Gebrauch gemacht wurde. Stimmberechtigte Mitglieder sind satzungsmäßig die Verbände der elf Bundesländer sowie die Berufsgruppen „Berufsfeuerwehr“ und „Werkfeuerwehr“, die Deutsche Jugendfeuerwehr, das DFV-Präsidium und die Ehrenmitglieder. Im einzelnen waren folgende Stimmen vertreten:

Aufgrund der vorhandenen Stimmen war die Delegiertenversammlung beschlußfähig. Präsident Albert Bürger konnte neben den Delegierten auch zahlreiche Gäste begrüßen, namentlich u. a. den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft „Feuerwehrangelegenheiten“ im AK V, Ltd. MinR Kayer (Wiesbaden); MinDirig Knop und MinR Schürmann (beide vom Innenministerium NRW); die MinR Thomas (Innenministerium Niedersachsen) und Schäfer (Innenministerium Baden-Württemberg); die Schuldirektoren Moll (Münster) und Bartels (Celle) sowie BD Rempe (LFS Münster); als Vertreter der Berufsfeuerwehren/AGBF Dr. Dr. Bach (Duisburg) und als Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Herrn Körner (Düsseldorf). Des weiteren konnte der Präsident die beiden Referenten des Tages, RegDir Eisel (Bundesministerium des Innern, Bonn) und BD Prendtke (Stuttgart) begrüßen.

Laut Satzung des DFV ist für die Delegiertenversammlung ein Versammlungsleiter zu wählen. Hierfür wurde einstimmig der Landesverbandsvorsitzende NRW, Willi Real, gewählt.

Unter seiner Führung wickelte sich die Tagesordnung zügig ab.

Nach Vortrag des Kassenprüfberichtes für das Haushaltsjahr 1975 wurde Schatzmeister Albert Rau (Rottweil)

sowie dem Präsidium einstimmig Entlastung erteilt. Dem Schatzmeister wurde im Prüfbericht eine einwandfreie und übersichtliche Kassenführung bescheinigt.



Nach der Neuwahl eines Vizepräsidenten auf dem letzten Delegiertentag in Hamm stellten sich der Präsident und seine Vizepräsidenten zu einem Erinnerungsfoto. Unser Bild zeigt v. l. n. r.: Vizepräsident Karl Wiedemann (Dinkelscherben/Bayern), Präsident Albert Bürger (Rottweil/Baden-Württemberg), Vizepräsident Dr. Hans Mingenbach (Marl/NRW), Vizepräsident Kurt-Werner Seidel (Berlin), Vizepräsident Paul Augustin (Kiel/Schleswig-Holstein).

Beraten und beschlossen wurde der Doppelhaushalt für die Jahre 1978/79. Nach den Vorberatungen im DFV-Ausschuß gab es in der Delegiertenversammlung gegen die Haushaltsansätze keine Einwände, so daß dieser einstimmig genehmigt wurde. Als neue Kassenprüfer wählte die Versammlung die Kameraden Bühler (Merzig), Frenzel (Unna) und Rabeler (Bendestorf). Da die Wahlzeit des bisherigen Vizepräsidenten, Landesbrandmeister Paul Augustin (Kiel) abgelaufen war, wurde eine Neuwahl notwendig. Neben P. Augustin war als weiterer Kandidat Kreisbrandmeister Hubert Hennes (Alsdorf) benannt worden, der auch schon seit Jahren dem DFV-Präsidium angehört. Nach geheimer Wahl ergab sich folgendes Wahlergebnis:

52 Stimmen für P. Augustin
51 Stimmen für H. Hennes

103 abgegebene Stimmen

Damit ist Paul Augustin mit einer Stimme Mehrheit für weitere sechs Jahre in seinem Amt als Vizepräsident bestätigt worden.

Mitglied	Delegierte		Stimmenhäufung bei „Ist“
	Soll	Ist	
Präsidium	13	12	—
Ehrenmitglieder	6	2	1
Baden-Württemberg	16	16	4
Bayern	11	10	7
Berlin	1	1	—
Bremen	1	—	—
Hamburg	1	1	—
Hessen	12	12	6
Niedersachsen	17	16	—
Nordrhein-Westfalen	12	12	—
Rheinland-Pfalz	2	2	—
Saarland	2	2	—
Schleswig-Holstein	7	7	4
Deutsche Jugendfeuerwehr	9	8	—
Berufsfeuerwehr	1	1	—
Werkfeuerwehr	1	1	—
Summe:	112	103	22

Auf Antrag des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg beschloß die Versammlung, den nächstjährigen außerordentlichen Delegiertentag des DFV in der Zeit vom 8. bis 11. 6. 1978 in Böblingen durchzuführen. Verbunden sein wird damit eine Feierstunde aus Anlaß des 125jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes, der am 18. Juli 1853 in Plochingen gegründet wurde. Dieser außerordentliche Delegiertentag wird notwendig, da 1978 die Wahlzeit des Präsidenten und eines Vizepräsidenten nach Satzung abläuft.

Im weiteren Verlauf der Delegiertenversammlung wies Präsident Bürger auf die diesjährige Brandschutzwoche hin, die unter dem Motto steht: „Die Feuerwehr hilft – Vorbeugen muß Du!“ und in der Zeit vom 15.–23. 10. 1977 bundesweit durchgeführt wird. Der Präsident rief die deutschen Feuerwehren auf, sich auch in diesem Jahr unter dem Thema des vorbeugenden Brandschutzes wieder so aktiv an der Aktion zu beteiligen wie bereits in den vergangenen Jahren. Gerade das diesjährige Thema sei für die Feuerwehren geeignet, die Bevölkerung, die Verwaltungen, Handwerker und Industriebetriebe aufklärend ansprechen zu können.

Ein weiterer Hinweis des Präsidenten galt dem in der Zeit vom 4. bis 12. Oktober 1980 in Hannover stattfindenden 25. Deutschen Feuerwehrtag. Diese etwa alle zehn Jahre stattfindende Manifestation der deutschen Feuerwehren ist verbunden mit der internationalen Brandschutzausstellung „Interschutz – Der Rote Hahn“, die auf dem hannoverschen Messegelände durchgeführt wird. Die Feuerwehren der Bundesrepublik werden schon jetzt darauf hingewiesen, eigene Veranstaltungen so abzustimmen, daß keine Terminüberschneidung mit Hannover stattfindet. Der Deutsche Feuerwehrverband hofft, daß diese Großveranstaltung mit ihrer Weltgeltung die Anziehungskraft und Beteiligung der Feuerwehren nicht verfehlen wird.

Ein weiterer bedeutender Teil dieser Delegiertenversammlung war eine mehrstündige Diskussion über das Thema: „Führungskonzeption der Feuerwehr“. Als Referenten sprachen Regierungsdirektor Eisel (Bundesministerium des Innern) und Branddirektor Prendtke (Stuttgart). Alle Fachleute waren sich am Schluß dieser Diskussion darüber einig, daß

es eine sehr nützliche und ergebnisreiche Fachaussprache war. Über das Ergebnis berichten wir an anderer Stelle dieses Heftes.

25. Deutscher Feuerwehrtag und Ausstellung „Interschutz – Der Rote Hahn“ in Hannover 1980 auf dem Messegelände

Zu den internationalen Messeplätzen, die mit bedeutenden Veranstaltungen für den Brandschutz und das Feuerwehrwesen verbunden sind, wird sich in drei Jahren Hannover gesellen. Auf dem dortigen Messegelände findet vom 4. bis 12. Oktober 1980 die Internationale Ausstellung „Interschutz – Der Rote Hahn“ statt. Die Fachaussstellung, die in einem Turnus von acht bis zehn Jahren in der Bundesrepublik durchgeführt wird, hat eine weitreichende Aussagekraft und ist weltweit der wichtigste Treffpunkt der Fachwelt.

Gleichzeitig mit der Internationalen Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz werden in Hannover die Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes – VFDB – und eine Tagung des Internationalen Komitees für vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz – CTIF – veranstaltet. Parallel dazu stehen der Deutsche Feuerwehrtag 1980 des Deutschen Feuerwehrverbandes auf dem Programm, der Landes-Feuerwehrtag Niedersachsen und die Feiern zum Jubiläum der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt Hannover, die 1980 auf 100 Jahre erfolgreichen Dienst zurückblicken kann.

Die Interschutz vereinigt einen industriellen und einen ideellen Teil. Sie führt ein internationales Angebot von Produkten aus allen Bereichen des Brand- und Katastrophenschutzes zusammen: spezielle Geräte, Fahrzeuge, Rettungsausrüstungen, Hebezeuge, besondere Bautechniken und Nachrichtentechnik. Daneben stellen sich zahlreiche Fachorganisationen und Verbände aus aller Welt vor und geben mit Sonderschauen Einblick in ihr Tätigkeitsgebiet.

Neuer Bundesfeuerwehrarzt

Der bisherige Bundesfeuerwehrarzt Dr. med. Böll (Kempten) hatte auf-

grund dienstlicher Überlastung um seinen Rücktritt gebeten.

Als neuer Bundesfeuerwehrarzt wurde Professor Dr. med. K. Bihler (Ingolstadt) durch Präsident Bürger bestellt. Der neue Bundesfeuerwehrarzt ist Chefarzt am Krankenhaus Ingolstadt und Lehrstuhlinhaber an der Saarländischen Universität. Prof. Bihler ist Anästhesist und war bisher schon Berater des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz in Fragen des ärztlichen Dienstes und außerdem engagierter Arzt in der Ausübung der Notarztfunktion bei der Feuerwehr Ingolstadt.

Dem bisherigen Bundesfeuerwehrarzt Dr. med. Böll galt der Dank des Präsidenten für die bisherige Tätigkeit im Deutschen Feuerwehrverband.

Bundesgerichtshof: Feuerwehr muß Schaden klein halten

Eine Gemeinde haftet für Schäden, die ihre Feuerwehr grob fahrlässig einem Dritten bei ihrem Einsatz zufügt. Sie haftet ohne Rücksicht darauf, ob der Geschädigte auf andere Weise Ersatz zu verlangen vermag. So entschied der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (Az.: VII ZR 223/72).

Dem Rechtsstreit zwischen der Stadt Wuppertal und einer Versicherungsgesellschaft war ein Unfall eines bei der Gesellschaft versicherten Öltankwagens vorausgegangen. Dieser war 1968 in Wuppertal-Elberfeld auf vereister Straße umgestürzt. Die Feuerwehr richtete das Fahrzeug mit einem Kranwagen wieder auf. Dabei lief ein größerer Teil des Tankinhalts (Heizöl) aus. Das Öl drang in das Erdreich ein. Dieses mußte später ausgehoben und abgefahren werden. Auch die Straßendecke mußte erneuert werden.

Die Versicherungsgesellschaft warf der Feuerwehr grobe Fahrlässigkeit vor, weil sie nicht vorher wenigstens 7000 Liter Öl abgepumpt hatte. Der Bundesgerichtshof: Die Feuerwehr handele bei ihrem Einsatz zwar in Erfüllung der ihr im allgemeinen Interesse zur Gefahrenabwehr auferlegten öffentlich rechtlichen Pflichten. Ziel und Zweck ihres Handelns sei aber auch die Hilfeleistung für bestimmte Dritte. Die Feuerwehr müsse den Schaden „möglichst gering“ halten.

Engagement in allen Bereichen des modernen Sozialservices

ASB-Bundesvorstand legt Geschäftsbericht für 1976 vor

Besonders deutlich wird in dem nun fertiggestellten Geschäftsbericht 1976 des Arbeiter-Samariter-Bundes das starke Engagement in allen Bereichen des modernen Sozialservices, besonders im Rettungswesen und in den ambulanten sozialen Diensten. Der Arbeiter-Samariter-Bund hat 1976 mit seinen Orts- und Landesverbänden zahlreiche neue Einrichtungen installiert, Modellversuche initiiert und vor allem tatkräftig geholfen.

Insbesondere mit der Neueinrichtung von 6 Fahrdienstzentren für Schwerbehinderte, sogenannte Behindertentaxis, beschritt der ASB einen neuen Weg, um Isolation zu mildern, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen und Integration zu fördern.

Überhaupt ist der ASB voll in der Umorganisation, nämlich von der traditionellen Hilfsorganisation, die ursprünglich ihren Schwerpunkt in den Sanitätsdiensten gesehen hat, hin zur Wohlfahrtsorganisation. Tatsächlich hat sich der ASB von seinen Entstehungsursachen her gesehen schon immer als eine Organisation verstanden, die ihre Hilfe besonders Unterprivilegierten anbietet.

Allerdings erfolgt seine Mitwirkung in den ambulanten sozialen Diensten nun allorts und auf breiter Grundlage.

Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit steht dabei die Situation der behinderten und älteren Menschen in unserer Gesellschaft und die Erweiterung seines Angebots differenzierter Hilfen zum Abbau und Ausgleich von Lebensdefiziten.

Die Ortsverbände des ASB sind 1976 erneut mit zahlreichen Aktionen an die Öffentlichkeit getreten, so mit der Einrichtung von Sozialstaffeln, Hausputz-, Wäsche- und Werkstattdiensten, Alterssport- und Gymnastikgruppen, besonderen Behindertenjugendgruppen. Die erste psychologische Beratungsstelle wurde in Pirmasens eröffnet. Im ambulanten sozialen Dienst „Essen auf Rädern“ werden in 17 Städten täglich 1579 Essensportionen ausgeliefert.

Neben dem oben erwähnten Taxi-

dienst für Schwerbehinderte, bei dem allein 1976 schon 17 829 Rollstuhlfahrer betreut wurden, steht der Fahrdienst für behinderte und bildungsschwache Kinder in Schulen, Werkstätten und Kindergärten bereit. Hier zeigt sich die Steigerung des ASB-Engagements ganz deutlich: 4,2 Mio. km fuhren die 138 Spezialbusse und betreuten 422 759 behinderte Kinder. Die sachkundige Betreuung der Kinder beginnt dabei schon an der Haustür oder im Treppenhaus und endet im Klassenzimmer der Schule oder in der Behindertenwerkstatt.

Neben dem starken Ausbau der ambulanten sozialen Dienste hat der ASB die notwendige Einrichtung und Unterhaltung von Alten- und Pflegeheimen und Krankenanstalten ebenfalls weiter forciert. In Bremen wurde eine Altenwohn- und Pflegeheim GmbH gegründet, die neben dem bereits in Betrieb genommenen Altenpflegeheim einen weiteren Neubau in Angriff nahm, der in der Endkonzeption 110 Pflegeplätze hat. Das Projekt gehört zu einem der drei in Bremen geplanten neuen Pflegeheime und wird vom Senator für Soziales entsprechend gefördert. In Pirmasens hat der ASB zu seinen bestehenden zwei Altenpflegeheimen ein neues Altenheim eingeweiht. In einem hauseigenen Hallenbad wurde mit dem Seniorenschwimmen begonnen. Insgesamt sind die 16 Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge nun ständig von 1289 Personen belegt.

Die Leistungen im traditionell starken ASB-Rettungswesen konnten weiter verbessert werden, nämlich um 13 % auf nun 324 942 Krankentransporte und Rettungseinsätze. Großen Wert legt der ASB dabei natürlich auf die qualifizierte Versorgung der Bevölkerung, in 49 Städten sind 67 Rettungs- und Notarztwagen im Einsatz. 261 hauptamtliche Rettungssanitäter sind hier eingesetzt. Allerdings gilt für den ASB: Ohne die Mitwirkung ehrenamtlicher Helfer wäre der Rettungsdienst in der bewährten Form gefährdet. Nicht umsonst stand die

9. Bundeskonferenz des ASB 1976 in Berlin unter dem Motto „Ehrenamtliches Engagement – eine Voraussetzung für den sozialen Staat“.

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Schmitt-Vockenhäuser, sagte dazu: „Der ehrenamtliche Dienst des Helfers ist für den Bestand des sozialen Staates unentbehrlich, wie sehr sich auch die Art des Dienstes wandeln mag. Ich möchte deshalb vor einer Perfektionierung einschlägiger Gesetze warnen.“

Für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben des ASB ist eine qualitativ gesicherte fachspezifische Ausbildung eine wesentliche Voraussetzung. Deshalb wurde die Tätigkeit der Bundesschule des ASB erheblich ausgeweitet. Neben der Heranbildung von Lehrkräften für den Erste-Hilfe-Bereich steht nun die Bundesschule mit Lehrgängen für ambulante soziale Dienste, Ausbildung von Verwaltungskräften und Funktionsträgern und für die Ausbildung von Jugendgruppenleitern zur Verfügung. Eine Katalogisierung aller jährlich angebotenen Lehrgänge erfolgt in einem besonderen Lehrgangskalender, der Lernziele und Kurzbeschreibungen enthält.

Die Organisationsstufen des ASB haben insgesamt in Sofortmaßnahmen am Unfallort, in der Erste-Hilfe-Grundausbildung und in der Sanitätsausbildung 145 464 Personen ausgebildet.

Für die Durchführung aller Aufgaben im Rettungswesen, im Sanitätsdienst, in der offenen und geschlossenen Fürsorge und im Katastrophenschutz sind ehren- und hauptamtliche Mitglieder und Mitarbeiter unentbehrlich. Deshalb stehen nun dem ASB über 33 000 Mitglieder zur Verfügung, daneben für den fachspezifischen Einsatz 1099 hauptamtliche Mitarbeiter, 520 Zivildienstleistende, 837 Ausbilder und 383 Ärzte.

Über alle Einzelheiten der Entwicklung des Arbeiter-Samariter-Bundes 1976 gibt der umfangreiche, beelderte und mit Statistiken und Tabellen angereicherte ASB-Geschäftsbericht eine informative Übersicht.

Der Geschäftsbericht kann bei der ASB-Bundesgeschäftsstelle gegen eine Unkostengebühr von DM 3,- bestellt werden.

„Wir werden flexibel bleiben“

Interview mit ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller

asb: Der Geschäftsbericht 1976 des Arbeiter-Samariter-Bundes liegt nun vor. Es lassen sich daraus interessante Fakten über die Entwicklung dieser Organisation entnehmen.

Müller: Tatsächlich ist bei unserer Organisation ein permanenter Aufschwung zu verzeichnen, der nun schon seit zehn Jahren anhält. Dabei haben ständig steigende Zuwachsraten das Rettungswesen und die ambulanten sozialen Dienste zu verzeichnen. Im Rettungswesen ist der ASB mit 324 000 Einsätzen die zweitstärkste Organisation, übrigens schon seit über 60 Jahren. Der erste motorisierte Krankentransportdienst des ASB wurde 1915 in Nürnberg eingerichtet.

Weitere wesentliche Impulse hat der ASB dem Rettungswesen gegeben, so mit der Einführung des Funk-sprechverkehrs 1955 in Kassel als erste Organisation und zehn Jahre später mit der Einrichtung des ersten Rendezvousystems in Wiesbaden, heute als Wiesbadener Modell bekannt.

Der weitere ASB-Schwerpunkt, die ambulanten sozialen Dienste, führt ebenfalls in die Gründerzeit des ASB. Entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Gesellschaft hat der ASB seine sozialen Hilfsdienste aufgebaut. Waren es in den zwanziger Jahren das ASB-Kinderhilfswerk oder die Gesundheitsaufklärung der Bevölkerung, hauptsächlich der Arbeiterschaft, so war es in den fünfziger Jahren die Flüchtlingshilfe, aus der die großen Krankenhäuser und Spitäler des ASB Berlin entstanden, so sind es jetzt Essen auf Rädern, Betreuungsdienst für Behinderte, die Rollstuhlfahrtstaxis und Behinderten-transport, aber auch Gymnastik für Alte, Sozialstationen und alle die Dienste, die es dem Älteren oder Behinderten ermöglichen, so lange wie möglich seine Selbständigkeit zu bewahren. Dabei lassen sich die Ortsverbände des ASB allerhand einfallen, wenn es um die Verbesserung der Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen geht.

asb: Worauf führen Sie denn die positive Entwicklung des ASB zurück?

Müller: Hier hilft uns die Organisationsstruktur des ASB wesentlich. Die Basis des ASB, die Ortsverbände, haben entscheidende Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Sie werden von keiner Obrigkeit gegängelt oder bevormundet. Die Aufgabe unserer Bundesgeschäftsstelle ist es, unter Ausschluß bürokratischer Hindernisse Arbeitshilfen, Informationen und Erleichterungen in jeglicher Form anzubieten. Unser Grundsatz dabei ist: „Nur wer gute Informationen hat, kann auch gut arbeiten.“ Dieses Konzept hat sich bewährt. Unser Arbeits- und Infosystem wird deshalb auch von Außenstehenden als vorbildlich bezeichnet.

asb: Bleiben eigentlich einer Organisation wie dem ASB auch für die Zukunft genügend Aufgaben?

Müller: Für den ASB bleibt immer viel zu tun. Sie müssen wissen, der ASB wurde ursprünglich von Arbeitern für Arbeiter geschaffen, in einer Zeit, da die Arbeiter zu den Unterprivilegierten der Gesellschaft zählten, z. B. der Unfallschutz in den Betrieben haarsträubend war. Daraus entstand die Erste-Hilfe-Ausbildung des ASB, der Sanitätsdienst und schließlich das moderne Rettungswesen. Heute hat sich die Gesellschaft gewandelt, benachteiligte Gruppen sind jedoch geblieben, z. B. der alte und schwache Mensch, der Behinderte, aber auch Gastarbeiter und Arbeitslose. Der ASB hat sich in den fast 90 Jahren seines Bestehens flexibel gezeigt und wird es auch bleiben.

asb: Wird der ASB für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben auch die nötige Anzahl von Mitgliedern und ehrenamtlichen Helfern gewinnen können?

Müller: Gerade die Mitgliederentwicklung macht uns keine Sorgen. Ohne wesentliche Werbemaßnahmen hat sich die Zahl der Mitglieder in zehn Jahren verdreifacht. Ob diese Entwicklung anhält, ist natürlich nicht voraussehbar. Der ASB-Bundesvorstand hat deshalb entsprechende Werbeaktionen in Vorbereitung.

asb: Gibt es wesentliche Ursachen dafür, daß ehrenamtliche Helfer gerne im ASB mitarbeiten?

Müller: Hier gilt dasselbe, was ich zur Organisationsstruktur gesagt habe. Der ASB hat die freieste Struktur. Er ist eine Mitgliederorganisation. Zuerst waren nämlich die Mitglieder da, die den Wunsch hatten, eine Organisation aufzubauen, eine Bürger-

initiative sozusagen. Dementsprechend ist der Aufbau des ASB, also von unten nach oben, nicht umgekehrt, d. h. keine Hierarchie, kein Vorgesetztenverhältnis, sondern wesentliche Mitbestimmung und Mitentscheidung über die Tätigkeit und Entwicklung des ASB in allen Organisationsebenen. Einen anderen Aufbau hätten die Mitglieder auch nicht geduldet; nicht umsonst sind sie vor 1933 scharenweise aus den damaligen vaterländischen und monarchistischen Sanitätsgruppen zu uns übergewechselt. Heute wirkt sich der freie Organisationsaufbau natürlich sehr anziehend für alle aus, die sich sozial engagieren wollen. Sie sehen dies auch bestätigt an der verhältnismäßig großen Zahl der Zivildienstleistenden, die bei uns arbeiten.

asb: Sehen Sie wesentliche Schwierigkeiten, die den weiteren Aufbau des ASB behindern könnten?

Müller: Schwierigkeiten gibt es dort, wo Außenstehende noch immer nicht begriffen haben, daß der ASB seit jeher eine neutrale und unabhängige Organisation ist, auch wenn seine Herkunft aus der Arbeiterbewegung nicht verleugnet werden soll. Der „Arbeiter“ in unserer Firmierung, läßt manche dazu verleiten, uns irgendwie politisch einzustufen. Dies wäre falsch. Aber solche Schwierigkeiten werden immer seltener. Größere Probleme gibt es eigentlich nur, wenn andere Organisationen, die ähnliche Aufgaben haben wie wir, ein Monopolstreben an den Tag legen. Wie schon gesagt, Arbeit ist in der Bundesrepublik für alle Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen genügend da. Deshalb sind übersteigerte Monopolansprüche falsch und nicht zum Nutzen der Bevölkerung. Positives Konkurrenzdenken dagegen belebt und verstärkt das Engagement für den in Not befindlichen Menschen.

Weitere Schwierigkeiten haben wir noch im vergangenen Jahr durch den Gesetzgeber gesehen; manche Gesetzesvorhaben hätten eine Einschränkung des ehrenamtlichen Engagements zur Folge gehabt, z. B. im Rettungswesen, aber auch in verschiedenen sozialen Diensten. Diese Gefahr sehen wir heute nicht mehr so stark. Im Denken unserer Politiker hat eine Bewußtseinsveränderung eingesetzt. Man beschränkt sich heute wieder auf das finanziell Machbare, und die Bürgernähe ist wesentliches Moment.

Wilfried Voigt, Referent der Bundesgeschäftsführung

Katastropheneinsätze der JUH im Ausland

Wenn sich irgendwo auf diesem Erdball Katastrophen größeren Ausmaßes ereignen, dann geht der Ruf nach finanzieller, materieller oder personeller Hilfe in alle Welt hinaus.

Stabsbesprechungen

In der Bundesrepublik ist der Katastrophenstab beim Bundesinnenministerium die zuständige Stelle, die den Auftrag hat, eine solche Hilfe zu veranlassen, zu koordinieren und gegebenenfalls auch zu finanzieren. Die JUH ist Mitglied dieses Stabes. Die für Einsatz oder sonstige Hilfsmaßnahmen in Frage kommenden Organisationen werden vom BMI alarmiert und ihre Vertreter zu einer Besprechung zusammengerufen. Bei diesen Besprechungen hat die JUH schon in früheren Jahren ihre personelle Hilfe angeboten, kam aber nur im Ausnahmefall zum Einsatz, weil verständlicherweise in erster Linie Organisationen zum Zuge kamen, die außer dem personellen Einsatz auch Material oder gar finanzielle Hilfe anbieten konnten. Hierzu aber war die JUH nicht in der Lage.

Unabhängig von Hilfsersuchen über das Bundesinnenministerium werden auch Bitten um Hilfeleistungen auf dem „Kirchen-Dienst-Weg“ an die Kirchlichen Hilfsorganisationen, somit auch an das Diakonische Werk der EKD gerichtet. So kam der Türkei-Einsatz auf Bitten des Metropoliten Melitoni vom Ökumenischen Patriarchat in Istanbul an die Kirchen der Bundesrepublik zustande, der Einsatz in Friaul auf Bitten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien an das Diakonische Werk.

Zusammenarbeit mit Diakonischem Werk

Als sich Anfang der siebziger Jahre die Katastrophen häuften, lag es für die JUH nahe, sich enger mit dem Diakonischen Werk zu verbinden, dem sie ja ohnehin als Fachverband angehört. Das Diakonische Werk hatte schon seit Jahren große Sum-

men zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen im Katastrophenfall bereitgestellt und materielle Hilfe in erheblichem Umfang organisiert. Es hatte hierbei wertvolle Erfahrungen gesammelt. Daher ergänzen sich Diakonisches Werk und JUH in idealer Weise.

Seit 1972 besteht zwischen diesen Partnern eine vertragliche Regelung, die sich in den folgenden Jahren bei mehreren Katastropheneinsätzen im Ausland bestens bewährt hat.

Die JUH hat für Planung und Leitung der Auslandseinsätze die „Katastrophen-Einsatzleitung Ausland“ (KELA) geschaffen. Diese Aufgabe wird vom Referat 2 der Bundesgeschäftsführung wahrgenommen. Der KELA steht der Bundeskatastrophenzug und ein umfangreiches Materiallager zur Verfügung. In diesem Lager in Köln-Deutz werden neben der Ausrüstung des Bundeskatastrophenzuges vor allem Verbandmaterial, Medikamente, Decken, Zelte, Betten usw. für Einsätze bereitgehalten.

Die KELA

Die KELA hat folgende Aufgaben:

1. Planung, Aufstellung und Leitung des Bundeskatastrophenzuges (BKZ), personell und materiell
2. Beschaffung des notwendigen Materials für Einsätze
3. Pflege des Materials
4. Überwachung der Helfer des BKZ (Impfung, Reisepaß usw.)
5. Überprüfung der materiellen und personellen Einsatzbereitschaft durch Abhaltung von Übungen
6. Einberufen der Helfer im Einsatzfall
7. Leitung aller Auslandseinsätze
8. Versorgung
9. Zollabwicklung
10. Abrechnen der Einsätze.

120 Helfer bereit

Dem Bundeskatastrophenzug gehören zur Zeit 120 aus allen Landesverbänden kommende Helfer an. Sie

werden jeweils für einen Einsatz einberufen und entsprechend ihrer Ausbildung und Qualifikation eingesetzt.

Materiell verfügt die JUH zur Zeit über ein Feldlazarett mit 50 Betten und über eine technische Einsatzgruppe für Baueinsätze.

Feldlazarett mit 200 Betten

Die Beschaffung und die Aufstellung der Einheiten wird nach dem Stärke- und Ausrüstungsnachweis (STAN) vorgenommen, der den personellen wie materiellen Aufbau dieser Einheit ausweist.

Der Bundeskatastrophenzug ist im Baukastensystem geplant worden und in der Lage, ein komplettes Feldlazarett zu betreiben, jedoch können je nach Einsatzlage auch einzelne Trupps eingesetzt werden. Das gesamte Feldlazarett ist bis zu 200 Betten erweiterungsfähig.

Das Feldlazarett ist in folgende Trupps gegliedert:

- Funktionstrupp
- Küchentrupp
- Wasseraufbereitungstrupp
- Behandlungsgruppe
- Pflegetrupp

Es wird von einem Einsatzleiter geführt, der für die ordnungsgemäße technische Abwicklung des Einsatzes allein verantwortlich ist. Die einzelnen Trupps haben folgende Aufgaben:

- Der Funktionstrupp:
- Allgemeine Verwaltung
 - Materialverwaltung
 - Funkbetrieb (Sprech- und Tastfunk)
 - Überwachung der elektrischen Anlagen
 - Instandhaltung der Geräte
 - Wartung der Kraftfahrzeuge
 - Versorgungsfahrten
 - Krankentransport
- Der Küchentrupp:
- Versorgung der Einsatzmannschaften
 - Versorgung der stationär aufgenommenen Patienten
 - wenn erforderlich, darüber hinaus Versorgung von Katastrophengeschädigten
 - Beschaffung von Lebensmitteln.

Die Grundeinheit von drei Helfern ist für 100 Verpflegungseinheiten

(d. h. Versorgung von 100 Personen mit drei Mahlzeiten am Tag) geplant. Der Küchentrupp hat eine entsprechend eingerichtete, in einem Fahrzeug verlastbare Küche mit dazugehörigen Zelten, Tischen, Stühlen usw.

Der Wasseraufbereitungsgruppe:

- Trinkwasseraufbereitung für das Feldlazarett
- Trinkwasseraufbereitung für die katastrophengeschädigte Bevölkerung
- Laboruntersuchung des Trinkwassers
- Anlage von Wasserentnahmestellen
- Anlage von Wasserreservebehältern.

Dieser Trupp hat eine personelle Besetzung von 1 ausgebildeten Laborhelfer als Truppführer, 1 Kraftfahrer und Handwerker und 1 Helfer.

Er verfügt über eine Trinkwasseraufbereitungsanlage (6000 l in der Stunde), die in einem VW-Transporter mit Anhänger eingebaut ist. Die Geräte werden am Einsatzort außerhalb des Fahrzeuges aufgestellt. Im Fahrzeug wird dann das Labor eingerichtet.

Die Behandlungsgruppe

Die Behandlungsgruppe gliedert sich in 2 Trupps, in den Ambulanztrupp und in den OP-Trupp.

1. Ambulanztrupp:

- erste Sichtung der Geschädigten
- ambulante Behandlung und Versorgung
- mobiler Ambulanzdienst

2. OP-Trupp

- chirurgische Eingriffe
- Betreuung der stationär zu behandelnden Verletzten
- Röntgenuntersuchung
- Laboruntersuchung.

Personell ist die Gruppe ausgestattet mit 3 Ärzten, 6 Arzthelfern, wovon möglichst 2 als Instrumentenhelfer und 2 als Anästhesiehelfer ausgebildet sein sollen und 1 medizinisch technischer Assistent.

Wenn in den Erläuterungen dieses Berichtes von Helfern die Rede ist, so ist es selbstverständlich, daß auch Helferinnen eingesetzt werden können. Im Bereich der Behandlungsgruppe werden Helfer mit besonderen Spezialkenntnissen und Erfahrungen benötigt.

Zur Ausrüstung des Ambulanztrupps gehören unter anderem:

- ein Zelt, angeschlossen an das OP-Zelt sowie
- Sauerstoffbehandlungsgerät
- Schockbekämpfungssatz
- Verbandmaterial
- Ambulanzgerätesatz
- 1 Zahnarztbesteck usw.

Der OP-Trupp ist ausgerüstet unter anderem mit

- 1 Zelt
- OP-Tisch
- OP-Leuchte
- Autoklav
- Sauerstoffbehandlungsgerät
- Notintubationsbesteck
- Narkosegerät
- 1 großer Satz chirurgischer Instrumente
- Verbandmaterial.

Außerdem gehört noch eine komplette Röntgeneinrichtung und eine Laborausrüstung zur Ausrüstung.

Pflegetrupp

Der Pflegetrupp übernimmt die Pflege und Betreuung der stationären Patienten. Er verfügt personell über 1 Truppführer und 5 Pflegehelfer. Seine Aufnahmekapazität liegt bei 50 Patienten. Auch hier sind Spezialkenntnisse in der pflegerischen und psychologischen Betreuung von Kranken sowie praktische Erfahrungen auf diesem Sektor notwendig. Außer mit dem üblichen Pflegematerial ist der Trupp mit 3 großen Zelten, Feldbetten und Decken ausgestattet. Die Ausrüstung wird im Katastrophenlager in Köln in Kisten aufbewahrt, die normalerweise von 2 Personen getragen werden können. Zusätzliches Material für eine eventuell notwendige Erweiterung des Lazarett ist in einem anderen Katastrophenlager des Diakonischen Werkes verfügbar gelagert.

Vorher soll Personal in der Stärke von 50 Helfern für dieses Lazarett bereitgehalten werden, wobei 27 Helfer im Katastrophenfall sofort und weitere je nach Bedarf zusätzlich oder im Austausch zum Katastrophenort gesandt werden können.

Ablauf des K-Einsatzes

Ein Katastropheneinsatz läuft wie folgt ab: Nach Aufforderung durch das Diakonische Werk entscheidet der Präsident der JUH, ob die JUH diesen Einsatz übernimmt. Danach

werden die Helfer von der Katastropheneinsatzleitung Ausland einberufen. Die KELA informiert vorab telefonisch – eine schriftliche Bestätigung folgt – die für einen Katastrophenfall bereitstehenden Helfer über die Ortsbeauftragten und fordert sie auf, sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Lager der KELA in Köln einzufinden. Die Landesgeschäftsführer werden ebenfalls benachrichtigt.

Ein Voraustrupp, bestehend aus dem Beauftragten der KELA, der unter anderem als Verbindungsmann zwischen den Helfern, staatlichen Stellen sowie anderen Hilfsorganisationen fungiert, dem Einsatzleiter und möglichst einem Arzt wird sofort in das Katastrophengebiet in Marsch gesetzt. Dieser Trupp verschafft sich eine genaue Schadensübersicht, erkundet das Einsatzgebiet und gibt einen konkreten Lagebericht an die Katastropheneinsatzleitung Ausland. Dort kann das Material dann nach den speziellen Bedürfnissen noch zusammengestellt, umgestellt oder nachgesandt werden.

Vorbereitungen

Nachdem die Helfer nach Köln zur Sammelstelle einberufen worden sind, werden sie in ihre Aufgaben eingewiesen und mit den Gegebenheiten des betreffenden Landes und – soweit bekannt – mit der Lage im Katastrophengebiet bekanntgemacht. Außerdem werden sie entsprechend eingekleidet. Nachdem alle Formalitäten erledigt sind, wird der Transport der Helfer und des Materials ins Katastrophengebiet eingeleitet. Die Einsatzdauer soll vier Wochen nicht überschreiten. Sollte ein Einsatz länger dauern, so wird das Personal nach vier Wochen ausgetauscht.

Anforderungen an Helfer

Jeder Katastropheneinsatz stellt erhebliche Anforderungen an die Helfer. Bei aller Würdigung der psychischen und physischen Belastung, der sie ausgesetzt sind, muß von ihnen erwartet werden, daß sie sich in die Gemeinschaft ihres Teams einordnen und die Anweisungen des Einsatzleiters strikt befolgen. Eigeninitiative und selbständiges Handeln – soweit erforderlich – müssen stets im Einklang stehen mit der gemeinsamen Aktion.

Fortsetzung folgt

Nach dem schweren Erdbeben

Humanitäre Hilfe für Rumänien

Einsatzbericht des MHD – Dank und Anerkennung

Am 8. März 1977 entsandte das Bundesministerium des Innern Dr. med. Wolfgang Schumacher vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie den Abteilungsleiter im Generalsekretariat des MHD, Günter Hupperich, zur Koordinierung der deutschen Hilfsmaßnahmen nach Bukarest. Bereits beim Eintreffen wurde deutlich, wie verheerend die Schäden, die durch das Erdbeben am 4. März entstanden sind, waren. Feststellbar war, daß im Gesamtbild von Bukarest zwar nur 40 Objekte total zerstört wurden, wobei jedoch insbesondere Häuserblocks betroffen waren, in denen zum Teil eine große Anzahl von Menschen gewohnt hatten. Definitiv wurden den oben genannten Vertretern durch den stellvertretenden Gesundheitsminister der rumänischen Regierung, Michael Alder, nachfolgende Zahlen, die das Ausmaß der Katastrophe verdeutlichen, genannt: In Bukarest selbst wurden etwa 10 000 Menschen verletzt und ca. 1 400 Tote geborgen. Von diesen 10 000 Verletzten befinden sich zur Zeit noch etwa 6 000 Personen in stationärer Behandlung. Außerhalb von Bukarest wurden ca. 1 300 Personen mittelschwer bis schwer verletzt und etwa 400 Tote geborgen. Insbesondere waren südlich der rumänischen Hauptstadt die Provinzen Alexandria, Giurgiu und Zimnicea betroffen. Nördlich der Hauptstadt waren es die Provinzen Ploiesti und Brasov. Über das Ausmaß der Schäden im Bereich südlich von Bukarest konnte sich der Vertreter des Malteser-Hilfsdienstes an Ort und Stelle informieren. Bemerkenswert war, daß in diesen Provinzen sowie in Bukarest selbst keine offensichtliche Not der betroffenen Bevölkerung erkennbar war.

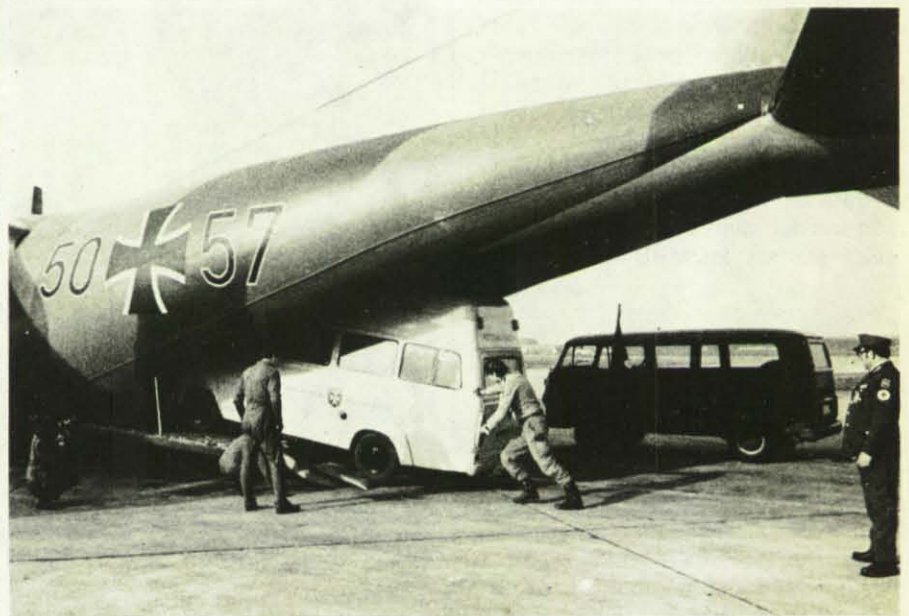
in noch erhaltene, feste Unterkünfte evakuiert worden. Die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Grundnahrungsmitteln schien sichergestellt. In Bukarest selbst waren von 30 vorhandenen Krankenhäusern insgesamt sechs in der Nacht vom 4. auf den 5. März außer Betrieb genommen, da sie teilweise stark zerstört waren. Ungefähr 3 800 Patienten wurden in die umliegenden Krankenhäuser transportiert, um die weitere medizinische Versorgung dieser Leute sicherzustellen.

Um die Flut der Verletzten in den noch vorhandenen Krankenhäusern aufnehmen zu können, wurden etwa 50 % der zuvor belegten Bettenplätze geräumt und die Patienten im Rahmen einer organisierten ambulanten Hauskrankenpflege weiterversorgt. Internistische Stationen wurden in chirurgische und neurochirurgische Behandlungseinheiten umgewandelt. Behelfskrankenhäuser in Schulen wurden nicht errichtet. Für ca. drei

Tage wurden im Stadion Dynamo in Bukarest ein Feldlazarett seitens des rumänischen Militärs errichtet, das jedoch am 7. März aufgelöst wurde.

Bergung von Überlebenden

Mit großer Intensität verliefen die Bergungsmaßnahmen von Verschütteten, wobei der dortige Krisenstab Prioritäten – verteilt auf die 40 Schadensobjekte – gesetzt hatte. Mit größter Vorsicht erfolgten die Abtragsarbeiten der z. T. 8–10stöckigen Wohnblöcke. Tagtäglich wurden Überlebende aus den Trümmern geborgen; feststellbar war, daß Personen überlebten, die teilweise neun bis zwölf Tage ohne Nahrungsmittel und mit geringen Flüssigkeitsmengen bis zur Bergung ausgehalten haben. Als besonders vorteilhaft hat sich der Einsatz von Kaskadeuren (in der Filmbranche tätige Doubles) erwie-



Vier Transall C-160 der Luftwaffentransportgeschwader 61 und 63 stellte das Luftwaffenamt für den Transport der Hilfsgüter und der Fahrzeuge des MHD sowie des DRK zur Verfügung. Unser Bild zeigt die Verladung der Fahrzeuge auf dem Flughafen Porz-Wahn.

Die medizinische Versorgung

Durch straff organisierte Maßnahmen der rumänischen Regierung waren die obdachlos gewordenen Menschen

sen, die in Nischen und Kellergeschosse eindringen, um nach Überlebenden zu suchen.

Einsatzauftrag des MHD

Der MHD hatte von der Bundesregierung den Auftrag erhalten, nach Rumänien insgesamt vier Rettungswagen mit dem entsprechenden Fachpersonal zu entsenden. Die Rettungswagen waren mit Narkose- und Anästhesie- sowie Beatmungseinheiten und teilweise mit EKG-Monitor- und Defibrillationseinrichtungen ausgerüstet. Komplettiert wurden diese Fahrzeuge mit hochwertigem chirurgischem Instrumentarium sowie Medikamenten und Infusionslösungen für eine Notfallmedizinische Behandlung.

Das deutsche Fachpersonal dieser Fahrzeuge – ebenso wie das Personal des DRK – hatte den Auftrag, das rumänische Sanitätspersonal mit dem Einsatz der Technik dieser Fahrzeuge vertraut zu machen, damit dieses nach einer gewissen Einarbeitungszeit die Rettungswagen selbstständig übernehmen konnte. Die Kraftfahrzeuge gingen zum Zeitwert in den Besitz der Bundesregierung über und wurden offiziell am 15. März 1977 der rumänischen Regierung, Abt. Gesundheitswesen, übergeben.

Als weiterer Einsatzauftrag für den MHD war vorgesehen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten technischen Geräte wie Feldröntgen-Anlagen, Operationseinrichtungen und Sterilisationseinheiten aufzustellen und das dortige Klinikpersonal mit der Funktionsweise dieser technisch-medizinischen Anlagen vertraut zu machen. Diese Maßnahmen wurden dem Vertreter des Generalsekretariats des MHD übertragen.

Dienst rund um die Uhr

Schwerpunktmäßig war ein Rettungswagen in der Budapester Straße Alexandru-Sahia eingesetzt, wo an einer Schadensstelle eine Mitarbeiterin der Deutschen Botschaft, die in dieser Straße ihre Wohnung hatte, vermißt wurde.

In einem viertägigen, rund um die Uhr gehenden Bereitschaftsdienst an der Schadensstelle waren die Helfer des DRK und MHD eingesetzt.

Bis zum 12. März wurden in diesem Haus etwa 130 Tote geborgen. Am 12. März gegen 16.10 Uhr wurde wider Erwarten eine etwa 50jährige Frau lebend von dem Bergungspersonal entdeckt; in einer spektakulären Rettungsaktion wurde die Verletzte von den Kölner Maltesern an Ort und Stelle erstversorgt (Infusion und Sauerstoffbeatmung) und in ein nahegelegenes Militärhospital transportiert. Diese Aktion sowie die Maßnahmen der Erstversorgung durch die Malteser fanden in der Öffentlichkeit großes Interesse und Anerkennung. Die von der Bundesregierung gestifteten sechs Rettungsfahrzeuge (4 Fahrzeuge wurden vom MHD und 2 vom DRK gestellt) fanden bei der Einweisung breites Interesse bei den rumänischen Ärzten, beim Fach- und Sanitätspersonal sowie bei der Bevölkerung.

Am Montag, 14. März 1977, nahm der Vertreter des MHD/G.S. die Gelegenheit wahr, um in Alba-Julia (Siebenbürgen, etwa 400 km von Bukarest entfernt) mit Bischof Marton ein ausführliches Gespräch über eine weitere mögliche sekundäre Katastrophenhilfe in Rumänien zu führen.

Hilfe dankbar aufgenommen

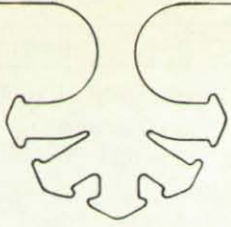
Nachdem die Übernahme der Fahrzeuge und technischen Einrichtungen in Bukarest abgeschlossen war, wurde am Dienstag, 15. März, der deutschen Delegation seitens der rumänischen Regierung, vertreten durch den stellvertretenden Gesundheitsminister Alder, der Dank für die humanitäre Hilfe der Hilfsorganisationen und der Bundesregierung ausgesprochen. Insbesondere wies Minister Alder darauf hin, daß es gut zu wissen sei, daß in solchen Katastrophenfällen Menschen und Regierungen bereit seien, einem in Not geratenen Volke personell und materiell zu helfen.

Die humanitäre Hilfe der deutschen Delegation wurde dankend von der Bevölkerung und von der Regierung aufgenommen.

Die Malteser-Helfer Peter Alefelder, Wolfgang Cremer und Günter Huppereich wurden vor dem Abflug nach Deutschland von der rumänischen Regierung für ihre Verdienste im Erdbebengebiet mit der Goldenen Verdienstmedaille des Rumänischen Roten Kreuzes ausgezeichnet.



Für den Lufttransport wurden die Rettungswagen des MHD sorgfältig „an die Kette gelegt“. Die weitere Ladung der Flugzeuge bestand aus dringend benötigten Medikamenten, 5000 Verbandpäckchen, zwei Tonnen Mullbinden, neurochirurgischen Bestecken, sieben Anästhesie- und zwanzig Beatmungsgeräten sowie der Ausstattung für drei Hilfskrankenhäuser (Röntgengeräte mit Zubehör, Operationseinrichtung usw.).



PRESSESCHAU DES INLANDS

Mangelnde Ausstattung verursacht Pannen

Keine beschönigenden Worte für das Endergebnis; ein Stadtrat, der als Katastrophenschutzleiter eingesetzt ist, wurde sehr deutlich. Das ist sonst bei Katastrophenschutzübungen durchaus nicht immer der Fall – man versucht meist, unbefriedigende Ergebnisse zu kaschieren. Vor allem, wenn es in der Zusammenarbeit nicht ganz geklappt hat. Was aber nutzt letztlich aller guter Wille der Beteiligten, wenn die vorhandene Ausrüstung ein zufriedenstellendes Arbeiten einfach nicht zuläßt.

Der Eindruck, daß längst nicht alles so lief, wie es geplant war, drängte sich dem Betrachter schon relativ früh auf. Die Übungsteilnehmer vor Ort wirkten überwiegend ratlos.

„Die Einsatzkräfte waren okay, die Stabsorganisation ebenfalls – und die Zusammenarbeit mit Polizei, Bundeswehr und anderen Einrichtungen klappte“, meinte Stadtrat H. „Was nicht klappte, was aber für ein Gelingen ausschlaggebend ist, war die Kommunikation.“ Schuld daran seien nicht etwa die Leute, die die Funkgeräte bedienen. „Die fernmeldemäßige Ausstattung ist so mangelhaft, daß die funkmäßige Leitung einer solchen Übung einfach scheitern muß.“ Die mangelhafte fernmeldemäßige Ausstattung habe man, so der Stadtrat, auch schon bei Einzelübungen festgestellt und um Abhilfe gebeten. Bisher seien diese Bitten aber fruchtlos geblieben – und zwar wegen der finanziellen Misere. „Solange das Mißverhältnis von 60 zu 1 zugunsten der Bundeswehr bei der Verteilung der Gelder bestehen bleibt, kann die Zivilverteidigung nicht so funktionieren, wie wir hoffen.“ Man müsse sich überlegen, ob man Übungen ansetzen solle, die von vornherein wegen fehlender Kommunikationsmöglichkeiten zum Scheitern verurteilt seien. (Flensburger Tageblatt)

Staat und Bürger gemeinsam

Den Vorsorgemaßnahmen gegen die Gefahren von Katastrophen kommt heute aus vielerlei Gründen eine ständig wachsende Bedeutung zu. Dies wird von vielen Stellen in den Verwaltungen erkannt; entsprechende Reaktionen der Verwaltungsstellen sind auch bereits festzustellen, handele es sich nun darum, daß sich die Chefs von Verwaltungen nachdrücklich für gezielte Ausbildungsmaßnahmen aussprechen, sei es einfach die Tatsache, daß die Verwaltungen intern in Verlautbarungen die Bürger immer wieder auf die Maßnahmen aufmerksam machen.

Vor zahlreichen Vertretern des Bundes, des Landes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen hob der baden-württembergische Innenminister Schiess lobend das Vorhandensein starker bürger-schaftlicher Mitverantwortung und Mitarbeit hervor. Von dem demnächst dem Landtag zugehenden Entwurf eines Katastrophenschutzgesetzes sei eine wesentliche Verbesserung der Voraussetzungen zur Sicherung einer ausreichenden Katastrophenvorsorge zu erwarten. In der neuen zentralen Ausbildungsstätte – der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg – seien jetzt alle wichtigen Einrichtungen unter einem Dach zusammengefaßt.

Der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Zielinsky, machte deutlich, daß künftig die Hinwendung zum fachdienstübergreifenden Unterricht und das enge Zusammenwirken aller Fachkräfte unbedingt erforderlich seien. (Eßlinger Zeitung)

Feuerschutz in Hotels soll verbessert werden

Die Brandkatastrophe im Amsterdamer Hotel „Polen“ hat die Branche weithin aufgeschreckt. In Köln folgten die Inhaber und Geschäftsführer der zehn größten Hotels einer Einladung der BVS-Dienststelle zu einer Veranstaltung, welche speziell auf den Themenkreis der Sicherheit in Hotels abgestellt war. Die Veranstaltung in Köln und die daraus folgenden Maßnahmen können als Modellfall gelten.

Die in Köln gesammelten Anregungen ... sollen sich schon bald dahingehend auswirken, daß es – in Zusammenarbeit zwischen BVS und Hotel-

und Gaststättenverband – zu Empfehlungen und Beratungen für die restlichen 220 Kölner Hotels und rund 3 000 Gaststätten kommt.

Als im vergangenen Jahr der ADAC die alarmierende Nachricht verbreitete, im Bundesgebiet seien rund 10 000 Hotels nur ungenügend gegen Brandgefahr gesichert, stellte sich heraus, daß in Köln die Bauaufsicht und die Feuerwehr besonders streng auf die Einhaltung der Vorschriften drängen. Anerkennend äußerten sich die Hoteliers über die Bemühungen des BVS, vor allem im Hinblick auf die angestrebte Schulung des Personals ihrer Betriebe. Der Direktor eines renommierten Hotels: „Wir werden mit unserem Personal die bestehenden Sicherheitseinrichtungen nochmals durchsprechen und (dieses) für die Teilnahme an den Lehrgängen freistellen.“ Die Hotelchefs sicherten zu, tatkräftig mitzuarbeiten.

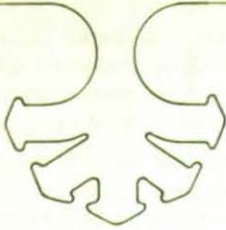
(Kölnische Rundschau)

Selbstschutz in Gemeinden

In Bayern fanden im Rahmen einer gezielten Ausbildung bereits Lehrgänge für die Selbstschutzberater im Landkreis Landshut statt. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zeigten ihr Interesse an solchen Lehrgängen.

Auf Einladung des Landratsamtes fanden die ersten Informationslehrgänge für Selbstschutzberater des Landkreises Landshut statt, der Selbstschutzgrundlehrgang und der BVS-Fachlehrgang „Ergänzung S“. Am ... besuchte Landrat Geiselbrechtinger in Begleitung von Reg.-Rat Schulz den Lehrgang und sprach in einem Kurzreferat über die Aufgaben der Mitarbeiter des Katastrophenschutzes, insbesondere des Selbstschutzes im Landkreis. Durchgeführt werden die Lehrgänge von Lehrkräften der fahrbaren BVS-Schule München. Neben der allgemeinen Ausbildung im Selbstschutz werden in diesen Lehrgängen die Probleme angesprochen, welche sich in den einzelnen Gemeinden stellen. Wenn die Bevölkerung den Selbstschutz bejahen soll, ist ihr Verständnis und ihre Einsicht eine Notwendigkeit; das allerdings setzt eine ständige und realistische Aufklärung voraus.

Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit schafft das Klima, in dem die Ansprache des einzelnen Bürgers sich vollziehen kann. (Landshuter Zeitung)



Presseschau DES AUSLANDS

Die Erdbebenfolgen überwinden

CHINA IM BILD

Am 28. Juli 1976 wurden Tangschan und Fengan in der chinesischen Provinz Hopeh von schweren Erdbeben heimgesucht; große Verluste an Menschenleben und Eigentum der Bevölkerung traten ein. Das ZK der Partei entsandte sofort starke Einheiten der Volksbefreiungsarmee zu Rettungsarbeiten. In Tages- und Nachteinsätzen arbeiteten die Soldaten; aus allen Landesteilen kam laufend immer neue Unterstützung in die betroffenen Gebiete. Ständig arbeitete das ZK neue Maßnahmen aus, den Truppen der Volksbefreiungsarmee folgten auf dem Fuße medizinische Einsatzgruppen und Unmengen von Gütern des täglichen Bedarfs.

Infolge des Stromausfalles war nach dem Erdbeben in vielen Gruben des Kohlenbergwerkes Kailuan das Grundwasser gestiegen; um die Wiederingangsetzung dieser Anlagen zu sichern, mußte das Wasser so bald als möglich wieder abgepumpt werden. Solche Hilfsmaßnahmen wurden von der sogenannten „Vierbände“ jedoch als nicht vorrangig angesehen.

In unermüdlichem Einsatz schaffte es die Bevölkerung dennoch. Heute stehen im Erdbebengebiet wieder zahlreiche einfache Wohnhäuser; die Frage der Überwinterung ist damit gelöst. Alle Getreide- und Lebensmittelverkaufsstellen sind wieder geöffnet, die Städte mit einem Netz von Läden überzogen. Die Massen können ausreichend mit Essen, Kleidung und Trinkwasser versorgt werden. Bei der Wiederaufnahme der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sind große Erfolge zu

verzeichnen. Die Mitglieder der Volkskommunen brachten trotz des Bebens reiche Ernten ein. Die meisten Kohlengruben sind bereits wieder in Betrieb, das Hüttenkombinat und das Kraftwerk Tangschan arbeiten schon seit geraumer Zeit wieder. (Peking, Nr. 3/1977)

Kontrolle von Schutzraumbauten



Seit 1948 wurden in Norwegen etwa 1,5 Milliarden Kronen für private und öffentliche Schutzbauten investiert. Im April 1975 stellte ein Abgeordneter im Storting die Frage, ob denn diese Schutzräume noch alle benutzbar seien. Im Frieden könnten die Schutzräume mit der Maßgabe einer raschen Räumung in Krisenzeiten zwar für private oder wirtschaftliche Zwecke genutzt werden, doch niemand kontrolliere, ob die teure Ausrüstung, die in den Räumen montiert sei, auch noch funktionsfähig sei.

Wenn man von diesem Ausgangspunkt her die Angelegenheit näher betrachtet, kommt man zu der Feststellung, daß solche Kontrollen in dreifacher Hinsicht notwendig wären.

1. In der Planung und während der Bauzeit, damit sichergestellt ist, daß der Schutzraum seinem Zweck entspricht.
2. Zur Erhaltung seiner Betriebsfähigkeit.
3. Während der friedensmäßigen Nutzung, damit der Wert nicht gemindert wird.

Bei privaten Bauten obliegt die Kontrolle zu 1) dem Bauausschuß, bei öffentlichen Bauten kontrolliert der Zivilschutzdistrikt. Die Vorschriften für die Instandhaltung sind ziemlich streng; es ist festgelegt, daß die Kontrolle dem Eigentümer obliegt. In öffentlichen Schutzräumen können sich die Kontrollen zu 2) nur auf Stichproben durch die Zivilschutzkreise beschränken.

Bei der Kontrolle zu 3) muß man derzeit weitgehend darauf vertrauen, daß die Auflagen erfüllt werden. In Zweifelsfällen wird ein Eigentümer sicher mit den Ingenieuren der Zivilverteidigung sprechen.

In jedem Falle ist es aber wünschenswert, die Möglichkeiten der Zivilverteidigung zu Kontrollen zu stärken.

(Oslo, Nr. 3/1976)

Angst vor dem Unbekannten

Civilforsvars Bladet



Ein ABC-Krieg wird kaum neue psychologische Probleme bringen, doch wird man diesen in weit größerem Umfang begegnen als in einem konventionellen Krieg. Viele Menschen leben mit der Vorstellung, daß sie gezwungen sind, im Schatten radioaktiver Wolken zu leben. Aufgrund dieser latenten „Atomangst“ ist die Gefahr des Ausbruches von Panik, Massenhysterie und ähnlichen Vorgängen sehr groß und sollte nicht unterschätzt werden. Man muß sich mit den psychologischen Auswirkungen beschäftigen, die vermutlich in Verbindung mit Massenschäden entstehen können – vor allem handelt es sich um Phänomene wie Furcht und Panik, die man vor dem Hintergrund von Atomunfällen oder Atomkriegen sehen muß.

Das Vorhandensein einer ABC-Bedrohung überall in Zeit und Raum unterscheidet diese Form der Kriegführung selbst von der großen psychologischen Belastung der bisherigen Kriege, bei der es immerhin noch Möglichkeiten einer „Entspannung“ gab.

Physische Schäden kann man bis zu einem gewissen Grade nach der Zahl der Toten und Verwundeten bei ABC-Angriffen schätzen, doch ist es äußerst schwierig, psychische Schäden zu schätzen. Diese werden vom geistigen Zusammenbruch bis zum unnormalen Verhalten reichen. Hier kommt es nun auf die psychologischen „Erste Hilfe“ an Ort und Stelle an. Diese erfordert zunächst einmal, daß alle Führungskräfte es verstehen, anderen Menschen Selbstvertrauen zu geben. Kenntnisse der menschlichen Natur sind unter diesen Umständen von außerordentlicher Bedeutung; nicht zumindest das Verständnis für das Angstproblem, welches in Wirklichkeit eine seelische Erkrankung ist.

(Kopenhagen, Nr. 3/1977)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Neues hydraulisches Rettungsgerät

Rettungsanitäter, Unfallärzte, Polizei und Feuerwehr wissen davon zu berichten, wie schwierig es oft ist, Menschen zu helfen, die in Unfallfahrzeugen eingeklemmt sind. Meist tut schnelle Hilfe not. Aber entsprechend ausgerüstete Bergungsfahrzeuge brauchen ihre Anfahrzeit.



Um diese Lücke im Unfallrettungswesen zu verkleinern, wurde in Zusammenarbeit mit der Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. und einer Firma, die für den technischen Rettungsdienst bereits hydraulische Rettungsgeräte liefert, ein handliches und leicht bedienbares hydraulisches Hebe- und Spreizgerät entwickelt. Das Gerät eignet sich vor allem bei Unfällen, wenn Menschen in Gefahr sind. Mit diesem Gerät kann dem Verunglückten erste technische Hilfe geleistet werden. Durch dieses mit diversen Zubehörteilen ausgestattete Gerät ist man in der Lage, Teile in Fahrzeugen auseinanderzudrücken oder wegzudrücken, um die Situation des Verletzten zu erleichtern. Somit eignet sich das Gerät vor allem für den Fernfahrer, der bei den meisten Unfällen zuerst am Unfallort ist.

Das Kernstück ist die Kompakt-Hydraulik; Handpumpe und Hydrozylinder sind in einem Gerät zusammengefaßt und haben eine Hubkraft von 50 KN (5 Tonnen). Mit verschiedenen

zusammenschraubbaren Verlängerungsrohren läßt sich das Rettungsgerät bis auf eine Länge von 1300 mm bringen. Verschiedene Ansatzstücke wie Prisma, Keilstück, Hebeklaue, Gummikissen und Fußplatte ermöglichen den richtigen Kraftschluß zu den Ansatzpunkten. Alle Teile sind zusammen in einem handlichen Blechkoffer untergebracht. Sein Gesamtgewicht beträgt 23 kg.

Großes Benutzungsfeld vollhydraulischer Gelenkmastbühnen

Gemeinden mit Hochbauten stehen immer wieder vor dem Problem des optimalen Löscheinsatzes und der Rettung von Menschenleben aus großer Höhe.

Gerade hier werden die Gelenkmastbühnen voll ihrer Aufgabe gerecht.

Mit Rettungshöhen von 23,5 m bis 31,5 m, der seitlichen Ausladung von 12,6 m bis 16 m und einer Belastung im Korb von 365 kg bis 510 kg (je nach Modell), sind die Gelenkmastbühnen für die vielfältigen Aufgaben der Feuerwehren als ideale Rettungs- und Löscheräte zu bezeichnen.

Der patentierte, dreiteilige Gelenkarm ist um 360° schwenkbar, die volle Hubhöhe mit Schwenken um 90° einschließlich Abstützen erfolgt in knapp 100 Sekunden.

Für den Löscheinsatz ist im Rettungskorb ein Monitor (Wendestrahrohr) mit einer Leistung von 2270 l/min bei 8 bar installiert.

Weiter sind Anschlüsse vorgesehen für Schlauchleitungen, Atemluft, Strom und Hydraulikwerkzeuge. Eine

starke Mannschutzbrause unter dem Korb schützt das Bedienungspersonal. Selbst bei schwierigsten Bedingungen erfolgt die vollhydraulische Steuerung exakt und einfach über die Zwei-Hebel-Bedienung.

Parallel zu den drei Hubarmen sind jeweils Alu-Leitern mit Handlauf für den Notabstieg angebracht.

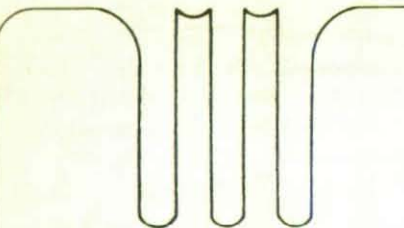
Zur Unterbringung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung ist ein geräumiger Karosserieaufbau mit entsprechenden Geräteräumen mit Schubzugverschlüssen und durchgehender Alu-Plattform angeordnet.

Unser Bild zeigt eine vollhydraulische Gelenkmastbühne bei der Bekämpfung eines Dachstuhlbrandes in der engen City einer holländischen Stadt.

Jährlich 8 000 schwere Verbrennungen

Etwa 7 000 bis 8 000 Patienten werden jährlich mit schweren Verbrennungen und Verätzungen am Arbeitsplatz und im Haushalt in die Krankenhäuser der Bundesrepublik eingeliefert. Hauptgefahrenquellen sind mit je 18 % siedende Flüssigkeiten und elektrischer Strom; es folgen mit 14,5 % offene Flammen und ätzende Stoffe mit 11 %. Als nächsthäufige Verbrennungsursachen wurden heiße Massen (10,7 %) Explosionen (8,2 %), flüssiges Metall (4,5 %) heißer Teer, Schweißen und Benzin (jeweils mit mehr als 3 %) festgestellt. In der Bundesrepublik gibt es für schwerste Brandverletzungen zwar drei hervorragend ausgestattete Spezialzentren; doch reicht ihre Aufnahmekapazität zur Zeit nur bis zu maximal 400 Verbrennungskranken jährlich.





neue BÜCHER

Verwaltungsverfahrensgesetz

**Von Tschira / Schmitt Glaeser
Kommunalschriften-Verlag J. Jehle
GmbH, München**

Das vorliegende Werk ist eine Studienausgabe mit einführender Kommentierung und vollständigem Gesetzestext. Dieses Gesetz ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung und Fortentwicklung des Verwaltungsverfahrens des Bundes. Es gilt nicht nur für die gesamte Verwaltungstätigkeit des Bundes, sondern auch für die der Länder, soweit diese Bundesrecht im Auftrage des Bundes ausführen. Die vorliegende Studienausgabe ist für die Einführung der Studierenden an den Verwaltungsschulen und anderen Studieninstituten in das neue Recht besonders geeignet. In der Einleitung und der einleitenden Kommentierung werden unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes die wichtigsten Orientierungshilfen gegeben, die der junge Verwaltungsfachmann für die Prüfung und die spätere praktische Arbeit braucht.

Europa ohne Verteidigung

48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern?

**Von General Robert Close
Osang-Verlag, Bad Honnef**

Der belgische General Close – von 1974 bis 1976 Direktor des NATO-Defence College in Rom – ist Kommandeur einer in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Panzerdivision. Seine im Buch aufgestellte Hypothese basiert auf drei grundlegenden Annahmen:

Die Entwicklung des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten, die in das

nukleare Patt eingemündet ist, gibt den klassischen oder „konventionellen“ Streitkräften ihren zeitweilig verlorengegangenen Wert zurück- und berechtigt zu der Hypothese eines – wenn nicht wahrscheinlich, so doch möglichen – offenen Konflikts, bei dem Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, auf dem Spiel steht.

Die durch die Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes aufgebaute Drohung ist schärfer als jene, die 1949 bestand und zur Bildung der NATO führte.

Der im Westen tiefverwurzelte Glaube an die „ultima ratio“ der Atomwaffe, an die Selbstverständlichkeit des amerikanischen Engagements für Europa und die Überzeugung, daß es zu einer atomaren Auseinandersetzung nicht kommen werde, weil dieser Krieg auch die Supermächte tödlich treffen würde, hat zu einer „Demobilisierung im Denken“ geführt. Das Risiko eines Konflikts in Mitteleuropa steigt durch die ständige Verminderung der westlichen Kampftruppen. Der Zeitpunkt, an dem die östlichen Machthaber der Versuchung, die Schwäche des Gegners auszunutzen, nicht widerstehen können, scheint – nach Auffassung des Verfassers – näherzurücken.

Entsprechend den wichtigsten Prinzipien ihrer Strategie – aufgebaut auf Überraschung, Geschwindigkeit, Schockwirkung und mangelnder Einigkeit der westlichen Staaten, könnten die Sowjets die Möglichkeit zu einem blitzartigen Angriff ausnutzen und sich innerhalb von 48 Stunden der Bundesrepublik Deutschland bemächtigen. Close geht davon aus, daß ein solcher Überfall, getragen von Hubschraubern und Luftlandetruppen – und subversiven Aktionen Tausender von Agenten, die bereits in die Bundesrepublik eingeschleust sind, die Verwendung von taktischen Atomsprengkörpern zur Verteidigung gegen die eindringenden Panzerarmeen verhindert. Ihr Einsatz würde der westdeutschen Bevölkerung mehr Schaden zufügen als dem Angreifer.

Der Autor hat zudem in überschaubarer und sehr lesbarer Systematik die Wehrpolitik der westlichen Bündnispartner bis zum heutigen Tage aufgezeichnet und deren spezifische Probleme – Verminderung der konventionellen Streitkräfte, Fehlen der Standardisierung – aus den verschiedensten Blickwinkeln betrachtet.

Grundlagen der Krankenpflege

**Von Dr. W. Heesen und Dr. D. Brück.
Lehrbuch und Leitfaden für die Krankenpflegeberufe. 5. neu bearbeitete und erweiterte Auflage des bisherigen Lehrbuches „Krankenpflegehelferin und -helfer“.
Schlütersche Verlagsanstalt und Druckerei, Hannover**

Der Herausgeber des vorliegenden Werkes, Dr. med. D. Brück, hat zusammen mit einem Mitarbeiterteam aus Lehrkräften und erfahrenen Krankenschwestern und -pflegern das bisherige Lehrbuch grundlegend umgearbeitet und erweitert. Bestimmte, auf mehrere Abschnitte verteilte Stoffgebiete sind zusammengefaßt worden; Hinweise auf jeweils angrenzende Sachfragen wurden vermehrt eingefügt und schufen so übersichtliche Querverbindungen. Das „Kleinmedizinische Lexikon“ und das Stichwortverzeichnis wurden neu erstellt. Auch sonst wurde das Werk, besonders hinsichtlich der Tabellen und Abbildungen, verbessert. Das Lehrbuch umfaßt die Grundlagen der Krankenpflege. Es kann als ein fundamentales Medium für die Ausbildung von Krankenpflegehelferinnen und -helfern angesehen werden.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland

Von Töpfer/Lind

34. und 35. Ergänzungslieferung

Stand: 1. Januar 1977

Verlag R. S. Schulz,

Percha am Starnberger See

Gnom Europa

Notruf-Telefonverzeichnis –

4. Auflage

Herausgeber: Wilhelm Söhngen GmbH,

**Taunusstein-Wehen, Postfach 3
Brieftaschenformat**

Seit der Herausgabe des letzten Verzeichnisses im Jahre 1975 ist das Netz der Hilfs- und Rettungsdienste in den europäischen Ländern noch engermaschiger geworden. Der kleine „Helfer in der Not“ wurde inzwischen auf den neuesten Stand gebracht und ist jetzt in der 4. Auflage – überarbeitet und erweitert – erschienen.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Sicherung der Mineralölversorgung

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . über 90 Prozent des Bedarfs der Bundesrepublik an Rohöl aus dem Ausland eingeführt werden müssen? Mineralöl und seine Derivate gehören zu den dringendst benötigten Bedarfsgütern im zivilen wie im militärischen Bereich. Es ist schon viel für die Sicherung der Mineralölversorgung getan worden, dennoch muß man damit rechnen, daß in einem Verteidigungsfall Mineralölprodukte durch verbrauchslenkende Maßnahmen bewirtschaftet werden. Eine gesetzlich geregelte Vorratswirtschaft, eine Bundesreserve, die noch aufgestockt wird, der Ausbau der Transportmöglichkeit über Rohrleitungen sollen die Deckung des lebens- und verteidigungswichtigen Bedarfs auch auf dem zivilen Sektor für einen begrenzten Zeitraum sichern. Darüber hinaus würde in einem Verteidigungsfall die Bundesrepublik Teil des Mineralölversorgungssystems der NATO.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Regierungen Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Irlands, Italiens, Japans, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, der Türkei, Großbritanniens und der USA sich in einem Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm entschlossen haben, gemeinsam wirksame Maßnahmen zu treffen, um Notständen in der Ölversorgung zu begegnen? Dazu kam es als Folge der Ereignisse des Herbstes 1973, als durch Manipulation auf dem Weltrohölmarkt nachhaltige Krisen entstanden. Das daraus resultierende Programm der Bundesrepublik, das auch die Grundlage für ein Ölkrisenmanagement bildet, sieht eine gemeinsame Ölversorgung, eine Verbrauchsdrosselung und besondere Zuteilungsbestimmungen vor.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . in dem Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm,

das von der Bundesrepublik 1974 unterzeichnet wurde, neben vielen Maßnahmen auch eine langfristige Zusammenarbeit im Energiebereich beschlossen wurde, die u. a. zum Inhalt hat, die Abhängigkeit von Öleinfuhren zu verringern? Im Rahmen dieses Programms wird also nicht nur an eine Notstandsreserve gedacht, sondern es sollen auch Mittel und Methoden zu einer rationelleren Energieverwendung erforscht werden. Es sollen alternative Energiequellen wie heimisches Öl, Kohle, Erdgas, Kernenergie und Wasserkraft entwickelt werden. Darüber hinaus sollen Forschungen und Entwicklung im Energiebereich sich intensiv mit möglichen neuen Energiequellen befassen wie Sonnenenergie, kontrollierte Kernfusion, Erzeugung von Wasserstoff aus Wasser, Nutzung von Abwärme, Nutzung von kommunalem und Industriemüll zum Zwecke der rationellen Energieverwendung u. a. m.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es in der Bundesrepublik Deutschland schon seit 1965 ein Gesetz über Mindestvorräte an Erdölherzeugnissen gibt? Danach sind alle Inhaber wirtschaftlicher Unternehmen, die im Gesetz näher bezeichnete Kraftstoffe einführen oder herstellen lassen, zur Vorratshaltung verpflichtet. Die Mindestvorräte werden, dem Gesetz entsprechend, seit 1966 jährlich aufgestockt. 1970 gab es bereits einen kontinuierlichen Lagerbestand, der einer Reserve von 65 Tagen der Vorjahrsproduktion entsprach. Diese Reserve wird auf einen Zeitraum von 90 Tagen ausgedehnt. Da der Bau ausreichender oberirdischer Tankbehälter wegen des aufzunehmenden Volumens vor ungeheueren Schwierigkeiten stand, aber auch der Landbedarf enorme Kosten verursachen würde, machte man von der Untergrundspeicherung in Salzkavernen Gebrauch. Salz ist wegen seiner vielen günstigen Eigenschaften für die

Lagerung von Erdöl besonders gut geeignet. Salzstöcke sind vollkommen trocken; sie stehen auch nicht mit dem Grundwasser in Verbindung. Durch die Plastizität des Salzes schließen sich Risse oder Spalten unter dem Gebirgsdruck von selbst. Ein weiterer Vorzug ist, daß Salz sich nicht in Mineralöl löst und auch keine chemische Verbindung mit ihm eingeht.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . dem Einlagern des Mineralöls eine ausgefeilte Bohr- und Spültechnik vorausgeht? Der unterirdische Salzstock wird zunächst bis zu einer Tiefe von etwa 1800 m angebohrt. Zeigen die Ergebnisse der Bohrung, daß der Salzstock an dieser Stelle zur Auslagerung von Mineralöl geeignet ist, wird mit Wasser unter hohem Druck ein Hohlraum ausgesolt. Das salzgesättigte Wasser wird wieder abgepumpt. Durch das Aussolen entsteht eine Kaverne in der Form einer Flasche mit langem Hals. Ihr Durchmesser beträgt etwa 30 m, ihre Höhe etwa 400 m. Es werden mehrere solcher Speicher nebeneinander gesetzt. Zwischen den einzelnen Speichern bleibt ein Sicherheitsabstand, damit die Stabilität der Kavernen gewährleistet bleibt. Echolotvermessungen während des Aussolens vermitteln ein präzises Bild der Kavernenform und ihres Fassungsvermögens. Wenn der Speicher mit Mineralöl gefüllt wird, fließt die noch in der Kaverne befindliche Salzsole ab. Bei der Ölentnahme wird Seewasser in die Kaverne gepumpt, wobei das Öl durch den sogenannten Ringraum der Bohrung zu Tage gedrückt wird.

Das Gesetz läßt zu, daß die Vorratspflicht auch mit Beständen erfüllt werden kann, die sich in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft befinden, soweit durch entsprechende Übereinkommen sichergestellt ist, daß solche Bestände im Bedarfsfall ebenfalls nutzbar gemacht werden können.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Fahrzeug mit hohem Einsatzwert



Im Hinblick auf den steigenden Ersatzbedarf an Gerätekraftwagen für den Bergungsdienst des Katastrophenschutzes und die Umstellung der taktischen Einheiten von Bereitschaften auf Züge sowie unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen wurde die 2. Generation von Gerätekraftwagen für den Bergungsdienst, der „GKW 72“, konzipiert. Die Bilder dieser Seite und unser Titelbild zeigen ein Fahrzeug der zweiten Fertigungsserie. Der erfahrene Helfer im Bergungsdienst wird schon an Äußerlichkeiten den Unterschied zu den Fahrzeugen der 1. Generation erkennen. Das ZS-MAGAZIN veröffentlicht im Innern dieser Ausgabe einen Beitrag, in dem die wesentlichen Unterschiede beschrieben werden. Auch die besonderen technischen Merkmale der ausgelieferten ersten und zweiten Fertigungsserie werden aufgezeigt. Der Gerätekraftwagen „GKW 72“ mit seiner starken Motorleistung, seiner umfangreichen Geräteausstattung, seiner modernen, universell einsetzbaren Hydrowinde und seiner Besetzung mit einer starken Gerätegruppe ist ein Bergungsdienstfahrzeug mit hohem Einsatzwert, das auch als Einzelfahrzeug mit großem Erfolg eingesetzt werden kann.